



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Nutzgärten in der Stadt

Eine gesellschaftspolitische Forderung aus historischer Perspektive
im Kontext der Wiener Stadtentwicklung

Verfasserin

Shenja von Mannstein

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, November 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuerin:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich



Shenja von Mannstein * Nutzgärten in der Stadt

INHALTSVERZEICHNIS

1. ERKENNTNISINTERESSE	7
1.1. EINFÜHRUNG.....	7
1.2. FORSCHUNGSINTERESSE: FORSCHUNGSFRAGEN UND ARBEITSTHESEN.....	9
1.3. QUELLEN UND METHODE.....	14
1.4. FORSCHUNGSSTAND.....	14
1.5. AUFBAU DER ARBEIT.....	19
2. THEORETISCHER TEIL: GOUVERNEMENTALITÄT UND STADTENTWICKLUNG	21
2.1. GOUVERNEMENTALITÄT NACH FOUCAULT.....	21
2.2. LIBERALE GOUVERNEMENTALITÄT: STADTENTWICKLUNG, STADTPLANUNG UND BIOPOLITIK.....	23
3. STADTENTWICKLUNG UND EIGENVERSORGUNG IN WIEN 1850-1900	26
3.1. DAS VORINDUSTRIELLE SIEDLUNGSMUSTER.....	27
3.2. STÄDTISCHE TRANSFORMATION VOR 1850 UND DER AUFTAKT LIBERALER IDEEN.....	31
3.3. STÄDTISCHE TRANSFORMATION VOR DEM HINTERGRUND DER INDUSTRIALISIERUNG.....	34
3.4. PLANUNGSRELEVANTE FAKTOREN DER LIBERALEN ÄRA ALS ERBE FÜR DIE WIENER STADTPLANUNG 1850-1900.....	37
3.4.1. GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN.....	38
3.4.2. STADTENTWICKLUNG ALS BÜRGERLICH-EMANZIPATORISCHES PROJEKT.....	39
3.4.3. EINGEMEINDUNG DER VORSTÄDTE UND ERSTE VERBAUUNGSWELLE.....	40
3.4.4. EINGEMEINDUNG DER VORORTE UND ZWEITE VERBAUUNGSWELLE.....	42
3.5. STADT- UND GRÜNRAUMPLANUNG.....	42
3.5.1. HISTORISCHE STADTPLANUNG.....	43
3.5.2. LIBERALISMUS UND PLANUNGSFREIHEIT DER GRÜNDERZEIT.....	44
3.5.3. GRÜNRAUMPLANUNG.....	45
3.5.4. DIE ANFÄNGE MODERNER STADTPLANUNG IN WIEN.....	46
4. EIGENANBAU IN GRÜNRAUM- UND (WOHN)REFORMDISKURSEN	48
4.1. NUTZGÄRTEN ZWISCHEN STABILISIERUNG UND KRITIK DER INDUSTRIALISIERTEN STADT.....	49
4.1.1. SOZIALUTOPISTEN.....	50
4.1.2. FABRIK- UND WERKSIEDLUNGSBAU.....	51
4.2. NUTZGÄRTEN ALS TEIL ALTERNATIVER STADTMODELLE: DIE GARTENSTADT.....	53

4.3.	NUTZGÄRTEN ALS LEBENSREFORM: VOLKSHYGIENE ODER GRÜNE REVOLUTION	55
4.3.1.	LEBERECHT MIGGE UND DIE LEBENSREFORMER.....	57
4.3.2.	KLEINGARTEN- UND SCHREBERGARTENBEWEGUNG DER JAHRHUNDERTWENDE.....	58
4.3.3.	DIE WIENER KLEINGARTEN- UND SCHREBERGARTENBEWEGUNG UM DIE JAHRHUNDERTWENDE	59
5.	EIGENANBAU ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNG: DIE KLEINGARTEN- UND SIEDLERBEWEGUNG IN WIEN.....	62
5.1.	KRIEGSGEMÜSEGÄRTEN UND WILDES SIEDELN	65
5.2.	DER ERSTE WELTKRIEG ALS KATALYSATOR	67
5.3.	EIGENANBAU ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNG	69
5.3.1.	DAS GENOSSENSCHAFTSMODELL: GEMEINSCHAFT VS. GESELLSCHAFT	69
5.3.2.	STADT-MENSCH-NATUR	71
5.3.3.	PARTICIPATORY PLANNING	72
5.4.	DIE KLEINGARTEN- UND SIEDLERBEWEGUNG IM RAHMEN DER WIENER STADTPLANUNG AB 1919	73
5.4.1.	INSTITUTIONALISIERUNG	74
5.4.2.	KOMMUNALISIERUNG.....	76
5.5.	FALLBEISPIEL: SCHMELZ.....	77
6.	STÄDTISCHER EIGENANBAU ZWISCHEN PLANUNG UND SELBSTBESTIMMUNG.....	84
6.1.	„PARTICIPATORY PLANNING“ IM ROTEN WIEN.....	85
6.2.	EIGENANBAU IM KONTEXT LIBERALER PLANUNG.....	87
6.3.	NEOLIBERALE GOUVERNEMENTALITÄT, STADTENTWICKLUNG UND NUTZGÄRTEN HEUTE	89
7.	FORSCHUNGSAUSBLICK	91
8.	ZUSAMMENFASSUNG	93
	ABSTRACT (DEUTSCH)	96
	ABSTRACT (ENGLISCH).....	97
	QUELLENVERZEICHNIS	98
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	105
	LEBENS LAUF	107

1. Erkenntnisinteresse

Einer Welle neuen städtischen Grüns gleich, hat sich die Urban Gardening-Bewegung mittlerweile ihren Platz in der Auseinandersetzung um eine nachhaltige Stadtentwicklung und alternative städtische Lebensformen geschaffen. Urban Gardening ist zum Überbegriff einer derzeit um sich greifenden städtischen Gartenbewegung geworden, der unterschiedliche Formen des städtischen Gärtnerns zugeordnet werden. Im europäischen Kontext sind dies vor allem Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsgärten, Integrationsgärten, interkulturelle Gärten oder aber das spontane und grundsätzlich politisch konnotierte Guerilla Gardening. Die Motive und Ziele der NutzgärtnerInnen variieren dabei stark, gemein ist ihnen jedoch der Wunsch nach innerstädtischen, oft gemeinschaftlich bewirtschafteten Flächen zum Obst- und Gemüseanbau. Neben ästhetischen Gesichtspunkten werden in Bezug auf die urbanen Gärten vermehrt Fragen nach Selbstbestimmung sowie ihrem gesellschaftskritischen Potenzial thematisiert, die nicht zum ersten Mal auch am modernen städtischen Planungsdiskurs rühren. Von diesem sind sie aber mehr denn je Bestandteil. Nutzgärten erfreuen sich steigender Beliebtheit im Sinne kooperativer Formen der städtischen Planung, aber auch als städtische Strategie der Flächenvermarktung.

Die Kombination meiner beiden Studienfächer, der Internationalen Entwicklung und der Landschaftsarchitektur haben mir einen persönlichen Zugang zu dem Thema ermöglicht. Das spezifische Interesse gilt dem ambivalenten Umgang mit Nutzgärten und Eigenanbau im Zuge deren Verdrängung aus der modernen Großstadt. Innerstädtische Nutzflächen wurden durch öffentliche und zumeist repräsentative Grünflächen unter Verwaltung der Stadt ersetzt. Gerade ein historischer Blick erscheint mir deshalb lohnenswert.

1.1. Einführung

In der aktuellen Debatte wird auch Bezug zu historischen Beispielen der räumlichen Aneignung städtischer Flächen zur Selbstversorgung hergestellt. „In politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Drucksituationen widmen sich die Menschen

vermehrt dem Grünraum und beginnen, eigenständig Obst und Gemüse anzubauen“ so Elke Krasny (2012), die Kuratorin der Ausstellung „Hands on Urbanism 1850-2012 Vom Recht auf Grün“, die 2012 im Architekturzentrum Wien zu sehen war. Die Ausstellung präsentierte eine Vielzahl von internationalen Beispielen für „selbstorganisierte“, „kollektive“ und „informelle“ „Landnahmen“ im städtischen Raum. Dabei wurde der Bogen von den 1850er Jahren, der Zeit der industriellen Stadtentwicklung der europäischen Großstädte, bis heute gespannt. Die Geschichte eingeforderter Nutzflächen in der Stadt zum Eigenanbau und zur teilweisen Selbstversorgung ist also keinesfalls neu. In Wien führt diese Geschichte zurück zum Beginn des 20. Jahrhunderts, wo sich spätestens mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 der Anspruch zur Bewirtschaftung innerstädtischer Flächen in gesellschaftlichem Druck von unten zeigte. Die frühe Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung schuf sich durch ihre informellen Landnahmen im Wiener Stadtgebiet ihren Platz in der städtischen Realität Wiens und führte zu einer, wie man heute sagen würde, regelrechten „self-help based urban reform“, die um 1919 die damalige Stadt- und Grünraum bezogene Planung herausforderte, als neuer Akteur im Sinne ihres „participatory planning“ wahrgenommen zu werden (Vossoughian 2008:17). Der eingeforderte Anspruch auf alternative Wohn- und Lebensformen, in denen Nutzflächen integraler Bestandteil waren, muss aber in einem weiteren Blickwinkel vor dem Hintergrund der massiven stadträumlichen Transformation Wiens zur industriellen Großstadtmetropole zwischen 1850 und 1900 und ihrer Verdrängung von Nutzflächen zugunsten (repräsentativer) öffentlicher Grünflächen aus der modernen Stadt gelesen werden. Der frühen Kleingarten- und Siedlerbewegung als bottom up-Bewegung, eingebettet in einen breiteren Diskurs an Reformbestrebungen, die bereits um die Jahrhundertwende das Verhältnis von Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft sowie Stadt-Mensch-Natur zur Disposition stellten, waren also, so die These dieser Arbeit, auch gesellschaftspolitische Forderungen inhärent. Diese drückten sich zum einen in dem Wunsch nach selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen in der Stadt mit einer Neubestimmung von Produktion und Reproduktionsarbeit aus. Durch die industrialisierte Großstadtentwicklung wurde die Reproduktionsarbeit in den Hintergrund gedrängt. Zum anderen drückten sie sich in der Einforderung nach Mitbestimmung in der Planung aus. Man kann schließlich in dem Versuch, eine selbstbestimmte

Gemeinwirtschaft aufzubauen, auch die Absicht nach einer Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung erkennen (Krasny 2012:22).

Schlägt man den Bogen zu der heutigen Urban Gardening-Bewegung, lassen sich ähnliche gesellschaftskritische Elemente wieder finden, wenn auch in transformierter Form in Bezug auf die mittlerweile globalisierte Stadt und ihre Planung. Unter dem Slogan „eine andere Welt ist pflanzbar“ treten die Gartenaktivisten für eine „Verknüpfung gärtnerischer, ernährungspolitischer, ökonomischer, sozialer und stadtgestalterischer“ Fragen ein. Es geht um selbstbestimmten Konsum im Sinne einer Abkehr von der Entfremdung einer mittlerweile globalisierten Nahrungsmittelproduktion, um ökologische Fragen in Bezug auf städtische Verdichtungszonen und gemeinschaftliche Formen städtischer Nachbarschaft (Workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. 2009).

Wie die Kuratorin der Ausstellung „Hands on Urbanism“ Elke Krasny betont, gilt es diesbezüglich „eine politische und ideengeschichtliche Genealogie dieses Raums der kleinen Gärten in ihrer Bedeutungsdimension für die Entwicklung der Stadt von unten zu schreiben (...), deren Beginn zwischen Platz und Parzelle in einem Garten, der sich selbst regiert, auszumachen ist“ (Krasny 2012:11). Das Gärtnerische offenbart sich darin in den Momenten von Krise, Versorgungsempässen, sozialer Übereinkunft, Aktivismus, Selbstorganisation, Policymaking, Stadtentwicklung und Pädagogik, die „als zeitliche Reise die Schichten von Gegenwart und Vergangenheit im ‚Garden as Community‘ zusammenbringt“ (Krasny 2010:266).

1.2. Forschungsinteresse: Forschungsfragen und Arbeitsthesen

Welche gesellschaftspolitischen Forderungen standen und stehen auch heute in der aktuellen Debatte wieder hinter dem Wunsch nach innerstädtischen Nutzflächen?

So lautet die zentrale Frage meiner Arbeit. Der Wunsch nach Eigenanbau von Obst und Gemüse in der Stadt wird als Gegenstand einer gesellschafts- und planungskritischen Haltung untersucht. In der vorliegenden Arbeit wird aus einer auf Wien gerichteten historischen Perspektive gezeigt, dass der Wunsch nach

innerstädtischen Nutzflächen zum Eigenanbau und zur teilweisen Selbstversorgung schon einmal Spuren in der Stadtplanung und im Diskurs dazu hinterlassen hat und von gesellschaftspolitischen Forderungen mitgetragen wurde. Anhand der frühen Kleingarten- und Siedlerbewegung in Wien kann verdeutlicht werden, dass neben beziehungsweise hinter der damaligen wirtschaftlichen Notfunktion der Flächenbewirtschaftung im Verlauf des Ersten Weltkrieges tieferliegende Motive für den Wunsch nach Eigenanbau erkennbar sind. Dieser war eingebettet in ein Setting alternativer Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsvorstellungen, über welche auch das Stadt-Mensch-Natur-Verhältnis diskutiert wurde. Das Genossenschaftsmodell der Kleingarten- und Siedlungsanlagen stellte einen Gegensatz zu dem liberal-kapitalistischen Wohnungsmarkt dar. Die Gemeinschaft wurde bewusst gegenüber einer individualisierten Gesellschaft betont und die gemeinsame Hauswirtschaft an ökologischen Kreislaufprinzipien ausgerichtet.

Ähnlich gelagerte Elemente lassen sich bei den gegenwärtigen GartenaktivistInnen wiederfinden. Im Mittelpunkt der Gartenprojekte steht die gemeinschaftliche Tätigkeit des städtischen Nutzgärtnerns nach ökologischen und biologischen Kriterien. Die Organisation in Vereinen ermöglicht die Artikulation ihrer gesellschaftskritischen Auseinandersetzung mit städtischer Versorgung und ökologischen Anbau- und Ernährungsweisen (Heisting 2011:305).

Die Forderungen der Wiener Kleingärtner und Siedler zu Beginn des 20. Jahrhunderts müssen aber auch vor dem Hintergrund der industrialisierten Großstadtentwicklung gesehen werden. Waren verschiedene Formen der Eigenversorgung in der vorindustriellen Stadt und im stadtnahen Umland noch selbstverständlicher Bestandteil des Alltags, so kam es durch die Industrialisierung und die unter liberalen Vorzeichen wachsende Großstadtentwicklung innerhalb weniger Jahrzehnte zu deren fast vollständiger Verdrängung. Gleichzeitig entwickelte sich die Stadt- und grünraumbezogene Planung zu einem immer wichtigeren Steuerungselement in der wachsenden Metropole. Der Anspruch der frühen Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung auf städtische Wohn- und Lebensformen, die den Eigenanbau als zentrales Element beinhalteten, stand mindestens ebenso im Kontext der liberalen Wiener Stadtentwicklung und der modernen Stadtplanung wie jener der Notwirtschaft während und in der Folge des Ersten Weltkriegs.

In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus auf die Planung der Wiener Stadtentwicklung gerichtet. Untersucht wird, auf welchen Grundlagen der Anspruch auf Nutzflächen zum Eigenanbau im städtischen Raum erhoben worden ist und wie dieser Anspruch in die im Entstehen begriffene moderne Stadtplanung des beginnenden 20. Jahrhunderts integriert wurde. Bezugnehmend auf die planungsrelevanten Faktoren der Wiener Stadtentwicklung zwischen 1850 und 1900 kann veranschaulicht werden, dass infolge der Industrialisierung und der tiefgreifenden Transformation der Stadt die Auseinandersetzung mit Nutzflächen mit unterschiedlichen Vorstellungen und Werten besetzt wurde. Mit der Jahrhundertwende wurden die durch miserable Wohn- und Lebensbedingungen gekennzeichnete Großstadtrealität sowie ihre liberalen Planungsgrundlagen von verschiedenen theoretischen Einflüssen und im Zuge von Reformideen in Frage gestellt. Das Element des Nutzgartens und des Eigenanbaus in der Stadt lässt sich in zahlreichen Grünraumdiskursen aufzeigen: bei den frühen Sozialutopisten, die auf eine Überwindung der Gegensätze von Stadt und Land abzielten, im Rahmen des Werkwohnungsbaus der kapitalistischen Unternehmerschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts, als wesentliches Element des international beachteten Gartenstadtmodells sowie im Rahmen der vielgestaltigen lebensreformerischen Gesellschaftsvorstellungen mit Ende des 19. Jahrhunderts (Zimmerl 2002). Dem Nutzgarten wurde darin vielfach das Potenzial zugesprochen, den naturzerstörerischen Folgen der Industrialisierung mit ihrem städtischen Gesicht zu begegnen. Es blieben jedoch vor allem öffentliche Grünflächen oder aber repräsentatives Grün in der Innenstadt, welche als stadtplanerisches Mittel forciert wurden, um die städtischen Lebensbedingungen naturnah zu ergänzen.

Erst die frühe Kleingarten- und Siedlerbewegung als bottom up-Bewegung mit ihrer Forderung auf Nutzung innerstädtischer Flächen für die Eigenversorgung stellte diese einseitige Planung in Frage. Im Sinne partizipatorischer Urbanisierung beziehungsweise dem heute mit participatory planning beschriebenen Prozess forderte sie von der städtischen Planung als neuer Akteur anerkannt zu werden.

Vier zentrale Thesen begleiten die Untersuchung:

1. Die Forderung nach innerstädtischen Flächen zum Eigenanbau von Nahrungsmitteln wurde als Antwort auf die Verdrängung regionaler Selbstversorgungsformen aus der Stadt im Zuge der Industrialisierung und der liberal-kapitalistischen Stadtentwicklung ab Mitte des 19. Jahrhunderts erhoben.

Selbstverständliche Formen ehemals agrarisch oder gewerblich geprägter Wohn-, Lebens- und Arbeitsstrukturen wichen spätestens seit 1850 einer modernen, auf kapitalistischer Grundlage sich entwickelnden Gesellschaft und Großstadtplanung. In der Auseinandersetzung um Bebauung und Verbauung der Stadt, der Entwicklung und Durchsetzung von Stadtentwicklungsmodellen und einer alles umfassenden Wohnfrage kam es zum unwiederbringlichen Verschwinden innerstädtischer Nutzflächen.

2. In wirtschaftlich schlechten Zeiten hat der Anbau von Lebensmitteln zur teilweisen Selbstversorgung Konjunktur. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der einen massiven Bruch in der Stadtentwicklung Wiens darstellte, kann darüber hinaus jedoch als Katalysator für bereits schwelenden, gesellschaftlichen Druck von unten gedeutet werden. Der ‚self-help urbanism‘ der frühen Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung gewann an Gewicht und mit ihm die Auseinandersetzung um alternative Wohn- und Lebensformen, zu denen der Eigenanbau gehörte.

3. Die Forderung nach innerstädtischen Nutzflächen zum Eigenanbau steht im Kontext einer liberalen beziehungsweise heute neoliberalen (gesellschaftsökonomischen) Ordnung. Innerhalb dieser Ordnung haben sich die Stadtentwicklung Wiens sowie die Entstehung stadtplanerischer Steuerungselemente vollzogen und vollziehen sich auch heute. Sie stellen die Rahmenbedingungen für das Verhältnis von Planung und Selbstbestimmung, welches die Forderung nach Eigenanbau in der Stadt fördert oder erschwert. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus einer historischen Perspektive Antworten auch für die heutige Bewegung finden.

4. Der self-help urbanism der frühen Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung richtete sich implizit gegen die liberale Ordnung. Die Kleingärtner und Siedler traten

für eine andere Gesellschaftsordnung ein und standen somit für alternative gesellschaftspolitische Forderungen.

Wie lässt sich diese liberale und schließlich neoliberale Ordnung bestimmen, gegen welche die alternativen Lebensformen auftraten? Ich berufe mich auf das Konzept der Gouvernamentalität von Michel Foucault, sowie dessen neuere wissenschaftliche Rezeption (Bröckling et al 2000, Kamleithner 2008, Michel 2008, Certoma 2011). Wählt man den Foucault'schen Ansatz drückt sich die liberale und später neoliberale Ordnung in einer spezifischen Wirkungsweise staatlicher Macht und Kontrolle aus, die über die Gesellschaft repräsentierende und zusammenhaltende Institutionen verläuft. Als institutionalisierte Träger dieser Gouvernamentalität können demnach die Planungseinrichtungen mit ihren gesellschaftlichen und stadtplanerischen Steuerungselementen gesehen werden. Die moderne Stadtplanung, die sich mit der Jahrhundertwende um 1900 als Antwort auf die katastrophalen Wohn- und Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung heraus bildete, schuf vor diesem Hintergrund wesentliche stadtplanerische Steuerungsinstrumente für die Regulierung der weiteren Stadtentwicklung. Wie es aufzuzeigen gilt, richtete sie sich damit aber nicht gegen den freien Markt, sondern nur gegen seine Auswüchse und ist somit Bestandteil der liberalen Ordnung (Kamleithner 2008:8).

Foucaults Ansatz ermöglicht es, die Stadt- und Grünraumplanung im Kontext der Stadtentwicklung Wiens als Bestandteil einer vorherrschenden Art von Gouvernamentalität zu betrachten, deren Steuerungsinstrumente und Planungseinrichtungen als institutionalisierte Form derselben zu untersuchen sind. Öffentlich repräsentative, innerstädtische Grünräume haben darin eine besondere Eingliederung erfahren (Certoma 2011). Unternimmt man diesen Schritt, kann verdeutlicht werden, dass die baulich-räumliche Entwicklung der Stadt im Rahmen ihrer Planungsmöglichkeiten sich nicht an bestimmten innerhalb der Gesellschaft zum Ausdruck gebrachten Bedürfnissen orientierte, sondern vielmehr der Stabilisierung einer gesellschaftlichen Ordnung gedient hat. Gegen diese richtete sich aber im Falle der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung implizit die Forderung nach alternativen Wohn- und Lebensformen mit Grünflächen zur Eigenversorgung. Die Forderung, über innerstädtische Nutzflächen zu verfügen, kann also als

Eigenermächtigung in Bezug auf die damalige Planung untersucht werden und darüber hinaus auch als Widerstandsform gegen die liberale Ordnung.

1.3. Quellen und Methode

Um dem historischen Zugang dieser Arbeit gerecht zu werden, wurde für die Bearbeitung des Themas eine historisch kritische Literaturanalyse als Methode gewählt. Diese ermöglicht eine historische Verortung des gegenwärtigen Phänomens von nutzgärtnerischen Aktivitäten in der Stadt. Die Auswahl der Literatur für die Bearbeitung der historischen Grundlagen der Wiener Stadtentwicklung von 1850 - 1900 wurde entlang der Standardwerke getroffen.

Für die Darstellung der stadträumlichen Transformation des Wiener Stadtgebiets im Zuge der industriellen Stadtentwicklung wurde die Literaturanalyse im engeren Sinn durch historisches Kartenmaterial ergänzt. Historische Karten veranschaulichen den landschaftsräumlichen Zustand der Stadt sowie die städtische Transformation. Die Kartenbestände der Nationalbibliothek bieten einen reichhaltigen Fundus historischer Karten Wiens. Wertvolles Kartenmaterial versammelt auch der 2004 von Ferdinand Opll herausgegebene Bildband „Wien im Bild historischer Karten“. Eine wichtige Quelle für eine zeitlich-räumliche Analyse der Stadtentwicklung Wiens und seiner vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Einflussfaktoren stellt der historische Atlas von Wien dar. Er nähert sich der Stadtentwicklung Wiens über thematisch gegliederte Karten, welche durch zehn Begleitbände ergänzt sind (Wiener Stadt- und Landesarchiv 1981).

1.4. Forschungsstand

Aus vielfältigen Blickwinkeln wird das aktuelle Phänomen des Urban Gardening in der Literatur aufgegriffen und seine unterschiedlichen sozialen wie materiellen Funktionen aus soziologischer, politischer und gesellschaftlicher Sicht beleuchtet (z.B. Meyer-Renschhausen 2010). Als Standardwerk bietet sich der erst kürzlich erschienene Sammelband „Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt“ an, herausgegeben von Christa Müller (2011). Neben einer Darstellung von Formen städtischen Gärtnerns in europäischen Städten als Ausdruck einer neuen

städtischen Kultur, die von einer kritischen Mittelschicht getragen wird, welche nachhaltigen Konsum zum Lifestyle erhebt, spannt das Buch den Bogen zu internationalen Fallbeispielen, wie der staatlich geförderten Strategie urbaner Gärten auf Kuba. Für meine Arbeit ist dieser Sammelband relevant, da in ihm ein Schwerpunkt auch auf das widerständige Potenzial des urbanen Gärtnerns gelegt wird, und diesem eine gesellschaftskritische Funktion zugesprochen wird.

Eine historische Herangehensweise dient der Bearbeitung des Themas ‚Nutzgärten in der Stadt‘. Eine historische Einbettung nutzgärtnerischer Aktivitäten in der Stadt unternimmt Elke Krasny (2012), die Kuratorin der Ausstellung „Hands-on Urbanism 1850-2012 Vom Recht auf Grün“ im gleichnamigen Sammelband. Sie argumentiert, dass einer Genealogie dieser Nutzgärten und dem Eigenanbau als Forderung und Phänomen vermehrt Augenmerk geschenkt werden sollte. Das Gärtnerische lässt sich nämlich anhand zahlreicher Beispiele als radikale Strategie einer Stadtentwicklung von unten finden, in welcher es um Selbstorganisation, Selbsthilfe, Partizipation sowie ein verändertes Verhältnis zur offiziellen Planung und einen veränderten ökonomischen Ansatz geht (Krasny 2012:11).

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil widmet sich dem Gouvernementalitätskonzept Michel Foucaults, welches als theoretische Grundlage für das Thema herangezogen wird. Für die Erarbeitung des Konzeptes der liberalen Gouvernementalität wurden neben dem Originaltext von Foucault wichtige Sekundärquellen herangezogen, die eine Verknüpfung des Gouvernementalitätskonzeptes mit Stadtentwicklung herstellen (Boris 2008, Krasmann 2008, 2010, Kamleithner 2008). Die 31. Ausgabe von *Dérive*, Zeitschrift für Stadtforschung 2008 mit dem Schwerpunkt „Gouvernementalität“ nahm das theoretische Konzept von Michel Foucault zum Ausgangspunkt und behalf sich mit dessen Neuinterpretation durch Nikolas Rose, um die gegenwärtige Stadt- und Raumplanung zu analysieren (Laimer in *Derivé* 2008:4). Für meine Arbeit relevant sind die Beiträge von Boris Michel, Nikolas Rose, Susanne Krasmann und Fabian Kessl. Besonders interessant ist der Beitrag von Christa Kamleithner, die sich aus Foucault’scher Perspektive mit dem Verhältnis von Planung und Freiheit in Bezug auf die moderne Stadtplanung und Stadtentwicklung auseinandersetzt. Für den heute wieder feststellbaren Trend zum „Rückzug der Politik“ zugunsten einer „Dominanz

des Marktes“ wählt sie als Erklärungsansatz einen Rückgriff auf die Anfänge der modernen Stadtplanung um 1900. Die derzeitige Planung, gekennzeichnet durch ein scheinbares Schwinden an Regulationsmöglichkeiten, lässt neue Formen der Kooperation unterschiedlicher AkteurInnen entwickeln. Kamleithner sieht darin aber keinesfalls einen Verlust an Regulierung, sondern ein „Ordnungssystem“, innerhalb dessen bereits die moderne Stadtplanung am Ende des 19. Jahrhunderts eine besondere Verschränkung von Planung und Freiheit vollzog.

Die historische Gouvernamentalitätsdebatte steht als Vorlage für die heute vorherrschende, neoliberale Gouvernamentalität. Letztere wird in Gouvernamentalitätsstudien kritisch reflektiert. Das Gouvernamentalitätskonzept dient zur Analyse der Ausbildung neoliberaler Gouvernamentalität bezüglich Stadtplanung bzw. städtischem Regieren (Michel 2005, Rose 2000). Neoliberale Gouvernamentalität geht einher mit dem Umbau des Wohlfahrtsstaates und ist gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Subjekte. Im beständigen Wettbewerb wird der oder die einzelne zum „Unternehmer (seiner) ihrer Selbst“ und handelt selbstbestimmt und eigenverantwortlich (Bröckling 2007:60). Auch kommt es zu einer Verschiebung staatlicher Regulierung auf eine veränderte Maßstabsebene. Übergreifendes Planungsdenken wird durch Zugänge ersetzt, die sich an kleinteiligen communities im Sinne einer Nahraumorientierung ausrichten¹ (Rose 2000:79).

Die Auseinandersetzung mit Kontinuitäten von liberaler zu neoliberaler Gouvernamentalität prägt auch meine Auseinandersetzung mit der aktuellen Urban Gardening-Bewegung, die nicht nur als Vorbild gesehen wird: Margit Rosol (2006) hat in ihrer Dissertation Gemeinschaftsgärten unter dem Blickwinkel einer Auslagerung öffentlicher Aufgaben in die private Finanzierung kritisch untersucht. Wird also den Gartenprojekten zumeist ein gesellschaftskritisches Potenzial zugesprochen, werden sie auch hinsichtlich ihrer Integrierung in neoliberal ausgerichtete Planungsstrategien kritisch reflektiert.

¹ Nikolas Rose (2000) hat dies mit dem Begriff „Regieren durch Community“ geprägt.

Eine Verknüpfung von Gouvernamentalität, Grünräumen und Nutzgärten in der Stadt wird sowohl aus historischer Perspektive als auf gegenwärtige Entwicklungen gezogen. Immer öfter wird in den Augen der neoliberalen Ordnung die Urban Gardening-Bewegung als Antagonismus angesehen und die Frage aufgeworfen, inwieweit sie diese Ordnung hinterfragt oder auch bestrebt ist, ihr ein alternatives (städtisches) Gesellschaftsmodell entgegenzusetzen. Dieser Frage ist auch ein Beitrag in Müllers Sammelband gewidmet (Werner 2011).

Aus einer Foucault'schen Perspektive argumentiert Certoma (2011) anhand der kritischen Guerilla Gardening-Bewegung: so seien Grünräume Ausdruck staatlicher Macht und Kontrolle und werden von den politisch motivierten Guerilla-Gärtnern subtil zur Disposition gestellt. Sie leitet diese Auffassung über die im 17. und 18. Jahrhundert entstandenen städtischen Grünräume für die öffentliche Nutzung historisch ein.

Der zweite Teil der vorliegenden Arbeit widmet sich der Stadtentwicklung Wiens mit Schwerpunkt auf den Zeitraum zwischen 1850 und 1900. Die Verbauung der Stadt Wien im Zuge der liberal-kapitalistischen Stadtentwicklung ging einher mit der Verdrängung von landwirtschaftlichen Nutzflächen aus dem Stadtgebiet. An dieser Stelle lohnt ein Rückgriff auf die Auseinandersetzung mit den Anfängen repräsentativerer, städtischer Grünflächen im Laufe des 19. Jahrhunderts in Bezug auf reproduktive Grünflächen. Die Rolle öffentlicher Grünflächen als Ausgleichsmaßnahme und Dekoration als Antwort auf die in den Vordergrund tretende (spekulative) Verbauung der Stadt ist in Bezug auf das Verschwinden von reproduktiven Grünflächen von Vertretern der Kasseler Schule kritisch herausgearbeitet worden (vgl. Brookhuis 1992).

Für die Darstellung der Stadtentwicklung Wiens wurden wichtige Standardwerke ausgewählt. Die Stadtgeschichte Wiens ist im Rahmen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien in zahlreichen Publikationen (u.a. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Wiener Geschichtsblätter) bearbeitet worden.

Zentrale Bücher zur Stadtgeschichte Wiens sind von Peter Csendes (2006), Ferdinand Opll (2004, 2006) und Felix Czeike (1997) herausgegeben worden.

Da sich der Wunsch nach innerstädtischen Nutzflächen zum Eigenanbau nur am Rande und in den Zwischenräumen einer sehr viel breiter rezipierten Geschichte der

baulichen Stadtentwicklung Wiens ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts finden lässt, nähert sich auch meine Arbeit dem Untersuchungsgegenstand über die bauliche Entwicklung der Stadt. Ein zentrales Werk dafür ist das 1966 von Elisabeth Lichtenberger und Hans Bobek veröffentlichte Buch mit dem Titel „Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“. Es zeichnet mit einem kritischen Blick die bauliche Entwicklung der Stadt Wien in ihren unterschiedlichen Perioden der Früh-, Hoch-, und Spätgründerzeit, der Zwischenkriegszeit und schließlich der Kriegs- und Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts nach.

Die landschaftsräumliche Geschichte des Wiener Stadtgebiets von seiner Entstehung über die unterschiedlichen städtischen Wachstumsphasen der Verdichtung und Expansion bis heute ist 2005 von Karl Brunner und Petra Schneider im Herausgeberband „Umwelt Stadt. Geschichte des Natur und Lebensraumes Wien“ dargestellt worden. Zahlreiche Karten, historische Ansichten und Fallbeispiele stellen darin die Geschichte Wiens von seinen Ursprüngen im 11. Jahrhundert über die Großstadtentwicklung im 19. Jahrhundert bis heute dar.

Die Darstellung der Stadtentwicklung Wiens ermöglicht einen Eindruck von der Transformation der baulich-räumlichen Gestalt sowie den städtischen Wohn- und Lebensbedingungen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Auf dieser Grundlage widmet sich der dritte Teil dieser Arbeit der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung in den 1920er Jahren. Der Fokus liegt auf dem Element des Nutzgartens und seiner Rolle in den Siedlungsanlagen. Ausblickend wird am Schluss der Arbeit auch eine Verknüpfung zu den gegenwärtigen nutzgärtnerischen Aktivitäten, welche unter dem Begriff Urban Gardening zusammengefasst werden, gemacht.

Eine eingehende Beschäftigung mit der Wiener Siedlerbewegung wurde vor allem in den 1980er Jahren von Margit Altfahrt et al (1983), Wolfgang Förster und Klaus Novy (1985), Robert Hoffmann (1987) und Wolfgang Hösl (1986) unternommen. Unterschiedliche Erklärungsansätze wurden in Bezug auf die Bewegung gewählt. Betonten manche der Arbeiten die Verbindungslinie zur Gartenstadtbewegung, fokussierten andere auf das genossenschaftliche Selbsthilfeprinzip, welches in ihren Augen politisch bzw. sozialistisch intendiert war. Die Rezeption der Wiener

Siedlerbewegung in den 1970er und 1980er Jahren gewann mit dem Aufkommen alternativer Bewegungen und deren Einsatz für basisdemokratische und genossenschaftliche Organisationsformen wiederum an Aktualität. Eine zu dieser Zeit gesamtgesellschaftliche Krisensituation von industriellem Umbruch und hoher Arbeitslosigkeit trugen ihren Teil dazu bei und schufen eine Verbindungslinie zu den Verhältnissen in den 1920er Jahren (Hösl 1986:62).

Nader Vossoughian (2008) ist einer der wichtigsten Vertreter, die innerhalb der zeitgenössischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Siedlerbewegung über eine auf Otto Neurath rückbezogene Perspektive den Begriff der Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt. Er behandelt die Landnahmen als Aufbegehren für eine andere gesellschaftliche Ordnung und sieht darin auch einen Bezug zur gegenwärtigen Planungsdiskussion.

1.5. Aufbau der Arbeit

Das erste Kapitel dient der Einbettung des Themas: Forschungsfrage und Forschungsthese werden hierin dargestellt sowie das Forschungssetting (Methodik und theoretische Herangehensweise) der Arbeit vorgestellt. Das zweite Kapitel behandelt die theoretischen Grundlagen der Arbeit. Zu Beginn wird das Konzept der *Gouvernementalität* von Michel Foucault vorgestellt sowie deren Verwendung in der Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung nachgegangen. Das dritte Kapitel umfasst die Darstellung des historischen Beispiels dieser Arbeit. Das sind die Stadtentwicklung Wiens und deren für die Nutzung von Grünflächen relevante Planung zwischen 1850 und 1900. Der Fokus liegt auf dem Umgang mit Grünflächen zur Eigenversorgung im Stadtgebiet. Im vierten Kapitel wird das Element des innerstädtischen oder stadtbezogenen Eigenanbaus im Rahmen der gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Reformdiskurse beleuchtet. Das fünfte Kapitel behandelt den Self-help Urbanism der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung, seinen Entstehungskontext sowie den Umgang von Seiten der städtischen Planung. Dabei werden die gesellschaftspolitischen Forderungen der Bewegung herausgearbeitet. Besonderes Augenmerk schenke ich darin dem Element des Nutzgartens und Eigenanbaus, da dieses innerhalb eines komplexen und vor allem

wohnraumbezogenen Siedlungsdiskurs steht. Im sechsten und letzten Kapitel wird das Verhältnis von städtischer Planung und Selbstbestimmung in Bezug auf die Forderung nach Nutzgärten in der Stadt diskutiert. Dabei wird ein Bogen gespannt von den Aktivitäten der Wiener Kleingärtner- und Siedler zu den gegenwärtigen nutzgärtnerischen Aktivitäten in der Stadt. Das siebte Kapitel gibt einen Ausblick über ergänzende oder weiterführende Forschungsarbeiten. Das achte Kapitel ist die Zusammenfassung der Arbeit.

2. Theoretischer Teil: Gouvernamentalität und Stadtentwicklung

Im Folgenden werden die theoretischen Grundlagen für die Bearbeitung des Themas aufgezeigt. Ausgangspunkt ist das machtanalytische Konzept der Gouvernamentalität von Michel Foucault. Neben deren kurzer Darstellung werden Bezüge zur Stadtentwicklung sowie der Stadt- und Grünraumplanung hergestellt.

2.1. Gouvernamentalität nach Foucault

Als Weiterentwicklung seiner Machtanalyse stellte Michel Foucault im Rahmen einer Vorlesungsreihe in den Jahren 1978 und 1979 am Collège de France seine neue Forschungsrichtung vor, innerhalb derer er ein erweitertes Konzept von Regierung vorstellte und den Begriff der *Gouvernamentalität* einführte. Der neue Begriff resultierte aus einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit dem Begriff des Regierens (*gouverner*), welchen er mit der „Denkweise“ (*mentalité*) in einem semantischen Schachzug verknüpfte (Bröckling et al 2000:8). Als *Gouvernamentalität* beschrieb Foucault eine Regierungsform, deren komplexer Machterhalt durch die „Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken“ gewährleistet ist (Foucault 2000:64). In direktem Bezug stehend zu „der Herausbildung einer politischen Ökonomie als einem eigenständigen Wissenschaftsgebiet und der Bevölkerung als Interventionsfeld“ (Krasmann 2008:10) entstand die *Gouvernamentalität* des Liberalismus. Das Erstarken des Liberalismus im 18. Jahrhundert brachte über die Kritik an den ihm vorausgegangen Verwaltungsapparaturen eine Neuverknüpfung von Freiheit, Individuum und absolutistischem Staat mit sich. Die Reflexion der Regierung war damit endgültig aus ihrem Bezug zum Souverän durch einen Fürsten und der zentralen Frage nach Führungskunst- und Führungstechniken gelöst worden und auf „alle denkbaren Aktivitäten und Handlungsfelder“ ausgeweitet worden (Bröckling et al 2000:12). Dabei vollzog sich die Zusammenführung von Ökonomie und Politik beziehungsweise eine Erhebung der Ökonomie zum zentralen Element der Regierungskunst im Sinne einer „Lenkung der Individuen, Güter und Reichtümer“ (Foucault 2000:48). Die „Kunst, die Macht in der Form der Ökonomie auszuüben“ wurde zum Gegenstand der neuen Regierungstechnik, innerhalb derer die

Verfügbarmacht über Dinge eine zentrale Stellung einnahm. Diese Verfügbarmacht bezog sich auf die Menschen in Verbindung mit Bodenschätzen, Reichtümern und Nahrungsmitteln, die Beziehungen zu ihren Sitten, Bräuchen oder Denk- und Handlungsweisen sowie ihre Beziehungen zu Unglücken und Unfällen (Foucault 2000:51). Die neue Regierungsform brachte also eine grundlegende Veränderung in Bezug auf das Verhältnis von Staat und Bevölkerung. Individuelle Freiheit, Autonomie und Verantwortung wurden als Voraussetzung für das soziale, politische und ökonomische Wohl der Gesellschaft propagiert und gleichzeitig die Regierbarkeit der Bevölkerung gespiegelt in Krankheits-, Sterbe- und Kriminalitätsraten entdeckt, die den Einsatz von Sicherheitsmechanismen als Steuerungsinstrument erforderten (Krasmann 2008:11). Diese sollten gewährleisten, was der liberale Staat zum Ziel hatte, nämlich die Steigerung der Produktivität. Zugunsten des freien Marktes wurden die Regierungstechniken begrenzt, ihre Regelwerke zurückgefahren und die Bevölkerung als Summe von Subjekten anerkannt. Ihrerseits waren sie wiederum an die wirtschaftlichen Paradigmen gebunden. Die Freiheit wurde zum obersten Prinzip des Staates erhoben. Verstanden als „Möglichkeitsfeld des Handelns“ (Krasmann 2008:10) wurde sie jedoch über vielfältige Regulierungsmechanismen gelenkt, in deren Kern folgende Frage stand: „Wie kann dieses Phänomen der ‚Population‘ mit seinen spezifischen Wirkungen und Problemen in einem System Berücksichtigung finden, das auf die Respektierung des Rechtssubjekts und der Entscheidungsfreiheit bedacht ist? In wessen Namen und gemäß welchen Regeln kann man sie führen“? (Foucault 2004:435 zitiert bei Lemke 2007:66). Als Instrumente hierfür ersetzten verschiedenartige Taktiken und Regulierungsweisen der Bevölkerung den ehemals gesetzlichen Gehorsam des Untertans gegenüber seinem Fürsten.

Die Entstehung dieser neuen Machttechniken taucht bei Foucault auch in Bezug auf seine Auseinandersetzung mit biopolitischer Macht auf. Diese steht, so Foucault, in einem zentralen Zusammenhang mit der liberalen Gouvernamentalität und offenbart sich in den vielfältigen Regulierungen, die „sich nicht auf den Körper der Individuen, sondern auf den kollektiven Körper einer Bevölkerung richtet“, - von der Regulierung der Fortpflanzung über die Geburten- und Sterberate bis zu den Wohnverhältnissen (Lemke 2007:51).

2.2. Liberale Gouvernamentalität: Stadtentwicklung, Stadtplanung und Biopolitik

Die neue Regierungsform, die Foucault als liberale Gouvernamentalität begreift, wurde auch auf die Stadt beziehungsweise ihre Transformation zur Großstadt angewendet. Die liberale Gouvernamentalität entwickelte sich quasi in Bezug auf die Veränderungen des Städtischen und die Probleme, welche die wachsende Stadt aufwarf. Diese Veränderungen haben wiederum ihren Ursprung in miteinander verflochtenen Prozessen, wie der demographischen Expansion sowie der Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion im 18. und 19. Jahrhundert (Foucault 2000:59). Eine Reihe von Bezügen zum Städtischen kann den neuen Machttechniken nachgewiesen werden (Michel 2008:20). Die urbanen Probleme erforderten neue Techniken des Regierens und führten also zu einer Steuerung der modernen Stadt und ihrer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft. Die Vorstellung der Planbarkeit der Gesellschaft, welche im Vormarsch war, entdeckte die Architektur, die Stadtplanung sowie die räumliche Planung der Gesellschaft als zentrales Element des Regierens. In ihrem Mittelpunkt standen Fragen der „optimalen Anordnung, Organisation, der Verteilung und der Zirkulation von Dingen und Menschen“ (Michel 2008:20), die schließlich „auf die Sicherheit des Ganzen vor seinen inneren Gefahren“ (Foucault 2001:294 zitiert bei Michel 2008:20) abzielten. Gouvernamentalität setzte ihrer Kritik an der städtebaulichen Realität durch vorangegangene liberale und regulierungsschwache Planung die gleiche liberale Logik entgegen. Mit ihren neuen Planungsinstrumenten ergänzte sie die alten und regulierungsschwachen Planungen. Sie richtete sich jedoch auch gegen die Auswüchse des freien Marktes und verlieh dem Liberalismus Ausdruck: „Das Paradoxe der modernen Planung ist, dass sie im Grunde das herzustellen versucht, was sie als existierend voraussetzt – das aber macht, wie Foucault zeigt, insgesamt das Projekt des Liberalismus aus“ (Kamleithner 2008:8).

Unter Rückgriff auf Foucault unternimmt Chiara Certoma (2011) eine Ausdehnung bzw. Differenzierung des Begriffs biopolitischer Praktiken in Bezug auf städtische Grünräume. Sie sieht in der Bereitstellung öffentlicher Grünräume, die seit ihrer Entstehung ab dem 17. Jahrhundert immer auch Bestandteil politischer Strategien waren, ein Element zur Durchsetzung der gängigen politischen Ordnung (Certoma

2011:978). Städtische Grünräume stellten demnach ein geeignetes Mittel einer politisch intendierten Konstituierung der sozialen Sphäre des Lebens dar und dienten als Mittel der Kontrolle und staatlichen Regulierung. „The political use of urban green space can be regarded as a biopolitical practice that may lead to the realisation of a governmentality, i.e. the shaping of a specific social and individual mentality that supports a related political order“ (Certoma 2011:977). Sie sieht darin die Umsetzung einer indirekten Form biopolitischer Macht.

Die Herausbildung einer liberalen Ordnung ist auch im Kontext der Wiener Stadtentwicklung bereits mit Beginn des 18. Jahrhunderts zu datieren, insofern als das Aufkommen und vermehrte Durchsetzen liberaler Ideen eines aufstrebenden Bürgertums am Beginn der städtischen Transformation ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stehen. Mit den gesellschaftspolitischen Ereignissen nach 1848 kam es zur Durchsetzung der liberalen Gouvernamentalität und in der Folge zur Ergänzung einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung des vom Bürgertum getragenen Bodenmarktes mit der Entwicklung stadtplanerischer und gesellschaftlicher Steuerungselemente. Planung und Freiheit gingen dabei eine besondere Verschränkung ein (Kamleithner 2008). Das rasante bauliche Wachstum und die Bevölkerungszunahme, die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die Stadtentwicklung Wiens bestimmten und innerhalb der folgenden Jahrzehnte den Stadtkörper gänzlich umwandeln sollten, ging also mit der neuen Ordnung einher. Die Entwicklung der Stadt mit seinen baulichen und stadträumlichen Folgen war Ergebnis eines vielfältigen Zusammenspiels von Maßnahmen: „Der freie Markt ist die Aufgabe einer aktiven Gouvernamentalität, der Wettbewerb ein geschichtliches Ziel der Regierungskunst und keine Naturgegebenheit (Foucault 2004:173f zitiert bei Kamleithner 2008:7). Die baulich-räumliche Transformation der Stadt kann also als Ausdruck der Durchsetzung der liberalen Gouvernamentalität gesehen werden. Innerhalb derer ist es zur Verdrängung von Eigenanbau und hausbezogenen Nutzflächen gekommen. Der Notwendigkeit innerstädtischer Grünflächen kam man mit der Errichtung von Parks und öffentlichem Grün nach.

Die sich durchsetzende Auffassung, dass sich Gesellschaft planen und steuern lässt, hat zahlreiche neue Vorstellungen, Konzeptionen und Ideen über ihre räumliche Ausprägung aufkommen lassen (Michel 2008:20). Die kritisch-utopischen Konzepte

von Sozialutopisten wie dem Begründer des Genossenschaftswesens Robert Owen (1771-1858) oder dem Frühsozialisten Charles Fourier (1772-1837) oder aber die europaweite Verbreitung des pragmatisch intendierten Gartenstadtmodells, das der Brite Ebenezer Howard (1850-1928) erfunden hat, und deren jeweilige Auseinandersetzung mit einer guten Gesellschaft und ihrer räumlichen Ordnung können in diesem Kontext gesehen werden. In diesen Konzepten sind städtische Nutzflächen und Eigenanbau vorgesehen. Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit, städtischer Eigenanbau, hat also seinen Platz in der Auseinandersetzung zwischen öffentlicher Planung und der Selbstbestimmung der StadtbewohnerInnen. Das erkennt auch Krasmann: „Subjekte markieren insofern immer schon Fluchtlinien der Macht, sie können sich anders lokalisieren als es von ihnen erwartet, und sie können sich der Determinierung, der Kontrollierbarkeit und der Inanspruchnahme, ‚der zu sein, den andere entworfen haben‘, entziehen“ (Krasmann 2008:12). Interessanterweise sieht Foucault in dem „Moment der Freiheit als Voraussetzung der Machtausübung“ auch deren Widerstandspotenzial inbegriffen (Krasmann 2008:12). Diese ‚Kehrseite der Medaille‘ bestimmt auch meinen Blickwinkel auf die informellen Landnahmen der frühen Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung. Entzogen sie sich nicht durch die zum Teil illegalen Bewirtschaftungen städtischer, unbebauter Flächen der Kontrolle und Inanspruchnahme durch die städtische Planung? Und, lässt sich darin nicht auch der Wille nach einer veränderten gesellschaftlichen Ordnung, einer „selbstbestimmten Gemeinwirtschaft“ (Krasny 2012:22) erkennen?

Dem Konzept der Gouvernamentalität wird seine „gegenwartsdiagnostische Reichweite“ zugesprochen (Bröckling et al 2000, Kamleithner 2008), da es sich sehr gut als Analysewerkzeug eignet, um gegenwärtige gesellschaftliche Transformationsprozesse der neoliberalen Gouvernamentalität zu untersuchen (Bröckling et al 2000:17f). Ein Ausblick zum Abschluss der Arbeit auf die Kontinuität von liberaler zu neoliberaler Gouvernamentalität aber auch ihrer neuen Elemente mit ihren Bezügen zum Städtischen und ihrer Planung erscheint deshalb lohnenswert. Es geht auch darum, den Anspruch auf innerstädtische Nutzflächen aus einer historischen Perspektive hinsichtlich seines Umsetzungspotenzials im Rahmen von Politik und Planung zu analysieren, um einen kritischen Blick auf die neuen Form des innerstädtischen Nutzgärtnerns werfen zu können.

3. Stadtentwicklung und Eigenversorgung in Wien 1850-1900

Im Folgenden wird die Stadtentwicklung Wiens anhand des Gouvernamentalitätskonzepts untersucht und als Erklärungsansatz für die Stigmatisierung innerstädtischer „agrarischer“ (ländlicher) Kulturen und zugunsten kontrollierbarer städtischer Grünräume gedeutet. Der Fokus liegt auf der Zeitspanne zwischen 1850 und 1900, in der sich die liberale Ordnung baulich und stadträumlich in den Stadtkörper einschrieb.

Städtische Wachstums- und Veränderungsprozesse gehören zur Stadt von ihrer Entstehung an. Erstes Zeugnis davon gibt in Wien das römische Lager Vindobona aus dem ersten Jahrhundert nach Christus. Doch erst mit der Errichtung einer Stadtmauer und der Entstehung des mittelalterlichen Wiens im späten 11. Jahrhundert lässt sich von einer Stadt sprechen. In ihren mittelalterlichen Befestigungsgrenzen sollte diese bis zur Wiener Großstadtentwicklung ab 1850 bestehen bleiben. Die Entwicklung des Wiener Raumes gestaltete sich dynamisch. Zahlreiche Dörfer und Ansiedelungen entstanden insbesondere ab dem 11. und im Verlauf des 12. Jahrhunderts im Umland des mittelalterlichen Wiens und die Stadt war über die Jahrhunderte von Zuwanderung und entsprechender baulicher Erweiterung gekennzeichnet. Regionale Formen der Eigenversorgung in Form landwirtschaftlicher Flächen, aber auch großzügiger hausbezogener Küchengärten waren hierbei selbstverständlicher Teil der Stadt und ihrer räumlichen Strukturen. Sie ergänzten die bauliche Struktur und wurden gemäß der baulich-räumlichen Entwicklung Wiens über die Jahrhunderte adaptiert, blieben dabei jedoch integraler Bestandteil der Stadt (vgl. Auböck 1975:7ff).

Sowohl die hochbarocke Bauperiode (1683 -1770) als auch die josephinische Ära (1770-1830) sind schließlich Zeitperioden, die durch vergleichsweise starke städtische Transformation gekennzeichnet sind und Auftakt bzw. Durchsetzung liberaler Ideen darstellen. Ist die hochbarocke Bauperiode Ausdruck einer letzten Blüte des Adels, kommt es spätestens in der josephinischen Ära zu einer Stärkung des Bürgertums und ihrer liberalen Vorstellungen zu Lasten des feudalen Herrschaftssystems des Adels. Ferner bestimmten Zuwanderung und bauliche Umwandlung des Altbestandes der Altstadt sowie das Entstehen neuer Ortschaften im stadtnahen Umland der Vorstädte

die beiden Phasen vorindustrieller bzw. frühindustrieller Stadtentwicklung. Sie markieren den Übergang zu einer Neuformulierung von Stadt beziehungsweise Städtischem, wie es sich im 19. Jahrhundert vollzog. Die mittelalterlichen Siedlungsstrukturen mit ihren Befestigungsanlagen und den ausgedehnten innerstädtischen und die Stadt einfassenden Nutzflächen in Form landwirtschaftlicher Versorgungsflächen oder Nutzgärten erhielten sich über diese Phasen der Stadtentwicklung. Das nahe Umland Wiens wurde sogar erneut durch die zahlreichen Errichtungen prächtiger barocker Gartenpalais zu einem großen Garten, wie es bereits einmal für das mittelalterliche Wien berichtet wurde.² Es zeichnete sich damit aber auch eine beginnende Transformation in Bezug auf das Städtische und die Natur ab. Diese liegt in der baulichen Verdichtung der Altstadt und später der Vorstädte sowie ihrer langsam beginnenden Herausbildung einer städtischen Gesellschaft. Als Kennzeichen hierfür können die zahlreichen Landsitze für die ‚Sommerfrischen‘ der gut situierten Bevölkerung gesehen werden. Immer deutlicher hob sich die Stadt vom Land ab (Kamleithner 2009:44f).

3.1. Das vorindustrielle Siedlungsmuster

Es folgt ein Zustandsportrait der Siedlungsstrukturen am Ende des 18. Jahrhunderts. Es soll die landschaftsräumlichen Strukturen der Stadt Wien und Umgebung am Vorabend der Industrialisierung vergegenwärtigen, um gleichzeitig den Auftakt für die Etablierung einer liberalen Ordnung zu markieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den regionalen Lebens- und Versorgungsformen.

Aufgrund des stark ansteigenden Interesses an der kartographischen Darstellung und Vermessung wurde 1773-1781 unter Kaiserin Maria Theresia erstmals eine kartographische Aufnahme in einer bis dato unübertroffenen Maßstabgenauigkeit eines Großteils der Monarchie in Auftrag gegeben. Das Wiener Blatt der Landesaufnahme ermöglicht für eine rückblickende Analyse einen topographisch genauen Überblick über die landschaftsräumlichen Strukturen und das

² In Maria Auböcks „die Gärten der Wiener“ wird der Hofhistoriograph des Königs Matthias Corvinus, Antonio Bonfini zitiert, der über Wien zu berichten wusste, dass sein „ganzes Gebiet (...) ein ungeheurer, herrlicher Garten mit schönen Rebenhügeln und Obstgärten bekrönt“ sei (Zitat nach Antonio Bonfini in Auböck 1975:8).

Siedlungsmuster der ländlichen Umgebung von Wien, wie es sich heute mit dem Stadtgebiet deckt (Opll 2004:56). Im Folgenden werden die landschaftsräumlichen Strukturen dieser Landesaufnahme beschrieben. Dadurch können die historischen Siedlungsstrukturen von mittelalterlicher Festungsstadt und in das Umland eingestreuten Ansiedelungen mit ihren großzügigen privaten und agrarischen Nutzflächen sowie das Ausmaß der städtischen Transformation ab 1850 veranschaulicht werden. Über das Mittelalter bis in die Neuzeit hatten sich diese Siedlungsstrukturen erhalten und wurden erst mit den Folgen von Industrialisierung und Großstadtentwicklung aufgebrochen.



Abb. 1 Josephinische Landesaufnahme 1773-1781, Sektion Wien

Die so genannte josephinische Landesaufnahme zeigt Wien in den Jahren 1773-1781 als eine mittelalterliche Festungsstadt, in ihrem Umland von „kleinteiligem Wachstum dörflicher Ansiedelungen entlang historischer Verkehrswege“ (Brunner, Schneider 2005:60) geprägt, die strahlenförmig vom Stadtzentrum ins Umland verliefen. Das Siedlungsmuster lässt drei verschiedene Siedlungsabschnitte unterscheiden, welche mehr oder weniger konzentrischen Kreisen entsprechen. Um die Altstadt als historische Festungsstadt lassen sich die Ansiedelungen der Vorstädte von denen der

Vororte im stadtfirneren Umland unterscheiden. Planmäßige städtische Strukturen sind reduziert auf die Basteien der Befestigungsanlage, das Allgemeine Krankenhaus, zahlreiche Gärten und Parks der Spätblüte eines „barocken Residenzstadtlebens“ sowie erste planmäßig angelegte Neusiedlungen im Bereich der Vororte (Brunner, Schneider 2005:61). Räumliche Grenzen stellten die Befestigungsanlagen um die mittelalterliche Kernstadt Wien sowie der um 1704 errichtete Linienwall als äußere Verteidigungsgrenze von Altstadt und Vorstädten dar. Hinter dem Linienwall erstrecken sich geschlossene Ackerbaugebiete, Weinbaugebiete und Bachauen, durchzogen von den dörflichen Strukturen der Vororte. Langsam begannen diese zur Zeit der josephinischen Landesaufnahme mit den Siedlungsrändern der Vorstädte ineinander zu fließen und bildeten das Gewebe der vorindustriellen Stadtlandschaft (Berger, Ehrendorfer 2011:235)

Den ursprünglichen Siedlungsbereich stellte die dicht verbaute Altstadt Wien dar, welche von einer massiven, zu Verteidigungszwecken errichteten Befestigungsanlage (Basteien) umschlossen war. Ein in seiner Anlage knapp 100m breites und im Verlauf der Jahre bis 400m vergrößertes freies und unverbautes Feld, das sogenannte Glacis, schloss sich an die Befestigungsanlage der Altstadt an und sorgte für die räumliche Trennung zum näheren Umland (Brunner, Schneider 2005:31). Die Altstadt blieb bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die am dichtesten verbaute Zone.

Landwirtschaftliche Betriebe, aber auch fast alle hausbezogenen Gärten waren zur Zeit der josephinischen Landesaufnahme bereits aus der Altstadt verschwunden und in der Vorstadt angesiedelt.

Das Glacis trennte den mittelalterlichen Altstadt kern von den Vorstädten. Als erster Ring von Ansiedlungen hinter dem Glacis hatten sie durch die mehrfachen Türkenbedrohungen ein „prekäres Dasein“ geführt (Bobek, Lichtenberger 1966:25) und waren über die Jahrhunderte von Verschwinden und Wiederaufkommen gekennzeichnet. Zur Zeit der josephinischen Landesaufnahme hatte sich jedoch bereits ein dichter Vorstadtkranz an städtischen Ansiedlungen herausgebildet, teilweise an verschwundene Vorläufer anknüpfend, teilweise neu gegründet oder aber entlang wirtschaftlich bedeutender Ausfallstraßen. Sie waren durchsetzt von weitläufigen barocken Gartenanlagen, Sommerfrischen des Adels, Hausgärten sowie zahlreichen

landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien, welche einen beträchtlichen Teil der Nahversorgung Wiens leisteten.

Der Linienwall begrenzte die Vorstadt. 1704 zu Verteidigungszwecken errichtet, zog er um Altstadt und Vorstädte eine äußere Verteidigungslinie. Er verstärkte zugleich ihre räumliche Nähe in wirtschaftlicher und symbolischer Hinsicht, wenngleich Altstadt und Vorstädte durch das Glacis noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts räumlich getrennt blieben (Opll 2004:36f).

Hinter dem Linienwall erstreckte sich der zweite Ring aus „punktuell in das Weichbild der Stadt“ eingebetteten Ortschaften. Dieser Vorortkranz hat seinen Ursprung in den frühesten dörflichen Ansiedlungen im Umland von Wien. Weingartendörfer im Nordwesten, Ackerdörfer im Süden und Osten. Sie konzentrierten sich insbesondere entlang von Bach- und Flusstälern oder wirtschaftlich wichtigen Ausfallstraßen und stellten zumeist Zeilen-, Anger- oder Haufendörfer mit agrarischer Grundlage dar (Brunner, Schneider 2005:26). Die Josephinischen Landesaufnahmen zeigen bereits die ab dem frühen 18. Jahrhundert neu angelegten Vororte als Ergebnis früher Stadtplanung und Stadtentwicklung durch die Grundherren. Die dörflichen Ansiedlungen der Vororte machten flächen- und versorgungsmäßig aber nur einen geringen Teil aus und die Gegend rund um Wien wird in der Literatur als eine offene und intensiv genutzte Landschaft beschrieben (Brunner, Schneider 2005:29), welche eine Vielzahl unterschiedlicher zumeist agrarisch geprägter Kulturlandschaftstypen aufwies. Insbesondere im Osten waren die Siedlungskerne eingebettet in landwirtschaftliche Flächen. Im Süden erstreckten sich Weingartenflächen bis auf die Hänge des Wienerberges. Große Weidegebiete vor allem im Westen, die neben den klassischen landwirtschaftlichen Nutzflächen von Acker- und Weinbau der Weideführung des Viehs, der in den Vororten ansässigen Bauern diente, trugen ebenfalls „zum offenen Charakter des Terrassenraumes vor den Toren“ bei (Berger, Ehrendorfer 2011:234). Zum Ende des 18. Jahrhunderts weisen die historischen Karten also bereits eine Mischung aus jahrhundertlang bestehenden Strukturen sowie Elementen, die auf eine sich in Gang befindende städtische Transformation hindeuten, auf.

3.2. Städtische Transformation vor 1850 und der Auftakt liberaler Ideen

Im Folgenden wird die städtische Transformation vor dem Hintergrund der Etablierung eines erstarkenden Liberalismus im 18. Jahrhundert dargestellt.

Die hochbarocke Bauperiode (1683-1770) stellt die erste Periode starken städtischen Wachstums der glanzvollen Kaiserresidenz Wien dar. Unter den Vorzeichen einer wirtschaftlichen wie politischen Hochphase erlebte Wien eine beachtliche Bevölkerungsvermehrung und eine bauliche Umwandlung seines Altbestandes (Bobek, Lichtenberger 1966:24). Die Errichtung von Kirchen und Klöstern sowie barocken Mietshäusern eines emporstrebenden Adels verdrängte die vormals schmalen, gotischen Giebelhäuser der Altstadt und mit ihnen die Gewerbetreibenden und Handwerker. Als Folge kam es zur Entstehung eines erstmals dichten Vorstadtkranzes hinter dem Glacis. Dieses Vorstadtgebiet bildete sich als wichtige zentrumsnahe städtische Zone aus. Als Grundtypus des baulichen Gefüges entstand das barocke Vorstadthaus von Handwerkern und Gewerbetreibenden mit zweigeschossigem Straßentrakt sowie Werkstätten, Ställen und Kleinstwohnungen im tiefen Hofraum. Diese Art von Vorstadthaus verfügte oft noch über einen großen Hausgarten (Brunner, Schneider 2005:35). Mehrgeschossige Mietshäuser gesellten sich ins bauliche Gefüge (Bobek, Lichtenberger 1966:25).

In der josephinischen Ära ab 1770 kommt es mit den Veränderungen im Gewerbe und dem Aufschwung der Seidenindustrie zur Protoindustrialisierung. Diese muss in Korrelation zu der städtischen Transformation (insbesondere des stadtnahen Umlandes) gesehen werden, welche sich vor dem Hintergrund sich verändernder Produktions- und Lebensformen vollzog. Wenngleich ohne den Einsatz von Maschinen wird die Manufaktur als erste kapitalistisch-großbetriebliche Produktionsform bezeichnet (Csendes, Opll 2006:132). Das sogenannte Manufakturzeitalter in der josephinischen Ära stellte damit einen Übergang zur Industrialisierung und Kapitalisierung durch die maschinelle Produktion dar und brachte eine Kombination von Fabriksarbeit und hausindustrieller Verlagsarbeit mit sich.

Dem entsprach eine vergleichsweise starke, stadträumliche Transformation Wiens. Diese passierte nicht zufällig, sondern war Ausdruck eines bewussten Modernisierungsbestrebens. Durch staatliche wirtschaftliche Anreize wurde unter Joseph II mit seiner merkantilistischen Wirtschaftspolitik die Parzellierung und Verbauung von Vorstadtflächen durch die jeweiligen Grundherrschaften als gewinnträchtiges Unternehmen gefördert (Csendes, Opll 2006:48). Gleichzeitig schwand die feudale Blüte des Adels zugunsten der neuen, einflussreichen Gesellschaftsschicht der Bankiers und Großhändler sowie reich gewordener Unternehmer von sich ausbreitenden Manufakturen und Fabriken, insbesondere der im Aufschwung begriffenen Seidenerzeugung und –verarbeitung. Einfache bürgerliche Wohn- und Mietshäuser vermehrten sich in den anwachsenden Vorstädten und verliehen der städtischen Entwicklung zunehmend eine großbürgerliche Note (Bobek, Lichtenberger 1966:25f). Betriebe der aufstrebenden Industrien entdeckten zu dieser Zeit die Vorzüge der Vororte durch billigere Produktions- und Lebenshaltungskosten. Als baulich-räumlicher Ausdruck der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen des Manufakturzeitalters wird also die bauliche Umgestaltung und Verdichtung der Vorstadtgebiete als wesentliche Stadtentwicklungszone sowie ein verstärktes bauliches Wachstum in den Vororten genannt.

Trotz der unter Joseph II staatlich angeordneten Verbauung von Klostergärten und dem Verschwinden von Hausgärten und landwirtschaftlichen Flächen im Vorstadtgebiet zugunsten einer verdichteten bürgerlichen Verbauung (Brunner, Schneider 2005:34) kann man jedoch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von keiner geschlossenen Bebauung sprechen. Anhand des erstmals 1829 erschienenen Franziszeischen Katasters kann der Bebauungsgrad sehr gut nachvollzogen werden (Abb.2). Vor allem im Bereich der südlichen Vorstädte lassen sich noch zahlreiche Gemüsegärten ausmachen, die noch immer einen erheblichen Teil der Nahversorgung Wiens abdeckten (Csendes, Opll 2006:47).



Abb.2 Franziszeischer Kataster Wien 1829

Auch das Gebiet der Vororte lässt keine geschlossene städtische Zone erkennen. Eine Welle der Bautätigkeit erreichte auch die nahe am Linienwall gelegenen dörflichen Ansiedlungen und ließ einen Teil der Vororte ihren bäuerlichen Charakter zugunsten eines Gewerblichen einbüßen. Dies galt jedoch nur für nahe am Linienwall gelegene Ortschaften beziehungsweise solche wichtiger Industriegebiete wie dem Wiental oder entlang wichtiger Ausfallstraßen.

Wachstum und bauliche Überformung blieben im Manufakturzeitalter jedoch primär auf den Vorstadtkranz beschränkt. Das stadtfornere Umland von Wien war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich noch von agrarischen Strukturen geprägt, die einzelnen Vororte durch Grün- und Gartenland voneinander getrennt (Brunner, Schneider 2005:40). Verließ man 1830 das bereits industriell geprägte Fünfhaus in Richtung Norden „sah man zur Linken Richtung Schmelz blickend Äcker und Wiesen. Dahinter lag das Dorf Breitensee, das noch, wie viele andere Vororte auch, als abgrenzbare, in grüner Flur gelegene Einheit wahrnehmbar war“ (Brunner, Schneider 2005:40).

Die städtische und landschaftsräumliche Transformation vor 1850 ist in Ausmaß und Geschwindigkeit nicht mit der massiven Überformung des Stadtgebiets im Zuge der Industrialisierung ab 1850 zu vergleichen. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde das historische Stadtmuster aufgebrochen, ein Zusammenwachsen der bereits pulsierenden Siedlungsstrukturen von Vorstädten und Vororten ermöglicht und der Startschuss für die Stadterweiterung gegeben.



Abb.3 Perspektiv-Karte von Niederösterreich 1830-1846, Ausschnitt Wien

3.3. Städtische Transformation vor dem Hintergrund der Industrialisierung

Die Mechanisierung der Produktionssysteme mit dem Einsatz von Werkzeugmaschinen, Bevölkerungszunahme und ein Anstieg der industriellen Produktion bildeten die Eckpfeiler der Industrialisierung, die bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts von England ausgehend auf Kontinentaleuropa übergriff. Die Industrialisierung breitete sich in Europa im Verlauf des 19. Jahrhundert weiter aus und stellte die Weichen für die moderne Großstadtentwicklung der europäischen

Städte. In Folge kam es vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und sozioökonomischer Umwälzungen erstmals seit dem 13. Jahrhundert zu einer tiefgreifenden, quantitativen wie qualitativen Veränderung der Besiedlungsstrukturen in Europa (Benevolo 1993:184).

In Wien hielt die Industrialisierung vergleichsweise spät Einzug. Zwischen 1830 und 1840 vollzog sich, begünstigt durch die Überwindung der wirtschaftlichen Depression durch den sprunghaft ansteigenden Einsatz von Dampfmaschinen und den Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Übergang vom Manufakturzeitalter in das frühgründerzeitliche Industriezeitalter. Wichtige Einflussfaktoren stellten die Mechanisierung der Textilindustrie ab 1820 sowie die Maschinisierung ab 1840 dar, welche in Kombination mit der massenhaften Verfügbarkeit und dem Einsatz von Arbeitskräften die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung Wiens bedeuteten (Banik-Schweitzer 1982:3). Bestanden in Wien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Organisationsstrukturen von Fabrikarbeit, Heimarbeit und des Handwerks nebeneinander, kam es mit der fortschreitenden Industrialisierung zu einer Verdrängung des Handwerks durch die maschinelle Produktion sowie zum Übergang von Heimarbeit zu Fabrikarbeit (Magnano Lampugnani 2010:11). Der Anstieg der Produktion in den Fabriken ließ den Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften massiv ansteigen, der wiederum durch die Umwälzungen des Agrarsektors gedeckt werden konnte. Das Verhältnis von Stadt und Land sollte zu dieser Zeit nachhaltig verändert werden und brachte eine massive soziale Umschichtung mit sich. Sie kommt in der Unterscheidung des „höchsten Typus agrarisch-hauswirtschaftlicher“ und des „niedersten Typus industriell-kapitalistischer Wanderung“ zum Ausdruck (Bauer 1912:253 zitiert bei Csendes, Opll 2006:176).

Infolge der durch die Industrialisierung und dem schwächelnden Agrarsektor ausgelösten Landflucht war die Stadt Wien mit einem bis dahin unerreichten Bevölkerungsanwachsen konfrontiert. Der Bevölkerungsstrom erreichte die immer weiter wachsende Großstadt Wien ab Mitte des 19. Jahrhunderts insbesondere aus den agrarisch geprägten Kronländern Böhmen und Mähren. Das industrielle Zentrum Wien, dessen Wirtschaftswachstum sich aus der nahezu „explosiven Ausweitung des Produktionssektors“ als Folge der Industrialisierung speiste, absorbierte die im Entstehen begriffene städtische Industriearbeiterschaft, die kein Auskommen mehr im

landwirtschaftlichen Sektor fand. So „dominierte, restrukturierte und formte die moderne Stadt das Land gemäß ihren Bedürfnissen. Das dieserart transformierte und funktional neu bestimmte Land lieferte billige Arbeitskräfte in die Stadt“ (Csendes, Opll 2006:176).

Unter den Vorzeichen der Industrialisierung vollzog Wien ab 1850 seinen rasanten Aufstieg zur Metropole mit weitreichenden landschaftsräumlichen Folgen für den Stadtkörper. Die folgenden Jahrzehnte der sogenannten Gründerzeit (1840-1918) gingen als die bedeutendste Epoche in Bezug auf die baulichen Entwicklungen in die Geschichte Wiens ein. Quantitativ brachte sie vor allem Fabriken und Zinshäuser als Massenquartiere hervor. Letztere dienten der billigen Unterkunft für das rasant anwachsende Industrieproletariat. Damit einher ging eine grundlegende Veränderung der Wohn- und Lebensformen in verschiedener Hinsicht (Bobek, Lichtenberger 1966:26). Hatten Gewerbetreibende in Wien über das 19. Jahrhundert Wohnen und Arbeiten in einer traditionellen Lebensform erhalten können, sollte nun für den Lohnarbeiter der Schlafplatz endgültig vom Arbeitsplatz getrennt werden. Die Austauschbarkeit des Arbeiters, welche seiner durch die Fabriksarbeit notwendigen De-qualifizierung geschuldet ist, fand in den Elendsquartieren ihre bauliche Entsprechung. Dem einst agrarisch geprägten Umland von Wien wurde hierfür eine neue Funktion zugesprochen. Wenngleich die Vororte noch bis 1890 von Wien getrennt blieben, diente dieses periphere Stadtgebiet der Bereitstellung günstiger Flächen für billige Unterkünfte.

Von 1840 bis 1910 wuchs Wien von einer 440 000 Menschen Agglomeration, vor allem im Umland aus locker ineinandergreifenden, im Wesentlichen agrarisch geprägten dörflichen Strukturen bestehend, zu einer Zwei Millionen-Metropole. Die Verbauung von Altstadt, Vorstädten und Vororten führte zu einem baulich verdichteten Stadtkörper. Infolgedessen lösten die damit einhergehende, ansteigende Bodenrente sowie vermehrte Spekulation Druck auf innerstädtische landwirtschaftliche Flächen sowie hausbezogene Gartenflächen aus.

3.4. Planungsrelevante Faktoren der liberalen Ära als Erbe für die Wiener Stadtplanung 1850-1900

Die dynamische Industrialisierung ging einher mit weitreichenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen, die in Wien dem wirtschaftsliberalen Zeitalter der Gründerzeit Bahn brachen. Die Einführung von wirtschaftsliberalen Freiheiten kann im Sinne von Gouvernamentalität als eine bewusste Herstellung von Freiheiten gedeutet werden, die Voraussetzung der liberalen Regierung waren und durch verschiedene, aufeinander abgestimmte Steuerungsmechanismen gelenkt wurden. Die Stadtentwicklung Wiens stützte sich fortan auf zwei Säulen. Zum einen wurde dem Bürgertum in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine hegemoniale Stellung eingeräumt und zum anderen kam es im Gleichklang damit zu der Entstehung eines städtischen Industrieproletariats mit Druck auf die bauliche Struktur der Stadt. „Wenn aus an alten Gewohnheiten haftenden Bauern und Stadtbewohnern ‚industriöse‘, also fleißige und nach Verbesserung strebende Individuen werden sollen, dann bedarf es der Anreize und disziplinären Maßnahmen“ (Kamleithner 2010:256).

Der Feudalstaat blieb in Österreich trotz revolutionärem Aufbegehren des Bürgertums im Jahr 1848 in seinen Grundfesten fest verankert. Ab 1850 veränderten sich aber die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihren Auswirkungen auf die baulich-räumliche Entwicklung der Stadt. Es kam zu einem sukzessiven „Abbau der alten Organisationsformen und Wirtschaftsweisen“. Versorgung und Gewerbe wurden zunehmend getrennt und ehemals bei ihren Herren untergebrachte Knechte und Mägde wurden zu ArbeiterInnen, die nun mit Wohnraum versorgt werden mussten. Diese Veränderungen führten in der Frühgründerzeit (1840-1870) zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht auch zu einem „Abbau der Feudalgesellschaft“ (Bobek, Lichtenberger 1966:37). Die räumliche Entwicklung der Stadt Wien und ihre stadtplanerischen Grundlagen wurden fortan zum Ausdruck wirtschaftlicher Emanzipation des Bürgertums oder aber einem nicht zufälligen Durchbruch eines „Systems der natürlichen Freiheiten“ (Kamleithner 2010:256).

3.4.1. Gesellschaftspolitische Entwicklungen

Eine folgenreiche Zäsur in der Stadtentwicklung Wiens stellt die bürgerlich-demokratisch motivierte Revolution 1848 dar. Kern war die Forderung nach einer demokratischen Umgestaltung des feudalen Systems und ihrer Regierungspolitik und die Umsetzung liberaler Ideen. In einer Revolutionswelle bis nach Wien als revolutionärem Hauptschauplatz innerhalb der Monarchie, entluden sich in ganz Europa etwa zur gleichen Zeit die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen: Mailand, Palermo, Paris, Berlin, Venedig, Neapel, Prag, Budapest, Rom. Die Liste der Städte, in denen sich die Unruhen ausbreiteten, war lang.

In Wien standen ideologische wie soziale Fragen im Kern der Forderung nach einer Neuordnung des Gesamtstaates (Csendes, Opll 2006:108). Neben den bürgerlichen Aufständen in der Innenstadt breiteten sich Unruhen in den Vorstädten aus, die sich in der gewaltbereiten Zusammenrottung von Arbeitern und Kleinbürgern entluden. „In der Innenstadt forderten Bürger und Studenten Pressefreiheit, Konstitution sowie Lehr- und Lernfreiheit, in den Vorstädten protestierten Handwerker und Arbeiter lautstark gegen Steuerdruck, Nahrungsmangel, Verelendung und Arbeitslosigkeit“ (Csendes, Opll 2006:110). Die Revolution scheiterte an den divergierenden nationalen wie ideologischen Interessen, wobei der Bruch in Wien zwischen Demokraten und Arbeiterschaft verlief. Das begüterte Kleinbürgertum wiederum unterstützte den Neoabsolutismus ab den 1850er Jahren. Trotzdem stellte das Revolutionsjahr 1848 die Weichen für die Umwandlung des vormodernen Feudalstaates zu einer zumindest wirtschaftlich vom Bürgertum dominierten Gesellschaft (Csendes, Opll 2006:120).

Folgenreichstes Erbe der gescheiterten Revolution waren die neue Gemeindeverfassung sowie die Aufhebung der Grundherrschaft. Nach 1848 wurde die freie Gemeinde zur organisatorischen Grundlage für das gesamte Staatswesen erhoben (Opll 2004:73f). Zugleich wurde die Grundherrschaft aufgelöst und in deren Folge bäuerliches wie bürgerliches Grundeigentum aus der Grundobrigkeit gelöst. Die Grundentlastung brachte allerdings eine Ablöse mit sich, für welche die Grundbesitzer zum Teil selbst aufkommen mussten und die sich viele der kleinen bäuerlichen Grundbesitzer nicht leisten konnten. In der Folge gaben viele ihre Höfe auf. Gerade erst frei gewordene Bauern wurden somit zu Arbeitern gemacht und vermehrten in den Folgejahren das städtische Industrieproletariat.

Die Aufhebung der Grundherrschaft sowie die neue Gemeindeverfassung brachten Veränderungen für die bauliche Entwicklung Wiens mit sich, die zuvor maßgeblich unter dem Einfluss der verschiedenen städtischen, geistlichen und weltlichen Grundherrschaften stand. Eine der folgenreichsten Neuerungen für die Stadtentwicklung Wiens war die laut neuer Gemeindeordnung vorgeschriebene Eingemeindung der Vorstädte. Diese bildeten zusammen mit der Altstadt eine rechtliche und verwaltungsmäßige Einheit, das dem Magistrat unterstand. Acht Bezirke, die zugleich Gerichtsbezirke darstellten, gliederten das neue Stadtgebiet Wiens (Csendes, Opll 2006:106f). Erst 1857 kam es nach jahrelanger Diskussion zur längst überfälligen Schleifung der Basteien. Damit war das historische Siedlungsmuster Wiens überwunden. Ein räumliches Zusammenwachsen des auch rechtlich zusammengehörenden Stadtkörpers wurde damit ermöglicht. Die Schleifung der Basteien gab den Auftakt für die Verbauung des bisher unverbauten Glacis und den Startschuss für die zukünftige Entwicklung Wiens zu einer modernen Großstadt (Opll 2004:75).

3.4.2. Stadtentwicklung als bürgerlich-emanzipatorisches Projekt

Der Emanzipation des Bürgertums galt im 19. Jahrhundert die liberale Hauptforderung des aufgeklärten Beamtengeistes. Diese hatte sich bereits in der Manufakturära abzuzeichnen begonnen und entlud sich schließlich in den Straßenkämpfen der Revolution von 1848. Nach Kamleithner ging die folgende wirtschaftliche auf Kosten einer politischen Liberalisierung (Kamleithner 2008:7). Die Reformen nach der gescheiterten Revolution strebten nach einer wettbewerbsorientierten Stärkung der Wirtschaft und leiteten kapitalistische Organisationsformen und liberales Wirtschaftsdenken ein. In Bezug auf die bauliche Entwicklung Wiens spielte die Herausbildung neuer Formen von modernem Eigentum in Verbindung mit der Herauslösung des Bodens aus seiner grundherrschaftlichen Bindung eine entscheidende Rolle. Es kam zur wesentlichen Veränderung der privaten Bautätigkeit. Der Boden wurde zur Ware und unterstand fortan dem selben Wechselspiel von Angebot und Nachfrage wie andere Güter auch (Bobek, Lichtenberger 1966:51). Dies zog einen grundsätzlichen Wertewandel in Bezug auf das Haus und seine Funktion

nach sich. Lag der Wert eines Hauses ursprünglich in der Bereitstellung von Lebens-, Arbeits- und Schlafraum, entdeckte man in der Gründerzeit seinen Wert als Einkommensquelle. Mietshäuser dienten dem Ertrag und ließen sogar eine neue, einflussreiche städtische Schicht der Hausbesitzer emporkommen (Bobek, Lichtenberger 1966:51f). Die Koppelung von Hausbesitz und Gewerbe, wie sie über das 18. Jahrhundert bis in die Frühgründerzeit bestanden hatte, verschwand und die zünftische Organisation des Baugewerbes wich einer industriellen (Bobek, Lichtenberger 1966:52).

Als charakteristischstes Element der gründerzeitlichen Bauwirtschaft muss das Spekulationswesen genannt werden, welches vor allem den Wohnhausbau der Preistreiberei aussetzte. Die Diskrepanz zwischen Bevölkerungswachstum und Bereitstellung von Wohnraum schuf hierfür die Grundlage. Das boomende Grund- und Baugeschäft führte in den Jahren 1855 bis 1872 zur Entstehung von zahlreichen Großbanken und Baugesellschaften sowie zur Bildung eines Großunternehmertums (Bartack 1935:19), denen private Hausbesitzer keinesfalls freundlich gegenüber standen. Die zahlreichen Baugesellschaften, Immobilienagenturen und Hypothekenanstalten, die wie Pilze aus dem Boden schossen, veränderten das ehemalige „Beziehungsdreieck von Grundherr – Baugewerbe – bürgerlicher Hauseigentümer“ (Bobek, Lichtenberger 1966:52).

3.4.3. Eingemeindung der Vorstädte und erste Verbauungswelle

Stadtentwicklung ab 1850 hieß vor allem Bauen. Eine rege Bautätigkeit entfaltete sich, die an die wirtschaftlichen Erfordernisse bzw. Umbrüche der Industrialisierung gekoppelt waren. Die Gemeinde Wien stellte die notwendige Infrastruktur. Die Donauregulierung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des Eisenbahnbaus, der den massenhaften Transport von Gütern ermöglichte und den Bevölkerungszustrom nach Wien schleuste sowie die Beseitigung der Basteien und die Anlage der Ringstraße waren die herausragenden Bautätigkeiten der öffentlichen Hand (Bobek, Lichtenberger 1966:42f). Aufschließung und Parzellierung von unverbauten Flächen wurden hingegen in weiten Teilen privaten Bauherren überlassen, welche

auch die gesamte Wohnbaufinanzierung zu tragen hatten. Der Staat förderte den Wohnbau durch Steuerbegünstigungen.

Die früh- bzw. hochgründerzeitliche Verbauungswelle zwischen 1850 und 1890 stand in engem Zusammenhang mit der Eingemeindung der Vorstädte, ihrer Eingliederung in das Stadtgebiet mit der Folge einer einheitlichen zweiten Bauordnung für Wien 1859 sowie in besonderem Maße mit der Schleifung der Basteien im selben Jahr und dem dadurch ermöglichten räumlichen Zusammenwachsen von Altstadt und ehemaligen Vorstädten. Die Verbauung kann in zwei Ausformungen unterschieden werden. Dies ist zum einen die Sanierung der zentrumsnahen Flächen im Zuge der Verbauung des Glacis und ihren Folgen der Aufwertung und Verfestigung der sozialräumlichen Gliederung Wiens. Dreiviertel des ehemaligen Baubestandes von Altstadt und Vorstädten um 1840 wurden in Folge umgebaut, größtenteils sogar abgerissen und wieder aufgebaut. Und zum anderen die Neuverbauung, welche auch schon massiv in die Vororte übergreifen sollte (Bobek, Lichtenberger 1966:26).

Unterschiedliche Parzellen und Bauformen mit abnehmender Geschosshöhe vom Innen- zum Außenrand der Vorstädte charakterisierten die vorstädtische Bausubstanz bis zur Mitte des 19. Jahrhundert. Dies sollte sich in Folge der Eingemeindung der Vorstädte schlagartig ändern. Das zuvor unregelmäßige Bild wurde von durchgehend viergeschossigen Gebäuden überbaut (Csendes, Opll 2006:56).

Obwohl es bis zur Eingemeindung der Vororte noch bis 1890 dauern würde, erfuhren die Vororte bereits in der Früh- und Hochgründerzeit eine starke Überformung. In der Hochgründerzeit fand dort sogar das Hauptwachstum statt (Bobek, Lichtenberger 1966:49). Ausgelöst durch die Bautätigkeit und die Aufwertungen im Stadtgebiet wurde das Vorortgebiet in einer ersten Verbauungswelle zu der bevorzugten industriellen Zone, wo auch billige Arbeiterunterkünfte entstanden. Der zweite dichtere Verbauungsring rund um Wien ist ein wesentliches Merkmal der Früh- und Hochgründerzeit bis 1890. Die ehemaligen Vororte, die bis dato einen noch überwiegend agrarisch geprägten Charakter aufwiesen, wurden dadurch landschaftlich wie baulich überformt. Die zahlreichen kleinen Ortschaften, durch Grün- und Gartenland voneinander getrennt, wuchsen zu dichten Baukörpern zusammen.

3.4.4. Eingemeindung der Vororte und zweite Verbauungswelle

Erst 1890 wurde mit der Eingemeindung der Vororte die zweite große Stadterweiterung Wiens vorgenommen, „die der Kernstadt mit einem Schlag einen Bevölkerungszuwachs von einer halben Million Menschen brachte“ (Bobek, Lichtenberger 1966:49). Im Zuge dessen kam es 1893 zu einer Novellierung der Bauordnung. Diese brachte die Vororte in den Geltungsbereich der Vorschriften von Bauhöhe und Straßenbreite und hatte ein sprunghaftes Ansteigen der Bodenpreise zur Folge. Bereits vor der Eingemeindung der Vororte hatte sich das bauliche Wachstum Wiens in sein Umland ausgebreitet- der Bereich der westlichen Vororte stellte in der Hochgründerzeit sogar das Hauptwachstum der Stadt dar-, in Folge der Eingemeindung kam es jedoch zu einer schlagartigen Welle an Umbauten und Neubauten mit erhöhten Stockwerken (Bobek, Lichtenberger 1966:49).

3.5. Stadt- und Grünraumplanung

Die Gründerzeit Wiens hat vor dem Hintergrund rasanten städtischen Wachstums räumliche Strukturen geschaffen, denen eine radikale Überformung bisheriger Strukturen zugrunde lag. Das Stadtgebiet, in seinen mittelalterlichen Grenzen durch die Stadterweiterungen 1850 und 1890 aufgesprengt, wurde in den Jahrzehnten zwischen 1850 und 1900 fast vollständig bebaut und verdichtet und ließ nur wenige ehemalige Versorgungs- und Freiflächen übrig. Der Raster als Parzellierungs- und Bebauungssystem kannte dabei im Sinne einer optimalen Kapitalverwertung keine „historischen Bedingtheiten, landschaftliche(n) Verhältnisse oder soziale Notwendigkeiten“ (Maderthaler, Musner 1996/1997:213). Vor allem aber wurde durch die Baustruktur des größten Teils der Gründerzeitbauten häusliche Produktion im Sinne hausbezogener Nutzflächen negiert (Brookhuis et al 1992:10). Die Steuerung der Verbauung und Verdichtung war mit den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen ab 1850 eine öffentliche Angelegenheit geworden, also Aufgabe der Gemeinde. Dies markiert den Beginn staatlicher Lenkung von städtebaulichen Entwicklungen und Stadtplanung in einem heutigen Sinn (Brunner, Schneider 2005:62). Es geschah unter der Durchsetzung einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung des Bodenmarktes mit Wettbewerb und Eigentum. Es sind also keine willkürlichen

und beliebigen Entscheidungen, auf welchen die Stadtentwicklung von statten geht. Vielmehr ist die bauliche und räumliche Entwicklung einer Stadt Ausdruck einer Verzahnung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Zeit mit ihren Planungsgrundlagen (Brunner, Schneider 2005:55).

3.5.1. Historische Stadtplanung

Staatliche Planung hat es in einer frühen Form bereits im frühen 19. Jahrhundert gegeben. Sie ging aus den feuerpolizeilichen Verordnungen des Mittelalters hervor und auch die josephinische Ära (1770-1830) hatte Bauvorschriften hervorgebracht. In Wien gab es vor 1850 innerhalb des Linienwalls ein „unübersichtliches Gemenge von städtischen, geistlichen und weltlichen Grundherrschaften, die in unterschiedlicher Weise auf die gesellschaftliche und bauliche Entwicklung der Stadt Einfluss nahmen“ (Csendes, Opll 2006:106).

1829 kam es zur ersten Bauordnung von Wien, welche Bestimmungen zu Bauhöhe und Straßenbreite enthielt. Frühe staatliche Planung beschränkte sich zumeist auf akute Problembekämpfung bei der Errichtung infrastruktureller Maßnahmen, wie beispielweise Abwasserkanäle zur Eindämmung der Cholera. Das ihr zugrunde liegende Planungsverständnis findet sich in seiner reduzierten Form in der Literatur als ‚Gefahrenabwehr‘ wieder (Brunner, Schneider 2005:61).

Träger aber auch Verhinderer der Siedlungsentwicklung waren die zahlreichen adeligen oder kirchlichen Grundherrschaften. So wird die bauliche Stadtentwicklung am Vorabend der Industrialisierung als Ergebnis einer ausgewogenen Kräftekonstellation zwischen öffentlicher und privater Bautätigkeit beschrieben. Parzellierung und Verbauung als wesentliche Elemente von Urbanisierung waren Aufgabe der Grundherrschaft (Csendes, Opll 2006:48), die zum Teil von staatlicher Stelle durch wirtschaftliche Anreize gefördert wurden (siehe Kapitel 3.2). Grundherren wurden veranlasst, ihre Gründe in „Rustikalland“ umzuwandeln. Dies kam einer Baulandumwidmung mit anschließender Parzellierung und Verbauung gleich (Csendes, Opll 2006:49) und führte zu einer beständigen Freigabe von Bauland.

3.5.2. Liberalismus und Planungsfreiheit der Gründerzeit

Die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umbrüche durch die Industrialisierung mit ihrem Erbe der bürgerlichen Revolution veränderten ab die Kräftekonstellation zwischen privater und öffentlicher Bautätigkeit. Eine unkontrollierbare Dynamik der industrialisierten Großstadtentwicklung ersetzte die vorherige Lenkung. Mit den Verwaltungsreformen und der neuen Gemeindeordnung kam der Gemeinde die Rolle des regelnden Eingreifens in die private Bautätigkeit zu sowie die vorausschauende Lenkung der Wiener Stadtentwicklung. Bauordnungen und Stadtregulierungen blieben ihre wichtigsten Instrumente. In der Literatur wird diese Art der Planung als ‚Anpassungsplanung‘ bezeichnet (Brunner, Schneider 2005:63). Auf minimale Regulierungen eingeschworen, wurden weite Teile der baulichen Entwicklung privaten Bauträgern überlassen. Dazu zählten die Baulanderschließung und der gesamte Grundstücksmarkt. Die staatlichen Eingriffe in den privaten Wohnungsbau wurden durch die Bauordnung auf das Notwendigste beschränkt. 1859 kam es im Zuge der Eingemeindung der Vorstädte und der Entscheidung der Schleifung der Basteien zu der zweiten Bauordnung von Wien, welche auch für die neuen Stadtteile Gültigkeit hatte. Die Bauordnung stellte für die bauliche Erschließung und Verdichtung in den neuen Stadtteilen die einzige regulierende Grundlage dar. Sie beschränkte sich auf die Festlegung minimaler und punktueller Bestimmungen zu Gebäudehöhe und Straßenbreite, deren Werte beträchtlich erhöht wurden. Die zweite Bauordnung schwor sich auf das Rasterschema der Baulanderschließung ein, das eine maximale Flächenausnutzung mit bis zu fünfstöckiger Verbauung ermöglichte. Diese Grundzüge einer „undifferenzierten Erschließung“ blieben als „simple, proletarische, rein formale Variante des Wiener Städtebaus“ in der gesamten Gründerzeit bestehen (Brunner, Schneider 2005:63). Anhand der schlagartigen viergeschossigen Verbauung der Vorstädte durch ihre Eingemeindung und deren Einbezug in den Geltungsbereich der Bauordnung von Wien, lässt sich gut nachvollziehen, inwieweit die baulich-räumliche Entwicklung der Stadt an die bestehenden planerischen Grundlagen gekoppelt war. 1866 trat auch eine Bauordnung für Niederösterreich in Kraft. In den Jahren 1868 und 1881 kam es zur dritten beziehungsweise vierten Bauordnung, die in der gleichen gründerzeitlichen Planungsmanier weitere Präzisierungen der baulichen Standards mit sich brachten und fortan eine Verbauung der Parzellen von 85% ermöglichten. Nur 15% verblieben für Lichthöfe und Lichtschachte. Nach der

Eingemeindung der Vororte hatten diese Bestimmungen auch dort Gültigkeit, was zu einer verstärkten Bautätigkeit und vor allem Umbautätigkeit der alten Bausubstanz führte (Brunner, Schneider 2005:65).

3.5.3. Grünraumplanung

Die Bereitstellung öffentlicher Grünflächen war bis zur Verbauung des Glacis kein Thema der Stadtplanung. Zahlreiche private Gärten und Naturflächen deckten das Grünraumangebot der Stadt ab (Auböck 1975:14). Dies änderte sich schlagartig mit der ersten großen Stadterweiterung 1857. Auf dem Glacis wurden repräsentative Bauten errichtet, ergänzt durch nicht minder repräsentative Grünflächen. Auch die bürgerliche Bebauung im Zuge der Sanierung der Altstadt und Vorstädte verwendete öffentliche Grünflächen zu Repräsentationszwecken. In den Arbeiterwohngebieten, in welchen Massenzinshäuser und Mietskasernen aus dem Boden gestanzt wurden, die zahlenmäßig überlegen das Stadtgebiet zu schließen begannen und durch dichteste Verbauungsgrade mit winzigen Lichthöfen gekennzeichnet waren, bildeten ausgesparte Häuserblocks die wenigen Freiflächen. Die monotonen Rasterviertel wurden also bestenfalls ergänzt durch kleine ausgesparte Bebauungslücken, die zur Errichtung von Grünflächen dienten. Durch die Verbauung kam es zum Verschwinden der hausbezogenen Gärten, aber auch Hinterhöfen und Werkstätten ehemaliger Handwerkerhäuser.

Grünraumplanung, wenngleich als Metier mit Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden (Brookhuis et al 1992:6), gewann also mit den miserablen Wohn- und Lebensbedingungen der wachsenden Großstadt ab der Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Über die Jahrhunderte hinweg hatte es private Gärten sowie die Stadt einschließende Natur gegeben. Nun regten das Zusammenwachsen und die Verbauung von Altstadt und Vorstadt sowie das übergreifende Wachstum in die Vororte die Debatte um öffentliches Stadtgrün an (Auböck1975:14). Diesbezüglich kam diesem eine Regulierungsfunktion für die Probleme der wachsenden Stadt zu und die Auseinandersetzung mit innerstädtischen Grünflächen diente vor allem der Kompensation für die starke Verbauung. Die Frage nach subsistenzwirtschaftlichen Bedingungen oder häuslicher Produktion wurde hingegen aus der Auseinandersetzung um städtische Grünflächen verdrängt (Brookhuis et al 1992:6). Ab Mitte des 19.

Jahrhunderts galt der Park als städtebauliche Notwendigkeit. Städtischer Grünraum wurde zu dieser Zeit also in eine neue Form gegossen. Innerstädtische Erholungsanlagen wie Parks und öffentliche Grünflächen traten an die Stelle des Gartens und wurden von der Grünraumplanung zunehmend für die Gliederung und Auflockerung des Stadtraumes funktionalisiert (Brookhuis et al 1992:8). In Bezug auf die Stadtplanung ist die Rolle der Grünraumplanung in jedem Fall eine untergeordnete. Sie hatte vor allem in Form von Ausgleichsmaßnahmen auf deren Defizite zu reagieren, also kompensatorisch zu wirken (Brookhuis et al 1992:10).

3.5.4. Die Anfänge moderner Stadtplanung in Wien

Der Beginn der modernen Stadtplanung, welche sich als eigenständige Disziplin herauszubilden begann, lässt sich in am Ende des 19. Jahrhunderts datieren. Die ‚Anpassungsplanung‘ der liberalen Ära wich der sogenannten ‚Auffangplanung‘ (vgl. Brunner, Schneider 2004: 86ff). In Wien kam es auch zu einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Der Einfluss der „industriell-großbürgerlich Liberalen“ schwand zugunsten der christlich-sozialen Partei. Dies führte 1890 zu einem Wechsel in der Stadtverwaltung und unter den politischen Vorzeichen von Kommunalisierung und Leistungsverwaltung zeichnete sich auch ein verändertes Planungsverständnis ab. Es rückte von der minimalen und punktuellen Stadtregulierung ab, maß vielmehr einer nach Dichte und Nutzung differenzierenden Planung Bedeutung bei und brachte den Einsatz neu entwickelter Steuerungsinstrumente mit sich. Ein Wettbewerb zur Erstellung eines Generalregulierungsplanes, der jedoch nie umgesetzt werden sollte, bildete 1890 den Auftakt. Regulierungspläne, ein Bauzonenplan oder die Errichtung eines Regulierungsbüros sind Ausdruck dieser veränderten Planungspraxis.

Die moderne Stadtplanung entstand als Antwort auf die katastrophalen städtischen Wohn- und Lebensbedingungen und gleichzeitig innerhalb der liberalen Ordnung, welche diese Bedingungen produziert hatte. Vor dem Hintergrund grundlegender liberaler Veränderungen in Bezug auf Eigentums- und Arbeitsverhältnisse und einer Aufspaltung des Städtischen, welche unter rasantem Stadtwachstum eine stadträumliche soziale Differenzierung mit sich brachte, dachte die Stadtplanung die Stadt als „differenzierte Interessenslandschaft“ (Kamleithner 2010:253). Sich selbst

begriff sie als Antwort auf bestehende Marktverhältnisse und erhob die Ergebnisse von Bevölkerungsstatistikern und Volkswirten zu ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis. Sie ist deshalb innerhalb des modernen Regierungsdenkens zu verorten, welches Foucault als liberale Gouvernamentalität begreift. Ihre Grundlagen lagen in jenen Wissenschaften, welche zu dieser Zeit den Anspruch erhoben, „objektive Aussagen über die soziale Wirklichkeit“ zu treffen und dabei die Bevölkerung im Blickwinkel hatten (Kamleithner 2010:254).

Die moderne Stadtplanung entwickelte sich mit der Auffassung, dass den Auswüchsen des Wohnungsmarktes mit regulierenden Eingriffen begegnet werden müsse. Die Spekulationsgeschäfte jedoch, welche diese Auswüchse verursacht hatten, wurden nicht in Frage gestellt. Die Spekulation wurde vielmehr als „sozial-ökonomische Ordnungskraft“ anerkannt (Kamleithner 2010:256).

4. Eigenanbau in Grünraum- und (Wohn)Reformdiskursen

In der Verfestigung liberaler Ideen gewann die Planbarkeit der Stadt in der Auseinandersetzung mit den neuen urbanen Herausforderungen zentrale Bedeutung. Vor diesem Hintergrund entstanden zahlreiche Gesellschaftsentwürfe, die Bezug auf die räumliche Ausgestaltung der Gesellschaft nahmen (Michel 2008:20). Für diese Arbeit interessant sind jene, in welcher die Verbindung von Stadt und Land eine verstärkte Aufmerksamkeit erfährt, und sich das Element produktiver Grünflächen als Nutzflächen zum Eigenanbau finden lässt.

Der Begriff „Grünraumdiskurse“ wird als Überbegriff für einen Diskurs gewählt, der sich in Bezug auf innerstädtische Grünflächen mit spezifischen Aspekten auseinandersetzt. Hierzu zählen die Auseinandersetzung um das Verschwinden landwirtschaftlicher Produktion zugunsten industrieller Produktion, die Auseinandersetzung um den Wert von Eigenanbau und Eigenversorgung durch hausbezogene Nutzflächen sowie die damit verbundene Debatte um gesunde und humane Lebensformen in der industrialisierten Stadt.

Mit der Großstadtentwicklung durch die Industrialisierung wurde die Frage nach reproduktiven Flächen im verbauten städtischen Raum, die Wichtigkeit einer Einheit von Haus und Garten oder zumindest von Haus bezogenen, gemeinschaftlichen Gartenflächen in europäischen Reformdiskursen in den Mittelpunkt gerückt und hatte sich spätestens mit Ende des 19. Jahrhundert als Kritikpunkt verschiedenster ideologischer wie sozialreformerischer Standpunkte etabliert. Aufs Engste verknüpft ist diese Debatte mit der Notwendigkeit, die immer dringlicher gewordene Arbeiterwohnfrage zu lösen. Der Wert von hausbezogenen Grün- und Freiräumen, auch zur Eigenversorgung sowie im Gegenzug das Beklagen des Verlustes regionaler agrarischer Versorgungsstrukturen kristallisierten sich somit im Negativbild einer rasant von statten gehenden Verbauung heraus, die zum Entstehen der Elendsquartiere der Arbeiterschaft geführt hatte. Unter den Vorzeichen einer alles dominierenden Wohnungsfrage, deren Beantwortung als wichtig für die gesellschaftliche Stabilität erkannt wurde (Zimmerl 2002:15), standen die Grünraumdiskurse im Spannungsfeld von moderner Großstadtplanung mit ihrer liberalen Ordnung und

gesellschaftskritischen sowie alternativen Reformbewegungen und Utopien. Gärtnerische Nutzflächen dienten als Planungselement der Stadt sowie als Ausdruck von Gesellschaftskritik.

4.1. Nutzgärten zwischen Stabilisierung und Kritik der industrialisierten Stadt

Das Verschwinden von in die Stadt einbettenden agrarischen Strukturen durch das Anwachsen der Städte bedingt durch eine breite gesellschaftliche Umstrukturierung, die einen Großteil der ehemaligen Landbevölkerung zu Stadtbevölkerung werden ließ, führte zu einer anhaltenden Diskussion um die Folgen für das Industrieproletariat und der unausweichlichen Entfremdung der Arbeiter von der landwirtschaftlichen Produktion. Die „widernatürliche, lebensfeindliche und zutiefst hässliche Großstadt“ (Magnago Lampugnani 2010:12) wurde nicht nur in Kunst und Literatur zum Sinnbild der industrialisierten Stadt. Das Land hingegen mit seinen dörflichen, stadtbezogenen Versorgungsstrukturen wurde zur Überwindung industriell-kapitalistischer Auswüchse sowie einer Rückkehr zu gemeinschaftlichen Lebensformen verklärt. Hausbezogenes Versorgungsgrün großzügiger Nutzgärten auch zum Eigenanbau war wesentliches Element dieser Verklärung. Den Nutzgärten wurde als Verbindungsglied zwischen landwirtschaftlichen Versorgungsflächen und häuslicher Bebauung diesbezüglich besonderes Augenmerk geschenkt. Es wundert daher nicht, dass das Element der zumeist hausbezogenen Nutzflächen Eingang in zahlreiche und zu Beginn vor allem sozialistisch geprägte, umgesetzte oder Vision gebliebene städtebauliche Modellvorstellungen fand. Waren innerstädtische und zumeist hausbezogene Nutzflächen selbstverständlicher Bestandteil vorindustrieller, urbaner Bebauungsstrukturen, die vor allem das stadtnahe Umland charakterisierten, wurde die Bodenbestellung im hauseigenen Umfeld hinsichtlich des Verlustes regionaler Lebens- und Versorgungsstrukturen mit einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse verknüpft.

Der gleiche Wert diente jedoch in Bezug auf die (gesamt)gesellschaftlichen aber auch stadtplanerischen Absichten sehr unterschiedlichen Zugängen und die daraus entspringenden Ziele variierten stark. Elemente, die gerade Sozialutopisten einer radikalen Neuformulierung der Gesellschaft dienten, ließen sich unter teilweise

gänzlich anderen Vorzeichen wiederfinden. Bei den zumeist von Unternehmern intendierten Werkwohnungsbauten, die auch in Wien ab der Mitte des 19. Jahrhunderts forciert wurden, tauchten Wohnstätten bezogene Nutzgärten immer wieder als Element gegen die Entfremdung der industriellen Produktion auf. So lässt sich der hausbezogene Nutzgarten und der Wert seiner Bestellung sowohl in den sozialreformerischen Autonomiebestrebungen als auch in dem paternalistischen Gebaren manch eines Großindustriellen mit der Errichtung von Arbeitersiedlungen zur Verbesserung der Lebensumstände von der industrieeigenen Arbeiterschaft finden. Dies strafte „(...) die Engelsche Behauptung Lügen, kein Kapitalist hätte Interesse, eine menschenwürdige Siedlung für diejenigen zu bauen, die sein Kapital vermehrten“ (Magnago Lampugnani 2010:17).

4.1.1. Sozialutopisten

Aus England, wo die Industrialisierung um einiges früher als in Wien die städtische Realität umfassend veränderte, stammten auch die ersten Reformvorschläge, die auf die veränderten Produktionsbedingungen Bezug nahmen. Es waren allen voran die Sozialutopisten, die durch die „Integration von Arbeiten und Wohnen im örtlichen und sozialen Sinn“ auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise durch genossenschaftliche Organisationsformen zielten. Ihre Ideen gelten als die ersten umfassenden urbanistischen Überlegungen (Zimmerl 2002:20). Im Speziellen soll hier auf die Ideen des Frühsozialisten Robert Owen (1771-1858) aus Wales verwiesen werden, welcher im Sinne einer Humanisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industrialisierten Gesellschaft versuchte, ein ganzheitliches Gesellschaftsmodell zu entwerfen.

Bestrebt die Gegensatzpaare Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft aufzuheben (Zimmerl 2002:20), tauchte bei Owen als Antwort auf die gesellschaftlichen Umbrüche durch die Industrialisierung die Auseinandersetzung mit dem Wert agrarischer Produktion, hausbezogenen Nutzflächen und damit verknüpft die Neuverbindung von Stadt und Land auf. Owens Entwurf eines entsprechenden Siedlungsmodells sollte seine Umsetzung bei der von ihm geleiteten Baumwollspinnerei finden und erlangte große internationale Beachtung.

4.1.2. Fabrik- und Werksiedlungsbau

Die Transformation der Stadt und ihrer sozialen Bedingungen durch die Veränderungen in der Produktion und die wirtschaftliche Liberalisierung des Bodenmarktes mit ihren Auswirkungen der Spekulation ließen vermehrt Industrielle und Fabrikanten die Notwendigkeit von Lösungen für die Wohnungsnot erkennen. Die verschiedenen europäischen Formen der Arbeitersiedlungen, deren Bezeichnungen (Arbeitersiedlungen, Werkssiedlungen, Fabriksiedlungen, den englischen Versionen der Company Town und Model Village) so vielgestaltig sind wie ihre Ausgestaltung, können als frühe Modelle angesehen werden. Zumeist ließen Fabrikanten und Unternehmern solche erbauen, um die miserablen Wohn- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern. Solche Arbeitersiedlungen wurden zumeist in der Nähe des Werks (Fabrik) errichtet und ausschließlich für die unternehmenseigene Arbeiterschaft bereitgestellt. Bezeichnenderweise taucht in den europäischen Arbeitersiedlungsmodellen das Element des hausbezogenen Nutzgarten bzw. eines „Garten- oder Feldanteil(s) pro Wohnungseinheit“ auf (Zimmerl 2002:17), teils unter agrarromantischen Vorzeichen, teils als pragmatischer Versorgungszusatz für die Arbeiterschaft oder einer Mischung aus beidem. Dem Nutzgarten, neben Gemeinschafts- und sanitären Einrichtungen als Bestandteil der verbesserten Lebens- und Wohnbedingungen wurde in jedem Fall jedoch eine soziale Funktion zugesprochen, deren Bogen sich von Nachbarschaftsharmonie bis zu Naturnähe spannte und nicht selten einen paternalistischen Versorgergedanken des Unternehmens für seine Arbeiterschaft mit einschloss. Im besten Fall drückte sich darin die hehre Absicht aus, „das Übel zu lindern, die sich aus den ungesunden und unzureichenden Unterkünften ergeben (...) und den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern einige Vorteile des dörflichen Lebens im Freien zu verschaffen, einschließlich der naturnahen und gesunden Tätigkeit der Bodenbestellung“ (Nelson Tarn 1973:159 zitiert bei Magnago Lampugnani 2010:19). Die hausbezogenen Versorgungsflächen in den Arbeitersiedlungen verbanden also in einer wohlwollenden Mischung die Aspekte von wirtschaftlicher Versorgung genauso wie gesundem Ausgleich beziehungsweise Ablenkung von der Fabrikarbeit durch die Bodenbestellung sowie die Rückkehr von Natur in die Großstadt oder gar die Rückkehr zu dörflichem Leben. Vor allem dienten sie aber der Sicherstellung der primären Versorgung, die durch die geringe Infrastruktur in den Arbeitersiedlungen neben dem finanziellen Aspekt erschwert war.

Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in Sachen Selbstversorgung, sowie der Ausstattung mit sozialen und kommunikativen Einrichtungen darf aber nicht über die verstärkte Abhängigkeit der Arbeiter im Werkwohnungsbau hinwegtäuschen (Bolognese-Leuchtenmüller 1983:37). Wenngleich bei der Errichtung die Verbesserung des Wohn- und Lebensraumes in Bezug auf Luft- und Lichtverhältnisse sowie Hygiene beabsichtigt wurde, dienten die Siedlungen vor allem unternehmenseigenen Vorteilen, besonders der Bindung des Arbeiters an das Unternehmen. Trotzdem wurden in einigen Fällen sogar lebensreformerische Ansätze verwirklicht, wenn auch mit stark paternalistischem Grundton. Die zwischen 1851 und 1871 errichtete Company Town „Saltaire“ unweit der englischen Stadt Bradford, benannt nach ihrem Gründer Titus Salt, sowie die 1861 begonnene Model Village „Akroydon“ unweit von Halifax von Edward Akroyd gelten als reformistische und durchaus sozialkritische Modelle.

Innerhalb der österreichischen Monarchie kann in diesem Zusammenhang die ebenfalls stark paternalistisch angehauchte Industriestadt Zlin angeführt werden. Unter dem Einfluss der Gartenstadtidee und mit der Absicht Landschaft, Industriekomplexe und Wohnbebauung in harmonischer Weise zu vereinen, wurde diese 1910 von dem Schuhfabrikant Tomáš Bat'a in Mähren gegründet und ausgebaut. Unter dem Slogan „kollektiv arbeiten – individuell wohnen“ stellte er seinen Arbeitern ein Leben in kleinen Häusern mit Garten bereit, welches keinesfalls an das Leben in den Mietskasernen der Industriestädte erinnern sollte.

Waren es zu Beginn vor allem Kommunisten und Sozialutopisten, welche die Polarisierung von Stadt und Land kritisierten und in den industrialisierten Großstädten die weit auseinander reichende Kluft von Slum und bürgerlicher Fassade als zwei Kehrseiten in ungleichem Ausmaß angriffen, zeigten die Industriellen selbst jenen Reformwillen, welche sich die marxistische Kritik untersagte. Die grundlegende Umwälzung der Wohn- und Lebensverhältnisse, die Veränderung der Stadt-Land Strukturen im Sinne einer Zusammenführung maschineller und landwirtschaftlicher Produktion, schienen durch die Bemühungen der Industriellen schließlich konterkariert zu werden. Wie diese Bemühungen um sozial verträgliche Wohnstandards in den Modellen der Werk- und Fabriksiedlungen sowie ihre Bindung des Arbeiters an sein Unternehmen durch positive Abhängigkeit und Harmonie

bewertet werden, wird je von Fall und ideologischem Standpunkt abhängen. Im Paternalismus einiger Großindustrielle offenbarte sich jedenfalls eine gewisse Reformfähigkeit des Kapitalismus, die letzten Endes auf Systemerhaltung und eine Stabilisierung der Verhältnisse abzielte (Zimmerl 2002:15f).

4.2. Nutzgärten als Teil alternativer Stadtmodelle: die Gartenstadt

Sozialkritisch in der Absicht und pragmatisch im Zugang ist das ab dem späten 19. Jahrhundert in England aufkommende Modell der Gartenstadt in die Grünraumdiskurse einzuordnen. Für die Vertreter der Gartenstadtbewegung (Garden City Movement) blieben die durchaus reformerischen Absichten beispielhafter Arbeitersiedlungen, welche in ihren Ausführungen die soziale Rolle des Unternehmens verankerten, doch nur ‚Formmodelle‘. Die Gartenstadtbewegung vertrat in ihrem Selbstverständnis ein ‚Lebensmodell‘, wengleich ambitionierte Beispiele der Arbeitersiedlungsmodelle sicherlich Vorbildfunktion hatten.

Die Gartenstadtbewegung entstand als Antwort auf die durch die Industrialisierung stark veränderten städtischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Zimmerl 2002:25f). Mit der Absicht, der Großstadt ein neues Stadtkonzept entgegenzusetzen, erlangte die Gartenstadtbewegung unter ihrem Gründer Ebenezer Howard mit der Garden City Association 1901 und der ein Jahr später unter neuem Titel herausgegebenen Neuauflage des Buches Howards „Garden Cities of To-morrow“ weitreichende Bedeutung. Das Gartenstadtkonzept fand nicht nur international seine Nachahmer, sondern löste zudem eine Welle an städtebaulichen Reformen aus (Brookhuis 1992:17). Die Gartenstadt präsentierte sich als Idealstadtkonzept, dessen Schema von Howard in seinen berühmten Modellskizzen auf anschauliche Weise präsentiert wurde. Den zwei Polen von Stadt und Land stellt er das ‚Binom Town Country‘ gegenüber, welches die Vorteile des Landes mit denen der Stadt zu vereinen trachtete (Magnago Lampugnani 2010:25). Für die Verschmelzung von Stadt und Land schwebte Ebenezer Howard ein Areal von 2.400 ha vor, zu einem Sechstel in niedriger Häuserdichte und mit ausreichenden Hausgärten bebaut und von einem breiten Landwirtschaftsgürtel umgeben, welcher die Stadt mit Lebensmitteln versorgen sollte. Gartenstädte sollten als „kleine, demokratisch organisierte,

genossenschaftlich verwaltete Einheiten“ (Zimmerl 2002:26) das Land als Netz überspannen. Hier offenbarte sich über das Grundkonzept der einzelnen Gartenstadt hinaus die Besiedlungsstrategie der Gartenstadtanhänger. Einer Zellteilung gleich sollten bei Bedarf neue Gartenstädte in unmittelbarer Nähe entstehen, die sich zu Clustern zusammenfügten und untereinander durch Vernetzung verbunden blieben.

Howard stammte weder aus industriellen noch intellektuellen Kreisen und die von ihm entwickelte Gartenstadtbewegung war weniger ideologisch als pragmatisch. Seine Kritik glich wie jene der Kommunisten und Sozialutopisten dem unkontrollierten Wachstum der industrialisierten Städte und ihrer sozialen Auswirkungen, der mit ihr einhergehenden Landzerstörung und der Entfremdung von Land und Stadt. Sein Vorgehen war jedoch ein Zusammenstückeln verschiedener theoretischer Konzepte unterschiedlicher soziologischer, ökonomischer und städtebaulicher Vertreter, von den soziologischen Prinzipien einer organisierten Siedlerbewegung Edward Gibbons Wakefields bis zu den städtebaulichen Prinzipien von James Spence und Buckingham (Magnago Lampugnani 2010:24).

Die Kritik an den kapitalistischen Grundzügen der industrialisierten Großstädte, die in der bis zur Spitze getriebenen Mischung aus Wohnungsnot und Bodenspekulation ihren anschaulichsten Höhepunkt fand, bietet eine Erklärung für die Sehnsucht nach überschaubarer städtischer Gestalt, wie es das Gartenstadtmodell vorsah. Im Kern der Gartenstadtidee stand die Suche nach genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Lebensformen. So war das Finanzierungsmodell, das den Gartenstädten zugrunde lag, genossenschaftlich gedacht. Zur Verhinderung der Bodenspekulation sollte sich der Boden im Besitz der städtischen Gemeinde befinden.

Die Verwirklichung dieser autarken, demokratisch organisierten und gemeinschaftlich verwalteten Enklaven (Zimmerl 2002:26) blieb aufgrund finanzieller wie praktischer Umsetzungsschwierigkeiten hinter den Erwartungen zurück. Vor allem aber drohte die sozialkritische Absicht in der späteren Ausrichtung der Gartenstadt in grüne Vorortzonen verwässert zu werden. Dienten zu Beginn die Zusammenführung von Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, hausbezogener Versorgungsflächen sowie die gemeinwohlorientierte Struktur - in einer sozialkritischen Ausrichtung verknüpft - der Überwindung des Kapitalismus, wurde diese ursprüngliche Idee der

Gartenstadtanhänger in weiterer Folge verklärt. Gerade auch die Verbreitung der Gartenstadtidee in Deutschland – 1902 kam es zur Gründung der deutschen Gartenstadtgesellschaft, die zu einer einflussreichen Organisation avancieren sollte – reduzierte sich bald auf eine bürgerliche „Vorstadtidylle“ (Zimmerl 2002:28). Die Vorstellung vom Haus im Grünen wurde zuungunsten der alternativen kollektiven Lebensformen als Trabanten- und Vorortsiedlungen für die städtische Mittelschicht gestärkt (Zimmerl 2002:28). Das Plus an Grünflächen wurde zum Anziehungspunkt für die besser situierte Stadtbevölkerung. Die sozialkritische Komponente des Gartenstadtmodells ging dadurch verloren. Diese Tatsache ist auch für meine Arbeit interessant, da die sozialkritische Komponente ursprünglich in der Verbindung von Stadt und (nutzgärtnerischen) Versorgungsflächen mitbegründet lag.

Das Vermächtnis der Gartenstadtidee liegt trotzdem darin, dass sie als Auftakt für die mit der Jahrhundertwende rege Auseinandersetzung und Verbreitung alternativer Siedlungsformen beschrieben werden kann. In vielerlei Hinsicht stand das Konzept der Gartenstadt Pate für darauffolgende Stadt-Land-Konzeptionen sowie für die Forderung nach Nutzgärten in der Stadt. Was die Gartenstadt als Bezugsmodell attraktiv machte, ist ihr pragmatischer und politisch wertfreier Ansatz. Eine Weiterentwicklung konnte sowohl von konservativen Kräften unternommen werden, welche die Gartenstadt in Richtung bürgerliche Vorstadt weiterentwickelten, als auch im Rahmen (progressiver) lebensreformerischer Ansätze, die zur selben Zeit aufblühten. Auch in der in dieser Arbeit fokussierten Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung der 1920er Jahre berief man sich auf die Idee der Gartenstadt (Hösl1986:65).

4.3. Nutzgärten als Lebensreform: Volkshygiene oder grüne Revolution

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts umfassten lebens- und gesundheitsreformerische Ansätze alternativ besetzte Aspekte des Vegetarismus, der Freikörperkultur und Frauenemanzipation aber auch populärtauglichere Gesundheitsthemen über Medizin, Ernährung und Sport bis hin zu Volkshygiene. Vor diesem Hintergrund bildeten sich vielgestaltige alternative Reformbewegungen. Viele davon einte ihre Kritik an den sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen der industrialisierten und kapitalisierten

Stadt wie die Land-Reform Bewegung, die frühe Siedler- oder die Schrebergartenbewegung. Auf der Suche nach einem Mittelweg, welche die Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu mildern versuchte sowie durchzogen von der Frage nach der Vereinbarkeit von Stadt- und Landleben, kam zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur die Auseinandersetzung mit neuen Siedlungsformen (Laubenkolonie, Kleinsiedlung) auf, sondern auch die Debatte um die Reform städtischer Grünflächen. Die Auseinandersetzung mit städtischen Grünflächen stand in dieser gesellschaftlichen Atmosphäre stärker als je zuvor auf der Tagesordnung und die Frage nach öffentlichen städtischen Grünflächen gewann an sozialpolitischer Relevanz. Ihre Ausgleichfunktion wurde vor dem Hintergrund beabsichtigter Sozialhygiene in den Vordergrund gehoben (De Michelis 1993:405).

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts verlagerte sich die Diskussion über die Bereitstellung von Grünflächen wieder stärker in die Großstadt selbst und ihre vormals vor allem ästhetische Funktion wurde vermehrt in Frage gestellt und um die Aspekte Erholung, Spiel- und Bewegungsraum ergänzt. Aus England und den USA schwappte die Volksparkbewegung nach Deutschland über, welche die praktische Nutzung öffentlicher Grünanlagen einforderte. Städtische Grünflächen waren Gegenstand intellektueller Debatten von Lebensreformern und der Stadtplanung. So unterschied beispielsweise der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner in Bezug auf städtische Grünflächen zwischen ihrem Nutzwert (Spiel, Sport, Pachtgärten) und ihrem Daseinswert (Repräsentation) und trat für eine „körperliche Inbesitznahme der Freiflächen“ ein (Wagner 1915:42 zitiert bei Brookhuis et al 1992:21). Sein politischer Einsatz galt dem Erholungs- und Ausgleichsgrün. Die Instrumente moderner Grünraumplanung kamen hier erstmals zum Einsatz: Die Erstellung und Orientierung an Richtwerten, die zur Ermittlung von freiflächenbezogenen Bedarfszahlen führte (Brookhuis et al 1992:21).

Innerhalb der Debatte um städtische Grünflächen - angereichert mit Aspekten der Bewegung, Gesundheit etc. – wurde aber auch der Frage nach innerstädtischen gärtnerischen Nutzflächen vermehrt Platz eingeräumt und von der städtischen Sozialpolitik durch die Bereitstellung von billigem Pachtgrund aufgegriffen (De Michelis 1993:407). Die Reformbewegung trug ihren Teil zur teilweisen Durchsetzung bei. Die ersten Laubenkolonien und Schrebergartenanlagen wurden an

den Stadträndern von Großstädten wie Berlin oder Leipzig errichtet. Die intellektuelle Auseinandersetzung mit alternativen Siedlungsformen, erfuhr teilweise konkrete Umsetzung, wie im Falle der alternativen ‚Vegetarischen Obstbau Kolonie Eden‘ in Oranienburg bei Berlin 1893 (Eden Gemeinnützige Obstbau-Siedlung eG).

4.3.1. Leberecht Migge und die Lebensreformer

Einer der wichtigsten Vertreter, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts intensiv mit der Großstadtfrage in Bezug auf städtische Grünflächen auseinandersetzte und dabei dem Element der Produktionsfunktion von Nutzflächen verstärkt Aufmerksamkeit zukommen ließ, war der deutsche Gartenarchitekt und Lebensreformer Leberecht Migge (1881-1935). Für ihn lag in der Großstadt mit ihren Übeln, die Existenz, beziehungsweise der Fortbestand der Hausgärten begründet. Ähnliches galt für den Park, welchen er als „erweiterten Garten“ bezeichnete. Mit einer durchaus modernen Haltung war er der Überzeugung, dass „die Zukunft der Hausgärten unauflöslich mit den voranschreitenden Prozessen der Wohnungsreform verbunden sei“ (De Michelis 1993:405).

Migge sah die Antwort auf die Auswüchse der Großstädte nicht in einer romantisierenden Trennung von Stadt und Land begriffen. Für ihn lag die Zukunft der städtischen Realität in einer Verzahnung von Bebauung und Grünflächen gemäß einer „Stadtlandschaft“. Innerhalb Leberecht Migges theoretischer wie praktischer Auseinandersetzung spiegelt sich nicht nur die reformerische Gesellschaftsstimmung seiner Zeit, die sich in Bezug auf städtisches Grün vollzog. Er selbst ging weit über die Ansätze von Ausgleichs- und Erholungsgrün hinaus. Vor allem durch die Auseinandersetzung mit der Unterscheidung zwischen öffentlichen Grünanlagen und privat verfügbaren Gärten entwickelte Migge eine äußerst selbstständige Haltung in Bezug auf städtisches Grün. Trat er in frühen Jahren als Gartenarchitekt für privat verfügbare Hausgärten ein und war einer der namhaften Vertreter der Nutzwertdebatte städtischer Grünflächen, beschäftigte sich Migge vor allem in späteren Jahren und verstärkt mit Beginn des Krieges aus einer deutlich sozialkritischeren Haltung mit dem Garten als sozialem und ökonomischem Ort. Vermehrt wurde darin die Auseinandersetzung mit der Versorgungsfunktion von städtischen Grünflächen zum zentralen Aspekt. Migge maß dieser eine integrale Bedeutung bei, indem er den

Repräsentationscharakter der öffentlichen Grünflächen als Schmuck kritisierte und vielmehr für eine „produktive Nutzbarmachung“ des Bodens plädierte (Brookhuis et al 1993:23). Geprägt von den Debatten der zahlreichen (Lebens)Reformkulturen, sah Migge in dem Aufblühen der Kleingarten- und Schrebergartenkolonien an den Stadträndern der Großstädte sein Bild von der Großstadt ‚als Mutter der Gärten‘ bestätigt. Er befürwortete die Kleingarten- und Schrebergartenkolonien nicht nur, sondern setzte sich für die Errichtung von privat verfügbaren Gärten im Sinne von Armen-, Schreber- und Kleingärten ein.

4.3.2. Kleingarten- und Schrebergartenbewegung der Jahrhundertwende

Lassen sich die Ursprünge der Kleingärten auf die englischen Armengärten (=allotments) am Ende des 18. Jahrhunderts zurückführen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre Pendants in Deutschland, Frankreich und Dänemark fanden, kam es am Ende des 19. Jahrhundert zu einer eigenständigen und auch sozialkritischen Kleingartenbewegung, die sich in ganz Mitteleuropa ausbreitete (Zimmerl 2002:50). Seit ihrer ursprünglichen Entstehung im Kontext der industriellen Transformation der Großstädte hatten Kleingärten unterschiedliche Funktionen bedient: als Teil der frühen Armenfürsorge, als Antwort auf das soziale Elend der industrialisierten Stadt und in Form von Werksgärten der Bindung des Arbeiters an sein Unternehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ihre Ursprünge in dem „industriekapitalistisch entwickeltesten Staat“, in England lagen (Schmidt 1975:83). Dem stand die Kleingarten- und Schrebergartenbewegung gegenüber, die sich um die Jahrhundertwende ihren Platz in den Städten eroberte, unter veränderten sozialkritischen Vorzeichen. Ihre Befürworter vertraten kleinbürgerlich-idealistische Ziele. Die Kleingarten- und Schrebergartenbewegung war also Ausdruck des Zeitgeistes des späten 19. Jahrhunderts und stand im Kontext der verschiedenen sozialreformerischen Ideen (Zimmerl 2002:50).

Die Schrebergartenbewegung als Ausprägung der Kleingartenbewegung muss schon aufgrund ihrer bis heute prominenten Namensgebung, welche dem Zusatz ‚Schreber‘ in der Bezeichnung zu verdanken ist und seither nahezu sinnbildlich für parzellenförmige (Nutz-)Gärten in der Stadt steht, einer eigenständigen kurzen

Darstellung unterzogen werden. Ihren Namen hat sie dem gleichnamigen Leipziger Arzt und Orthopäden Daniel Gottlob Moritz Schreber zu verdanken, welcher Mitte des 19. Jahrhunderts über seine Auseinandersetzung mit Reformpädagogik, Ernährungs- und Gesundheitsfragen für die (sportliche) Betätigung von Jugendlichen im Freien plädierte und als einer der frühen Väter der Reformbewegung bezeichnet werden kann. Die bekannten Schrebergärten gehen jedoch nicht auf eine Initiative Schrebers zurück. Der erste Schreberplatz wurde erst nach Schrebers Tod 1864 von seinem Schwiegersohn Ernst Innozenz Hausschild eröffnet. Diente dieser nach reformpädagogischen Vorstellungen ursprünglich der Bereitstellung von beaufsichtigten Kinderspielplätzen in der schulfreien Zeit, mussten sich Gartenparzelle und Laubenhütte erst die prominente Nutzung der freien Sport- und Spielflächen erobern. Die drohende Schließung und Verbauung führte zu einer Übernahme der Fläche durch die erwachsenen Vereinsmitglieder. Fortan wurde die Fläche als Kleingartengelände genutzt und somit die Idee der Schrebergartenanlage in ihrer bis heute bekannten Ausprägung geschaffen (Brunner, Schneider 2005:488).

4.3.3. Die Wiener Kleingarten- und Schrebergartenbewegung um die Jahrhundertwende

Auch in Wien lässt sich die Entstehung von Kleingärten um die Jahrhundertwende in zwei unterschiedlichen Ausformungen finden. Zum einen wurden am Ende des 19. Jahrhundert Kleingärten Bestandteil des sozialen Wohnbaus in Wien und standen damit in der Nachfolge der frühen Wohnungsreformer der 1870er Jahre. Neu errichtete Arbeiterwohnhäuser um 1900 wurden zum Teil mit kleinen Gemüsegärten ausgestattet. Der Lobmeyerhof der Kaiser-Franz-Joseph I-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen im 16. Wiener Gemeindebezirk Ottakring kann als Beispiel dienen. Diese Arbeiterwohnhäuser werden in der Literatur auch als Vorläufer des kommunalen Wohnbaus der Gemeinde Wien angeführt (Novy, Förster 1985:18). Den Bewohnern der Volkswohnungen standen gegen ein geringes Entgelt Einzelbeete in einer Größe von 25m² zur Verfügung (Schmidt 1975:64).

Zum anderen schwappte mit Beginn des 20. Jahrhunderts auch eine Welle der aus Deutschland kommenden Lebensreformkulturen nach Wien und mit ihr eine sich

zaghaft ausbreitende Schrebergarten- und Kleingartenbewegung unter alternativen Vorzeichen. Hatten sich in mehreren deutschen Großstädten die sogenannten ‚Ehrenkränze‘ in Form von Schrebergartenanlagen und Laubenkolonien rund um die Großstädte ausgebreitet (De Michelis 1993:407), waren ähnliche Absichten in Wien zu beobachten. Auch in der Wiener Schrebergarten- und Kleingartenbewegung standen der Wunsch nach Überwindung kapitalistischer Gesellschaftsformen und die Suche nach individuellen Lebensweisen im Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung. Vertreten wurde diese von bürgerlich-intellektuellen Gruppen, Sozialutopisten sowie Anarchisten. Großstadtflucht und Naturverbundenheit, die Sehnsucht nach Luft und Sonne in einer Mischung mit Naturheilkunde und Vegetarismus bildeten hierfür Ausgangspunkt und Grundlage. 1903 wurde von dem ersten österreichischen Naturheilverein der Versuch unternommen, Schrebergärten in Wien zu etablieren. Dies führte nach Erwerb eines geeigneten Grundstücks 1904 zur Eröffnung der ersten Anlage in Deutschwald bei Purkersdorf (Zimmerl 2002:50). Parallel dazu griff Florian Berndl, der bereits als „Luft- und Wasserapostel“ durch die Gründung des Gänsehäufels in Wien bekannt war, die Idee ebenfalls auf und eröffnete „Neubrasilien“ an der alten Donau und verpachtete dort „Kleingärten zum Preis von 4 Heller pro m² und Jahr“ (Schmidt 1975:68).

Aspekte der Naturnähe und Naturverbundenheit, eine Rückkehr zu einer natürlichen Lebensweise als Antwort auf die Bedingungen der industrialisierten Stadt kennzeichneten also die frühe Schrebergarten- und Kleingartenbewegung in Wien um die Jahrhundertwende. Trotzdem muss angemerkt werden, dass die Aktivitäten der Kleingartenbefürworter meist nicht den Vorstellungen der breiten Bevölkerung entsprachen. Das von den Vertretern der Kleingartenanlagen und Naturheilvereinen propagierte Luft- und Sonnenbad wurde vielmehr als unfein und unsittlich verpönt. Durch die stark lebensreformerische Besetzung hatte sich in Bezug auf den Nutzgarten aber eine interessante Transformation ereignet. Stark alternativ besetzt, erhielt er zunehmend eine sozialkritische Komponente.

In Wien blieben Kraft und Ausmaß der Kleingartenbewegung allerdings überschaubar. Ihre Bedeutungslosigkeit hatte sie zudem auch dem Umgang der Wiener Stadtplanung zu verdanken. Dieser kann als äußerst reduziert beschrieben werden. Nicht nur war es aufgrund ihres Nischencharakters ein Leichtes, der Bewegung keine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, auch legte die seit 1895 regierende

christlich-soziale Stadtregierung im Rahmen ihres so genannten Kommunalsozialismus den Schwerpunkt auf die Abwicklung von Großprojekten, vor allem im Bereich der städtischen Infrastruktur. Erst 1914 setzte sich der Gemeinderat überhaupt mit einer Regelung des Kleingartenwesens auseinander (Brunner, Schneider 2005:489). Dies sollte sich mit Beginn des Ersten Weltkrieges schlagartig ändern.

5. Eigenanbau als gesellschaftspolitische Forderung: Die Kleingarten- und Siedlerbewegung in Wien

Die städtischen Bedingungen und die gesellschaftliche Stimmung in Wien zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren gekennzeichnet von ungelöstem Wohnungselend, einer sich zunehmend differenzierenden, kommunalsozialistischen städtischen Planung unter der Christlich-Sozialen Partei sowie erbitterten Wohnreformdebatten. Fragt man nach Ursachen und Gründen für die Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung der 1920er Jahre, können verschiedene Faktoren angeführt werden. Zum einen die vielgestaltigen ländlichen Lebens- und Wirtschaftsformen in der Stadt³, die sich aber seit der liberalen Stadterweiterung in einem Verdrängungsprozess befanden. Zum anderen stand die Bewegung in Verbindung mit den vielgestaltigen Wohnungsreformansätzen. Diese tauchten bereits ab den 1870er Jahren mit den miserablen städtischen Wohn- und Lebensverhältnissen auf und ihre Bandbreite reichte zu Beginn des 20. Jahrhundert von konservativen bis alternativen Ansätzen (Hösl 1986:63ff). Von den frühen Wohnreformern der 1870er Jahre, die bereits genossenschaftlich organisierte Kleinhaussiedlungen am Stadtrand forcierten bis zu den um 1900 diskutierten Formen des sozialen Wohnbaus in Wien, war der Nutzgarten als Zusatz des Arbeiterhauses darin „als Notwendigkeit und Reformziel bzw. –Utopie konzipiert worden“ (Hösl 1986:65).

Auch die zahlreichen lebensreformerischen Ansätze, die in anderen Ländern starke Bauvereins-, Gartenstadt- oder Schrebergartenbewegungen hervorgebracht hatten, müssen angeführt werden. Es war in Wien jedoch gerade das Fehlen einer derart breiten und institutionalisierten Bewegung, welche den ‚radikalsozialreformerischen‘ Charakter der Kleingarten- und Siedlerbewegung erst möglich machte (Zimmerl 2002:71). Alle genannten Einflüsse bildeten den Nährboden für das Entstehen der Bewegung.

³ Wolfgang Hösl (1986) unterscheidet zwischen primären ländlichen und sekundären ländlichen Traditionen. Erstere umfassen die ursprünglichen selbstverständlichen Formen von Land in der vorindustriellen Stadt wie Hausgärten, professionelle Gärtnereien, barocke Gartenanlagen oder städtische Freiflächen, die allesamt innerhalb des Stadtgebiets bis 1850 zu finden waren. Als sekundäre ländliche Traditionen beschreibt er die ländlichen Kulturen, welche die zumeist aus agrarischen Gebieten oder Kleinstädten stammenden Zuwanderer in die Stadt mitgebracht hatten (Lebensweise, Bräuche, Sitten)

Die Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung entwickelte sich als progressive bottom up-Bewegung. Ihre Ursprünge wurzelten in den Erfahrungen mit den Kriegsgemüseärten, die im Ersten Weltkrieg als Antwort auf die miserable Lebensmittelversorgung entstanden und auf deren Grundlage der Versuch einer relativen Unabhängigkeit in der Produktion von Grundnahrungsmitteln einen neuen Stellenwert erlangte. Diese Bestrebungen wurden durch die Auswirkungen der Versorgungsnot in den darauffolgenden Zwischenkriegsjahren verstärkt und um Wohnraumbeschaffung in Form nicht immer legaler Siedlungen ergänzt.

Zu Beginn versammelte die bottom-up-Bewegung der Wiener Kleingärtner und Siedler bürgerliche und sozialistische genauso wie alternativ bis anarchistische Gesellschaftsgruppen, die sich in der Zwischenkriegszeit in Genossenschaften organisiert hatten. Aus dem Notprojekt entstand so eine gesellschaftliche Veränderung (Novy, Förster 1985:27). In ihrem Kern stand die Verknüpfung von Wohnstätte und Nutzfläche. Waren die lebensreformerischen und zumeist sozialkritischen Befürworter der Kleingartenanlagen in Wien bis zum Ersten Weltkrieg unbedeutend geblieben, erfuhr der Kampf um städtische Nutzflächen einen massiven Aufschwung, wurde vermehrt mit der Wohnungsfrage vereint und besaß einen sozialkritischen sowie gesellschaftspolitischen Charakter. Der Krieg mit seinen ökonomischen und sozialen Folgen beschleunigte das Heranwachsen einer Massenbewegung aus der zunächst spontanen Selbsthilfe-Bewegung von Kriegsgemüseärtern und wilden Siedlern. Die Kleingartenbewegung und die Siedlerbewegung kamen einander näher. Erst mit der langsamen Stabilisierung der politischen Verhältnisse und der Institutionalisierung ab 1920 mit unterschiedlichen Zielsetzungen begannen sich Kleingarten- und Siedlungswesen wieder auseinander zu entwickeln (Zimmerl 2002:69). Die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch bestand jedoch eine ständige Vermischung und Nähe. Dies ermöglicht es, das gärtnerische Element in seiner produktiven Nutzfunktion nicht nur im Speziellen anhand der Kleingartenbewegung zu fokussieren, sondern als übergeordnetes Element der Kleingarten- und Siedlerbewegung. Es blieb in der gesamten genossenschaftlichen (Kleingarten)Siedlungsidee zentral.

Vor diesem Hintergrund beleuchte ich die Wiener Siedlerbewegung nicht weiter unter dem Aspekt der Wohnungsreform.⁴ Vielmehr wird das nutzgärtnerische Element als ein Ursprungselement der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung angesehen, welches in großer Nähe zur Wohnform steht. Diese Synthese verdeutlicht, dass die frühen Siedlungsaktivitäten auf die illegalen Landnahmen durch Kriegsgemüsegärtner zurückgehen. Die „Beschaffung von Wohnraum von unten und das Prinzip der Selbstversorgung durch Lebensmittel durch das Anlegen von Nutzgärten“ (Krasny 2010:268) können also als zwei sich ergänzende Prinzipien ihrer Ursprünge bezeichnet werden. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit, im Gegensatz zu anderen Analysen von der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung gesprochen. In den auf wohnungspolitische Fragen fokussierenden Analysen wird demgegenüber fast ausschließlich von der genossenschaftlich organisierten Wiener Siedlungsbewegung seit den 1920er Jahren gesprochen (Hösl 1986, Novy und Förster 1985).

Der Eigenanbau von Lebensmitteln zur teilweisen Selbstversorgung ergänzte sich mit anderen Prinzipien wie basisdemokratischen Organisations- oder Verwaltungsstrukturen im Rahmen des Genossenschaftsmodells als alternatives gesellschaftliches Modell auf Basis gemeinsamer sozialkultureller Anliegen (Novy, Förster 1985:8). Damit wurde der Versuch unternommen eine ‚Gegenkultur‘ zu den liberal-kapitalistischen Strukturen der Stadt und ihrer Gesellschaft zu etablieren, die vor allem innerhalb der genossenschaftlichen Siedleridee, welche sich ab den 1920er Jahren aus der sozial wie politisch heterogenen Kleingarten- und Siedlerbewegung herauszuschälen begann, stark ausgebildet war. Innerhalb dieser ‚Gegenkultur‘ lag gesellschaftspolitische Kritik begründet. Drei zentrale Kategorien werden hierfür ausgemacht:

1. Die Kritik an den Produktions- und Lebensbedingungen der modernen Großstadt, der eine intensive Auseinandersetzung mit Gemeinschaft in Bezug auf Gesellschaft bzw. Moderne zugrunde liegt. Als Alternative wird im Rahmen des Genossenschaftsmodells der Versuch unternommen, eine Wohn- und Lebensreform fernab der Logik des Kapitals zu begründen, die sich am Besten als Gemeinwirtschaft bezeichnen lässt.

⁴ Als wichtiges Werk diesbezüglich ist das 2002 erschienene Buch von Ulrike Zimmerl „Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit“ zu nennen.

2. Zweitens geschieht eine intensive ökologische Auseinandersetzung mit städtischen Produktions- und Lebensbedingungen, welche auf ein verändertes Verhältnis von Mensch und Natur innerhalb der Stadt abzielt.
3. Den ‚Bottom down‘-Planungspraktiken der Kommunalpolitik wurde „participatory planning“ als Strategie entgegengestellt. Diese forderte ein Mitspracherecht in der Planungspraxis, was von intellektuellen Vertretern begrüßt wurde (Vossoughian 2008:15).

Der Erfolg der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung war vor allem aber auch ihrer Institutionalisierung zu verdanken, welche mit Unterstützung namhafter Protagonisten aus Architektur, Planung und Politik sowie wichtigen intellektuellen Persönlichkeiten in Wien vorangetrieben wurde. Gerade als Einzelpersonen trugen sie zu deren Integration in die städtische Planung bei und bildeten ein Sprachrohr für den gesellschaftspolitischen Gehalt der Bewegung. Zu nennen sind Otto Neurath, Planer und Philosoph, Hans Kampffmeyer, Mitbegründer der deutschen Gartenstadtgesellschaft sowie ab 1921 Leiter des Wiener Siedlungsamtes, Adolf Loos, Chefarchitekt des Wiener Siedlungsamtes, Gustav Scheu, Sozialdemokrat und Berater des Wiener Bürgermeisters und Siedlungsverfechter Jakob Reumann oder Max Ermers, Kunsthistoriker und Siedlungsbeauftragter (Vossoughian 2008:16).

5.1. Kriegsgemüsegärten und wildes Siedeln

Im Folgenden wird der Entstehungskontext der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung dargestellt. Dieser verdeutlicht die gemeinsamen Wurzeln von gärtnerischer Nutzfläche zum Eigenanbau sowie alternativen Wohnvorstellungen.

Unter den Vorzeichen des Ersten Weltkrieges mit seinen Folgen der Lebensmittelknappheit, Arbeitslosigkeit und der sich noch verstärkenden Wohnungsnot infolge des Zusammenbruchs des privaten Wohnungsmarktes brach in Wien der gesellschaftliche Druck in Form einer „urbanen Landnahme“ auf. Auf unverbauten öffentlichen Flächen im Wiener Umland wurden Kriegsgemüsegärten zum Anbau von Lebensmitteln und schließlich zur Errichtung von Behelfshütten und Behausungen größtenteils unter Ignorierung der Eigentumsverhältnisse angelegt

(Krasny 2010:267f). Die Kleingärten waren unkontrolliert in ihrer Ausbreitung, doch trugen sie maßgeblich zur Nahrungsmittelversorgung Wiens während des Krieges bei. Bereits 1914 erkannte der Gemeinderat die Tätigkeiten der Schrebergärtner als „eine wichtige Ergänzung der Wohnungsfürsorge“, der eine intensivere Förderung zu Teil werden sollte. 1915 wurde schließlich der Aufruf von Seiten der Regierung an die Bevölkerung und Grundbesitzer gerichtet, sich an der Anbautätigkeit zu beteiligen bzw. die Selbstversorgung zu unterstützen. Überdies kam es zu einer gezielten Bereitstellung von Brachflächen durch die Stadtverwaltung, was die Dringlichkeit der Versorgungsfrage unterstrich (Hösl 1986:67f).

Auch die Zwischenkriegsjahre waren gekennzeichnet von Versorgungsengpässen. Durch das Ende der Monarchie hatte Wien sein wirtschaftliches Hinterland eingebüßt, was zu einer Verknappung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie aus den ehemaligen Versorgungsgebiete Böhmen, Mähren, Galizien und Ungarn führte. Parallel dazu verschärfte sich kriegsbedingt die ungelöste Wohnungsproblematik. Eine Ausdehnung der Kleingartenbewegung auf Wohnabsichten ließ nicht lange auf sich warten. Zwischen 1918 und 1921 fand die Phase des „wildes Siedelns“ statt. Die „nahrungswirtschaftlich“ genutzten Kriegsgemüsegärten dienten als Ausgangspunkt von wilden Siedlungen und Behelfshütten (Zimmerl 2002:62f).

Die frühe Initiative der Kleingärtner- und Siedlerbewegung war angesichts ihrer Spontanität und Zufälligkeit an die kriegsbedingte Notsituation gekoppelt und ihre rasche Verbreitung in den Zwischenkriegsjahren auch der Untätigkeit der Gemeinde Wiens als Instanz von Grundzuweisungen zu verdanken. Kriegsgemüsegärten sowie provisorische Besiedlungen der ursprünglichen Anbauflächen fanden flächenmäßig rasante Verbreitung. 60.000 Kleingärten „umgürteten“ bald das Wiener Stadtgebiet. In dieser Situation brachen die gesellschaftlich angespannten Verhältnisse durch und aus der aus der Not geborenen und auf Selbsthilfe abzielenden bottom-up-Initiative der Kriegsjahre entwickelte sich eine „Schöpferkraft des durch die Revolution geweckten Betätigungsdrangs der Massen“ (Krasny 2010:267).

Betrachtet man die Bewegung ausschließlich in ihrem Entstehungskontext, kann die klassische Notstandsthese ins Treffen geführt werden (Novy, Förster 1985:7). Der Krieg machte den Anbau von Lebensmitteln in der Stadt zu einer schieren

Notwendigkeit, woraus sich nicht nur der Anspruch auf bewirtschaftbares Land zum Obst- und Gemüseanbau erklären lässt sondern auch die wilden Siedlungsaktionen. Die Form der Selbsthilfe in der wirtschaftlichen Not brachte jedoch eine regelrechte ‚self-helped based urban reform‘ mit sich (Vossoughian 2008:16), welche den reformistischen Ideen und stadtplanerischen Lösungsansätzen der Zeit trotzte und ab 1919 zu einer schrittweisen Institutionalisierung der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung führte. Es entwickelte sich daraus eine wirkmächtige Massenbewegung von Kleingarten- und Siedlungsanhängern.

5.2. Der Erste Weltkrieg als Katalysator

Der Erste Weltkrieg stellte einen Bruch in der Stadtentwicklung Wiens dar. Die privatwirtschaftliche Wohnungsversorgung, die nicht in der Lage war, ausreichend menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, erlitt einen völligen Zusammenbruch. Auch die städtische Planung hatte in dieser Situation keine brauchbaren Instrumente oder Lösungsansätze parat.

In zweierlei Hinsicht wirkte der Krieg in dieser Situation katalysierend, deren Entwicklungen sich wiederum gegenseitig verstärken konnten. Zum einen löste die wirtschaftliche Notsituation des Krieges die illegalen Landnahmen an den Stadträndern Wiens aus. Inflation, Hunger, Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit der Regierung bis 1923 Unterstützung zu leisten oder die nötigen Infrastrukturmaßnahmen zu gewährleisten (Vossoughian 2008:16), trieben nicht nur Arbeiter, sondern auch Familien der Mittelschicht zur Errichtung von Behelfsbehausungen, zur Anlage von Kriegsgemüsegärten oder der Beschaffung von Heizmaterial an die unbebauten Stadtränder. Zum anderen begann durch die Auswirkungen des Krieges nicht nur in Wien sondern in allen europäischen Ländern die Auseinandersetzung mit Formen ‚sozialen Wohnbaus‘ (Novy, Förster 1985:7). Gestärkt wurde die Debatte durch die Tatsache, dass die Ausnahmesituation des Krieges Reformer unterschiedlicher Couleur in der Hoffnung auf eine nahende städtische Reform einte. Auch die politische wie intellektuelle Auseinandersetzung um Siedlungen und Siedlungsbau blühte erneut auf. War diese bereits in den 1880er Jahren geführt worden, gewann sie mit den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges an Aktualität und dadurch an Aufschwung.

Sowohl in der intellektuellen Debatte von Kleingarten- und Siedlungsbefürwortern als auch in der Selbsthilfe-Initiative von unten kristallisierte sich erneut die kritische Auseinandersetzung mit Stadt und ihren Wohn- und Lebensformen. Die teilweise Selbstversorgung durch Nutzgärten in der Stadt war Bestandteil der intellektuellen Siedlungsdebatte. Nun bemächtigten sich die frühen Kleingärtner und Siedler solcher Flächen illegal, erst in Form von Kriegsgemüsegärten und schließlich immer mehr in Verbindung mit Wohnraum. Die Rückkehr zur Natur schien für kurze Zeit die einzige praktikable Lösung der städtischen Versorgung zu sein.

In Wien konnte sich ab den 1920er Jahren aus den spontanen Siedlungsaktivitäten eine Massenbewegung herausbilden, die laut Novy und Förster in weitreichendem Maße „lebensreformerische, bau- und wohnungsreformpolitische und kulturelle Alternativen“ hervorzubringen vermochte (Novy, Förster 1985:8). Diese Tatsache ist aber gerade der Vermittlungsarbeit durch Gewerkschafter, Sozialreformer und Architekten wie Otto Neurath, Adolf Loos oder Hans Kampffmeyer zu verdanken, die eine Institutionalisierung der Bewegung vorantrieben und sie im Rahmen der städtischen Planung zu verankern versuchten. Die Entstehung des Zentralverbandes der Kleingärtner und Siedlungsgenossenschaften, der Selbsthilfeorganisation der Siedler, der Genossenschaft GESIBA als Gemeinnützige Siedlungs- und Bauaktiengesellschaft, dem Siedlungsamt oder der von Adolf Loos initiierten Bauschule, belegen dies (Krasny 2010:268).

Die Selbsthilfe-Bewegung der Siedler und ihre genossenschaftliche Organisation boten den Vertretern des Siedlungsgedankens ein Beispiel ihrer intellektuellen Auseinandersetzung. Trotzdem oder gerade deshalb beharrten sie auf dem vor allem ideologischen und weniger praktischen Gehalt des Siedlungsgedankens, auch wenn der Siedlungsbau angesichts der wirtschaftlichen Lage eine schiere Notwendigkeit zu sein schien. Sein ideologischer Gehalt lag in einer kulturellen Kritik begründet (Haney 2010:99). Die bottom up-Bewegung der frühen Kleingärtner und Siedler profitierte hingegen nicht nur von der verstärkten Aufmerksamkeit, welche ihr durch die intellektuelle Auseinandersetzung zuteil wurde, sondern gerade auch von der damit verbundenen Vermittlung in Politik und Stadtverwaltung. Im Falle der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung kam es also zu einer Verstärkung ihres Potenzials,

ließ aus den einzelnen spontanen Aktivitäten eine Massenbewegung erwachsen und führte zu einer nachhaltigen Integrierung in die städtische Nachkriegsplanung.

5.3. Eigenanbau als gesellschaftspolitische Forderung

Im Folgenden wird es darum gehen, die gesellschaftspolitischen Forderungen und die planungskritische Haltung der Wiener Kleingarten und Siedlerbewegung zu beleuchten. Es kann dabei verdeutlicht werden, dass die Forderung nach Nutzflächen zum Eigenanbau in ein Setting gesellschaftskritischer Haltungen und Lebensweisen eingebettet war. Die Art und Weise, wie die Siedler und Kleingärtner –bestärkt durch den Einsatz wichtiger politischer Richtungsvertreter den Aufbau ihrer genossenschaftlichen Organisationsmodelle vorantrieben und sich durch Demonstrationen stark machten für ihre Umsetzung, verdeutlichte: „Resettlement was not just a matter of creating attractive living environments, it was also a highly charged political and social issue“ (Haney 2010:99).

5.3.1. Das Genossenschaftsmodell: Gemeinschaft vs. Gesellschaft

Aus den illegalen Kleingartenbesetzungen des Wiener Umlandes und den wilden Siedlungsaktivitäten entwickelte sich schon bald die genossenschaftliche Organisation der Wiener Kleingarten und Siedlerbewegung. In den Zwischenkriegsjahren wurden Wohnformen ins Auge gefasst, welche die Nähe zu den Anbauflächen der Kleingärten bot. Die Errichtung von Behelfshütten stand dabei am Beginn einer gegenseitigen Hilfe zur Selbsthilfe, die im Kern der Genossenschaftsidee stand und zwischen 1921 und 1922 zur Bildung von Netzwerken und Selbsthilfeorganisationen führte. Selbstorganisation als wesentliches Prinzip und die Absicht gemeinsame solidarische Wohn- und Lebensgemeinschaften aufzubauen, welche die (gemeinsame) Nahrungsmittelproduktion ermöglichten, lagen den Genossenschaften zugrunde. War die Bauvereins- und Genossenschaftsbewegung vor dem ersten Weltkrieg durchaus ‚besitzindividualistisch‘ orientiert, unterschieden sich die Genossenschaftsformen der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung radikal davon (Zimmerl 2002:72). Die solidarisch-subsidiären Formen der Selbstversorgung, welche in den Siedlungsanlagen erprobt wurden, bildeten die Grundlage für den Versuch einer ‚arbeitsmarkt-externen

Lebenslagensicherung' durch gemeinschaftliche Werkstätten, Bauhöfe, Gartenvereine sowie verbandliche Eigenbetriebe, die Baustoffe genauso wie ärztliche Leistungen preiswert machten (Novy, Förster 1985:90). Die genossenschaftlichen Strukturen werden vor diesem Hintergrund als ‚autonomer Sektor' bezeichnet, welcher nicht nur die wirtschaftliche und nahrungsmitteltechnische, sondern auch die soziale wie kulturelle Versorgung der Gemeinschaft durch den Aufbau von Kindergärten, Bibliotheken, Jugendheime etc. gewährleistete und sich sogar auf die Infrastruktur ausdehnte, wie Straßenbau- und Straßenreinigung, Müllabfuhr und Entsorgung (Novy, Förster 1985:90).

Die Gemeinschaft wurde innerhalb des Genossenschaftsmodells in den Mittelpunkt der Lebens- und Wohnform konstruiert und der Wunsch nach ihrer Verräumlichung fand Ausdruck in den verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen. Das Genossenschaftshaus als Ausdruck regen Gemeinschaftslebens wurde als Herz und Hirn der Siedlung bezeichnet, in dem „die Vereinzelten (...) zur fühlenden Gemeinschaft“ wurden (Zimmerl 2002:71). Gemeinschaft wurde also explizit als Lebensform gesehen und in den Siedlungen nicht allein die Schaffung von neuem Wohnraum, sondern der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung im Kleinen beabsichtigt.

Das genossenschaftliche Modell der Wiener Kleingärtner- und Siedlerbewegung bildete damit einen Gegensatz zu den städtischen Wohn- und Lebensverhältnissen in den Mietskasernenringen der Stadt, die durch den liberalen Bodenmarkt mit seinen Folgen der Spekulation geschaffen wurden. Vor diesem Hintergrund hatte das ‚hässliche Gesicht' der modernen Großstadtmetropole durch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hindurch einen unwiederbringlichen Gegensatz zu vertrauensbasierten Austauschformen und sozialen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft dargestellt (Vossoughian 2008:16).

Die angebliche (Un-)Vereinbarkeit von Moderne und Gemeinschaft angesichts der Auswüchse der modernen Großstadt führte in der kritischen Auseinandersetzung meist zu einer Idealisierung ländlicher Lebensformen, wie in dem 1887 erschienenen Buch Ferdinand Tönnies ‚Gemeinschaft und Gesellschaft'. Inspiriert von dieser Auseinandersetzung waren auch einige für die Kleingarten- und Siedlerbewegung zentrale Intellektuelle und Planer wie Otto Neurath. Gemeinschaft galt als Ausdruck

grundlegender menschlicher Verbindungsformen wie Vertrauen oder Einfühlungsvermögen, die ihren räumlichen Niederschlag in der Vorstellung idealer Nachbarschaften oder aber dörflichen Lebens hatte. Gesellschaft hingegen blieb eine lose Zusammensetzung von Individuen, deren Verbindungen untereinander rational bedingt blieben. „ (...) They remain separate in spite of everything that unites them“ (Vossoughian 2008:22). Wenngleich die beiden keinen Gegensatz darstellten, so führte die moderne Großstadtmropole doch zu einer Übernahme der Gemeinschaft durch die Gesellschaft. Otto Neurath hinterfragte hingegen die Konstruktion eines Gegensatzpaares von Stadt und Land und sah in den Aktivitäten der Genossenschaften von Kleingärtnern und Siedlern den Keim für ein alternatives und gerade städtisches Gesellschaftsmodell, in dessen Kern die Gemeinschaft stand.

5.3.2. Stadt-Mensch-Natur

Die Genossenschafts(-Kleingarten-)siedlungen der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung zeichneten sich durch eine intensive Befassung mit Natur und Boden im städtischen Umfeld aus. Die ersten genossenschaftlich organisierten Siedlungsabsichten ab 1918 zielten auf die Errichtung sogenannter Selbstversorgersiedlungen, in denen Lebensmittelanbau zur Eigenversorgung und Wohnraum zusammen wuchsen (Förster 1983:68). Etwas später kam es vermehrt zu Nebenerwerbssiedlungen, welche neben der Eigenversorgung auch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte ermöglichen sollte. Wie bereits erwähnt, kam es zu einer Abspaltung der Kleingartenbewegung von der Siedlerbewegung, das Vorhandensein von hausbezogenen sowie gemeinschaftlich betriebenen gärtnerischen Nutzflächen blieb jedoch auch innerhalb der Siedlungsidee Kernelement. In den Siedlungsanlagen wurden sie als wesentlicher kommunikations- und gemeinschaftsfördernder Bestandteil betrachtet. Die rein ästhetische Funktion der Gartenflächen wurde radikal abgelehnt und vielmehr Bezug genommen auf die kompromisslosen Schriften Lebrecht Migges, welcher den Garten zur Selbstversorgung deklarierte und in Bezug auf städtische Grünflächen für eine Stadt-Ökologie eintrat (Novy, Förster 1985:94). Es ging also um eine Neuverbindung des Verhältnisses von menschlichen Lebensweisen im städtischen Umfeld in Bezug auf die Natur - nicht durch eine Vertiefung des vermeintlichen Gegensatzpaares Stadt-Land, sondern im Sinne einer veränderten und

produktiven Nutzung städtischer Grünräume. Bei der Errichtung der Siedlungsanlagen galt es die Verbindung von Wohnraum und gärtnerischer Nutzfläche herzustellen. Welchen Stellenwert der Nutzfläche zukam, lässt sich daran erkennen, dass der Schwerpunkt dem Haus explizit abgesprochen wurde. „Das Siedlerhaus hat vom Garten aus entworfen zu werden, denn vergessen wir nicht: der Garten ist das Primäre, das Haus das Sekundäre“ (Loos 1926:188 zitiert nach Novy, Förster 1985:95). Adolf Loos, Chefarchitekt des Wiener Siedlungsamtes und prominenter Befürworter der Kleingarten- und Siedlerbewegung wurde damit zu einem der radikalen Verfechter und ‚Schüler‘ Leberecht Migges.

Die Selbstversorgung in den Siedlungsanlagen verdeutlicht ein ökologisches Bewusstsein, dessen Hauswirtschaft nach ökologischen Kreislaufprinzipien angelegt wurde. Die Konzeption dieser ökologischen Kreislaufprinzipien stammte teilweise von Planern wie Leberecht Migge, und wurde von den Siedlungsarchitekten wie Adolf Loos bei den Entwürfen der Siedlungsanlagen angewendet. Die Umsetzung passierte aber vor allem innerhalb der Siedlungsgemeinschaften. Als „hochentwickelte Kleingartenkunst“ bezeichnen Novy und Förster (1985:95) die Resultate eines vielschichtigen Systems von Vorträgen, eigenen Garten- und Zuchtvereinen oder Erntedankfesten.

5.3.3. Participatory Planning

Die Kleingarten- und Siedlerbewegung, die Fragen nach der städtischen Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum laut werden ließ und diesbezüglich alternative Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsweisen einforderte, brachte vor allem einen Einschnitt in den modernen Planungsdiskurs des frühen 20. Jahrhunderts. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte eine politische Kultur geherrscht, die ganz im Geiste des Liberalismus das Prinzip vertrat, Armut sei Folge persönlicher Unfähigkeit (StadtFilmWien 2012). Die moderne städtische Planung entstand zwar mit der Jahrhundertwende als Bezwingerin der Misstände durch die liberale Stadtentwicklung und zeichnete sich vor dem Ersten Weltkrieg vor allem durch Großprojekte einer kommunalsozialistischen Stadtverwaltung der Christlich Sozialen Partei aus. Das Wohnungsproblem hingegen wurde nur sehr zögerlich aufgenommen. Auch die

Sozialdemokraten bildeten hiervon zunächst keine Ausnahme, wenngleich das Wohnungselend als Produkt kapitalistischen Profitstrebens analysiert wurde. Vor diesem Hintergrund offenbarten die Aktivitäten der Genossenschaften von Kleingärtnern und Siedlern ein radikales Gegenmodell.

Für Otto Neurath erschienen die Zigeunersiedler der Kleingärten- und Siedlungsflächen gar als ideale Stadtplaner. Sie verfügten über Know-how und Instinkt, ermöglichten durch ihre Selbstorganisation und bedarfsgerechte Wirtschaftsweise eine Verbesserung der städtischen Verhältnisse und leiteten somit die einzig praktikable Form der städtischen Reform ein (Vossoughian 2008:18). In der auf Selbsthilfe basierenden Initiative der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung mit ihrem genossenschaftlich basierten Organisationsmodell drückte sich „the power of community as an agent of urban reform“ (Vossoughian 2008:16) aus.

Die Initiativen zielten auf die Möglichkeit zur Selbsthilfe mit Unterstützung durch staatliche Mittel. Die Kooperation mit den staatlichen Stellen war also eine durchaus bewusste Entscheidung zur Umsetzung der eigenen Vorstellungen. Die Kleingärtner und Siedler und ihre Aktivitäten stellten den Planungspraktiken von oben damit erstmals eine konkrete Alternative entgegen. Die genossenschaftlichen Organisationsstrukturen wurden bei Demonstrationen gefordert. Die Forderung nach gesetzlicher Verankerung und finanzieller Unterstützung verdeutlichte die Forderung der Kleingärtner- und Siedler nach politischer und planungsrechtlicher Mitsprache. Neurath, Kampffmeyer oder Ermers erkannten darin einen Demokratisierungsprozess, der die Autonomie der städtischen Arbeiter- und Mittelklasse stärkte. Es ging um die Teilnahme an städtischer Transformation. Die städtische Planungspraktiken mussten ordnend eingreifen („ordered disorder“), also dem progressiven Potenzial der Bewegung und seiner politischen Umgänglichkeit (Vossoughian 2008:29ff) gleichermaßen dienen.

5.4. Die Kleingarten- und Siedlerbewegung im Rahmen der Wiener Stadtplanung ab 1919

Während der wirtschaftlichen Notjahre des Ersten Weltkrieges sowie der darauffolgenden Zwischenkriegsjahre haben sich die Kleingartenflächen ins Wiener Stadtgebiet eingebrannt. Der Gemeinde Wien gelang es durch Grundzuweisung und

durch Aufforderung an Grundbesitzer, Flächen zur Verfügung zu stellen. 1921 gab es in Wien bereits 30.000 Schrebergärtner (Hösl 1986:68f). Die Besiedelungen der Gartenflächen als Antwort auf die sich verschärfende Wohnungsnot blieb unkontrolliert bzw. toleriert und förderte eine „informelle“ Version der Gartenstadt zutage (Hösl 1986:69f). In den Zwischenkriegsjahren entwickelten die „wilden Siedler“ und Kleingärtner ihre ausdifferenzierten genossenschaftsbasierten Organisationsformen und setzten sich für ihre Institutionalisierung ein. Dabei wuchs die „Schreber-/Kleingarten-/Kriegsgemüsegarten-bewegung“ zu einer „(zunächst) autonomen ‚Siedlungsbewegung‘“ heran (Hösl 1986:75). Ihr Fortbestehen und nachhaltiger Erfolg wurde durch die Art und Weise des Umgangs von Seiten der Wiener Gemeindepolitik und Stadtplanung ermöglicht. Ihre Institutionalisierung sowie spätere Kommunalisierung durch die sozialdemokratische Stadtverwaltung beeinflusste damit auch den progressiv-autonomen Charakter der Bewegung.

Von der sehr disparaten Bewegung selbst, welche Bürgerliche, Sozialdemokraten, Kommunisten oder Anarchisten mit unterschiedlichen Interessen einte, wurde mit Beginn ihrer Institutionalisierung nach Ende des Krieges der Versuch einer politischen Ausrichtung unternommen und in Abgrenzung zum Kapitalismus die Nähe zur Sozialdemokratie betont. Durch diese hatte man die wichtige Verbindung zur Politik geschaffen und die Siedlungsbefürworter aus der Politik fungierten als wichtige Vermittler zwischen Stadtverwaltung und der Bewegung selbst. Bürgermeister Jakob Reumann beispielsweise war Funktionär des Schrebergartenverbandes. Der sozialdemokratischen Partei erlaubte es wiederum, sich der Volksbewegung und ihrer ‚Energie als Medium‘ zum möglichen Wahlsieg in Deutsch-Österreich zu bedienen. Auch Otto Neurath oder Hans Kampffmeyer als wichtige intellektuelle Vertreter der Bewegung zielten auf eine mögliche Geschlossenheit und Bündelung der Bewegung als Stärkung der sozialdemokratischen Partei ab (Hösl 1986:85).

5.4.1. Institutionalisierung

Mit Ende des Ersten Weltkrieges begann die wichtigste Phase der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung. In einer Zeit, in der sich die Stadt nur langsam erholte und die Kleingärten und wilden Siedlungsformen in die städtische Realität eingeschrieben

waren, trieb die Bewegung ihre Anliegen mit verändertem Selbstbewusstsein voran. Bereits 1918 trat die Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung an die Wiener Stadtverwaltung und forderte diese auf, jede Arbeiterwohnung mit einem „städtischen Kleingarten“ oder einem Schrebergarten auszustatten sowie bauordnungsgemäße Bestimmungen zu erstellen, die zukünftig Hausgärten als verpflichtenden Zusatz zu den Kleinwohnungen planungsrechtlich verankerten (Hösl 1986:75). Gerade vor dem Hintergrund der Arbeiterwohnungsfrage gewann die Bewegung als Alternative zu Wohnungsspekulation und Wohnungswucher an Attraktivität, was sich in neuen Ideen zu gemeinsamen Organisationsformen des Bauens und Wohnens niederschlug. Die gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsgenossenschaft GESIBA sollte die Errichtung von Kleinfamilienhäusern mit Garten vorantreiben – erneut gewann das Gartenstadtmodell an Nährboden.

Mit der Abhaltung der ersten allgemeinen Wahlen 1919 erlangte die sozialdemokratische Arbeiterpartei nach Kriegsende und dem endgültigen Ende der Habsburgermonarchie die Mehrheit. Der Auftakt für die Ära des Roten Wiens (1918-1934) war damit gegeben. Unter der Steuerung des sozialdemokratischen Stadtrats für Sozialpolitik und Gesundheitswesen Gustav Scheu entstanden 50 Siedlungsgenossenschaften mit 80 Ortsgruppen. Auch wurde ein Siedlungsamt als koordinierende Stelle zwischen Genossenschaftsinteressen und kommunaler Verwaltung eingerichtet. Vor dem Hintergrund von Demonstrationen, Kundgebungen und Ausstellungen vollzog sich die Institutionalisierung der Bewegung, die gleichsam die „Hegemonisierung seitens der Sozialdemokratie“ und eine fruchtbare Kooperation zwischen der Bewegung und der Stadtverwaltung einläutete (Zimmerl 2002:73). Ein von der Gemeinde verwaltetes System organisierter Selbsthilfe diente dem Aufbau eines Organisationsnetzes an Genossenschaften, Verbänden und Hilfswirtschaften. Das 1921 eröffnete Siedlungsamt als gemeindeeigene Gesellschaft, dem ein Organisationsmodell „zwischen Aktivismus und Gouvernamentalität“ zugrunde lag (Krasny 2010:268), übernahm die Siedlerfürsorge bezüglich Bodenbeschaffung, Kreditvergabe, Bauaufsicht und Beratungsangelegenheiten und wurde personell prominent besetzt (Zimmerl 2002:77). Hans Kampffmeyer als bekannter Verfechter der Gartenstadtidee wurde Leiter des Siedlungsamtes, Adolf Loos sein Chefarchitekt. Zudem kam es nach Bemühungen Otto Neuraths 1921 zu einem Zusammenschluss des Verbandes der Schrebergartenvereine Österreichs mit dem Hauptverband für

Siedlungs- und Kleingartenwesen zum Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen (ÖVSK). Das Siedeln wurde so in geordnete Bahnen gelenkt, gleichzeitig aber auch die Kleingarten- und Siedlungsthematik politisch zugeordnet. Das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zur Siedlerbewegung war dabei von Beginn an ambivalent. Die Haltung zur Siedlerbewegung selbst sowie ihre politische Vereinnahmung eröffneten ein ideologisches Spannungsfeld: kleinbürgerliche Ideale mit Eigenheim und Garten – das Feindbild des Sozialismus – schürten nicht zu Unrecht Befürchtungen, die christlich-soziale Partei könne sich der Thematik annehmen. Andererseits wurden in vielen der Siedlungen solidarische Grundprinzipien einer Gemeinschaft gelebt und somit sozialistische Einstellungen verwirklicht. Trotzdem stellte die Siedlerbewegung eine schwer kontrollierbare Basisbewegung dar (Zimmerl 2002:83), welche die sozialdemokratische Stadtverwaltung vor allem wegen der WählerInnenschaft im Auge behielt.

5.4.2. Kommunalisierung

Ab 1923 begann in Wien unter sozialdemokratischer Regierung die Zeit des kommunalen Wohnbaus als wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Sozialprogramme. Im selben Jahr wurde das erste große Gemeindewohnungsprogramm beschlossen. Dies markierte den Beginn der Kommunalisierung der Wiener Kleingarten und Siedlerbewegung, welche den Bau von Siedlungsanlagen in das Wohnbauprogramm miteinschloss (Zimmerl 2002:107). Wenngleich der Flachbauweise der Siedlungsanlagen damit ein Lebensrecht gesichert wurde, verfolgte die sozialdemokratische Stadtverwaltung als wesentliche Strategie jedoch die Errichtung von Wohnblöcken, die aufgrund ihrer Dimension kritisch als „Volkswohnpaläste“ oder „Superblocks“ betitelt wurden (Zimmerl 2002:108). Die städtische Planung entschied sich damit auf längere Sicht gegen das alternative Wohnkonzept der Siedlungsanlagen. Die genossenschaftlichen Siedlungsanlagen mit ihren gärtnerischen Nutzflächen wurden zwar nicht zur Gänze aufgegeben, doch traten sie vor dem Bau von Wohnhausanlagen in den Hintergrund. Während der gesamten Zwischenkriegszeit machte die Wohnbauleistung der Gemeinde rund 70% des gesamten Wiener Bauvolumens aus. Trotz der anfänglichen positiven Haltung gegenüber der Siedlerbewegung und den Bemühungen ihrer Institutionalisierung, lag

der Prozentsatz der Siedlungsanlagen demgegenüber bei gerade mal 11% (Zimmerl 2002:108). Das sozialdemokratische Wohnbauprogramm der Stadt Wien bedeutete also keinen eindeutigen Bruch mit dem Bau von Siedlungsanlagen.

Bezeichnenderweise kam es im Zuge der Kommunalisierung zu einer sukzessiven Schwächung der emanzipatorischen und autonomen Kräfte der Bewegung. Gerade diejenigen Elemente, welche gegenkulturelle und alternative Gesellschaftsformen forderten, wurden geschwächt. So kam es zum Abbau der genossenschaftlichen Strukturen, indem der Bau von Siedlungsanlagen vom Kommunalsozialismus selbst übernommen wurde (Zimmerl 2002:113). Die frühere Siedlerarbeit als Kernbestandteil von Eigenermächtigung durch gemeinschaftliche Arbeit und Unterstützung innerhalb der Genossenschaft wich einer finanziellen Abgabe. Auch die gemeinschaftlichen Strukturen der Genossenschaftsanlagen wurden damit fallengelassen: Die gemeinschaftliche Wohnküche wich einer Trennung von Küche und Wohnraum, die Selbstversorgersiedlung wich einer reinen Wohnsiedlung, die auch keine Wirtschaftswege zu den Gärten mehr benötigte und die Gemeinschaftseinrichtungen wurden jenen der Wohnblöcke angepasst. All dies führte zum Rückgang des Gemeinschaftslebens und leitete das Ende der genossenschaftlichen Siedlerbewegung ein.

Die Kommunalisierung der Siedlungsanlagen stieß nicht selten auf den Widerstand der „wilden“ Kleingartensiedlungen, die im Ersten Weltkrieg entstanden waren. Die oftmals illegal entstandenen Anlagen erfuhren zunächst Unterstützung durch die Gemeinde Wien, doch mit Ende der Pachtverträge kam es zur teilweisen Auflösung der Flächen oder aber zur zögerlichen Verlängerung der Pachtverträge. Damit wurden die Flächen ins Stadtgebiet eingegliedert.

5.5. Fallbeispiel: Schmelz

Die Schmelz dient im Folgenden zur Darstellung der illegalen Landnahmen durch Kleingärtner und wilde Siedlungsaktivitäten im Verlauf des Ersten Weltkrieges. Darüber dient die Schmelz für das Thema meiner Arbeit als Beispiel, da sich auf den ehemaligen Gründen der Schmelz über die gründerzeitliche Mietskasernenverbauung bis hin zu den Wohnblöcken des Roten Wiens rückblickend eine Vielfalt der wohnungspolitischen Konzepte des beginnenden 20. Jahrhunderts finden lässt.

Derjenige Teil der ehemaligen Fläche, der bis heute als Schmelz im Wiener Sprachgebrauch verankert ist, ist bei genauerer Betrachtung Abbild der wohnungs(reform)politischen Auseinandersetzung der 1920er Jahre. Siedlungskonzepte in Flachbauweise wie Wohnblockanlage stehen neben den einst informellen und schließlich formalisierten Kleingärten der genossenschaftlichen Kleingartensiedlung „Zukunft auf der Schmelz“.

Jahrhundertlang stellte das Gebiet der Schmelz eine im Vergleich zu heute weitaus größere, unverbaute Acker- und Wiesenfläche dar (Abb. 4). Eingefasst von vier dörflichen Ansiedelungen, erstreckte sich die circa 50 Hektar umfassende Fläche der Schmelz hinter dem Linienwall im Bereich der Vororte gegen Westen. Ihr Lössboden war als fruchtbar bekannt. Der Name Schmelz geht aufs 14. Jahrhundert zurück (1309, 1343) und wurde als „Smelz im Preitensewer aigen“ urkundlich erstmals erwähnt. Bis in das Jahr 1683 stand hier ein Schmelzhaus, in dem Schmelzarbeiten durchgeführt wurden, die anderswo verboten waren (Czeike 1997:105). Vermutlich kam die Schmelz so zu ihrem Namen. Bei der zweiten Türkenbelagerung wurde das Schmelzhaus jedoch zerstört (May 1933:22). Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Gründe der Schmelz von den Dörfern Fünfhaus und Rustendorf im nördlicher, Breitensee im westlicher sowie Ottakring und Neulerchenfeld im südlicher Ausdehnung begrenzt. Zu den agrarisch geprägten und historisch gewachsenen Dorfstrukturen, welche die Schmelz einfassten (Ottakring im Norden, Breitensee im Westen), hatten sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts die neu entstehenden Vororte Neulerchenfeld und Fünfhaus hinzu gesellt.

Fünfhaus entstand durch die Ansiedelung von fünf Häusern aus „wilder Wurzel“ (Bobek, Lichtenberger 1966:67), Neulerchenfeld hingegen wurde nach der zweiten Türkenbelagerung von Grundherrschaften planmäßig angelegt. Beide zogen sie bald darauf Handwerker und Tagelöhner an, was wiederum einen regen Austausch mit den Vorstädten mit sich brachte (Bobek, Lichtenberger 1966:67).

Nur ein einziger mittelalterlicher Verkehrsweg, der Flötzersteig, verband die Dörfchen Ottakring und Neulerchenfeld am nördlichen Rand der Schmelzgründe. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die „großblockige Flur“ aufgeteilt auf die drei Katastralgemeinden Fünfhaus, Rustenfeld und Breitensee (Bobek, Lichtenberger 1966:180). Die Gründe gehörten größtenteils Fabrikanten und Gewerbetreibenden aus

Vorstädten und angrenzenden Vororten sowie dem Schottenstift (Bobek, Lichtenberger 1966:280f). 1847 wurden Teile der Schmelz, die zum Areal der Gemeinde Rustendorf gehörten für 50.000 Gulden von der Staatsverwaltung gekauft, um die Fläche als Militär- und Paradeplatz zu nutzen. Die Schmelz bot Ersatz für den in der Nähe gelegenen und im Zuge der Ringstraßenverbauung aufgelassenen Exerzier- und Paradeplatz auf dem Josefstädter Glacis (Czeike 1997:105). Ein weiterer Teil der Schmelz wurde mit einem Bauverbot belegt, welches erst 1894 wieder aufgehoben wurde.

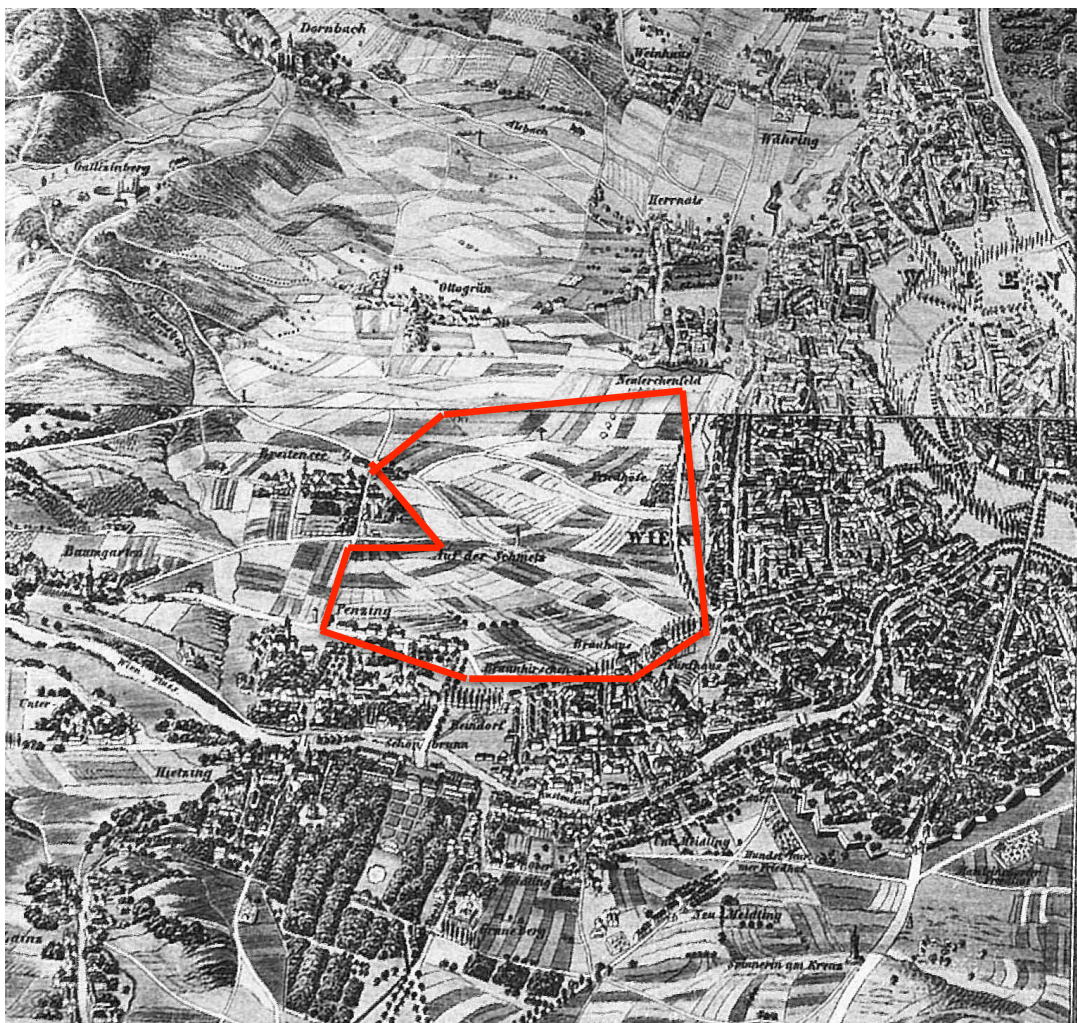


Abb.4: Die ehemaligen Schmelzer Gründe um 1830 (ca.)

Dies ist auch der Grund, wieso weite Teile der Schmelz in der Bauboomphase der Gründerzeit nicht der Bodenspekulation und Parzellierung anheim gefallen sind, somit lange Zeit unverbaut blieben und ein weitläufiges Erholungsgebiet für die Bevölkerung der sich verdichtenden Stadt darstellten. Davon ausgenommene Teile der

Schmelz fielen im Zuge der Wiener Stadterweiterung in den darauffolgenden Jahren der Parzellierung und anschließenden Bebauung in gründerzeitlicher Manier anheim und wichen einer dichten Mietskasernenverbauung. Die Randflächen wurden durch die jeweils zugehörigen Gemeinden parzelliert. Im Süden betrieben die Gemeinden Rudolfsheim und Fünfhaus die Parzellierung durch große Baugesellschaften. Im Norden legte die Gemeinde Ottakring die Parzellierung in die Hände von Privatarchitekten (Bobek, Lichtenberger 1966:281).

Die jahrzehntelange Nutzung als Exerzierplatz sollte Teile der Schmelz für die folgenden 60 Jahre vor einer Bebauung bewahren. Erst 1911 wurden rund ein Fünftel des südlichen und östlichen Teiles der „verbliebenen“ Schmelz vom Militär zur Verbauung freigegeben, anschließend parzelliert und größtenteils nach dem Ersten Weltkrieg verbaut (Czeike 1997:105).



Abb.5: Die Schmelz um 1900

Der Erste Weltkrieg brachte der Schmelz zudem eine andere Landnutzung: die wilden Aktivitäten von Kleingärtnern und Siedlern. Die Exerzierfläche war zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine der wenigen unbebauten Restflächen des Wiener

Stadtgebietes und wurde bald zur Anlage von Kriegsgemüsegärten genutzt. In mühseliger Arbeit wurde dabei der durch die jahrzehntelange Militäernutzung extrem verdichtete Boden wieder urbar gemacht. Diese Schöpferkraft der wilden Kriegsgemüsegärtner brachte ihnen die Bezeichnung der Pioniere ein. 1917 kam es mit Unterstützung der Gemeinde Wien zur ersten Parzellierung von Notstandsgärten. Zahlreiche Behelfshütten informeller Siedlungsaktivitäten, sowie die Kleintierzucht breiteten sich schließlich in der Zwischenkriegszeit aus.



Abb.6: Kleingartenanlage auf der Schmelz in der Zwischenkriegszeit

Die unverbauten Teile der Schmelz wurden also zum Schauplatz informeller Stadtentwicklung. Durch die mühseligen Aktivitäten der wilden Siedler und Kleingärtner stand diese Fläche überhaupt zur primärproduktiven Bewirtschaftung im Krieg zur Verfügung. 1919 wurde eine Fläche von 65.000m² vom Staatsamt für Heereswesen für die Errichtung einer Kleingartenanlage freigegeben und bereits 1920 auf 152.000m² erweitert. Die das gesamte Umland Wiens betreffenden Aktivitäten wilder Siedler und Kleingärtner hatten zu der Herausbildung genossenschaftlicher Organisationsformen geführt. Aus den informellen Aktivitäten entstand die

Kleingarten- und Siedlerbewegung. Die Schmelz bot für diese eine Projektionsfläche für alternative Wohn- und Lebensweisen. Nachdem bereits mit dem Bau von Straßen und Wegen begonnen wurde, kam es 1920 zur Errichtung des Schutzhauses und schließlich 1921 zur Gründung der Genossenschaft „Gemeinnützige Siedlungs-, Gast- und Wirtschaftsgenossenschaft der Schrebergärtner Zukunft“. Die Kleingartensiedlung „Zukunft auf der Schmelz“ war ins Leben gerufen und trat ab diesem Zeitpunkt organisiert für eine Bestandsregelung beziehungsweise für das Fortbestehen und den Ausbau der angelegten Gärten und Hütten ein. 1921 wurde ein bis 1929 gültiger Pachtvertrag abgeschlossen (Kleingartenverein Zukunft auf der Schmelz 1990).

Neben der Kleingartenanlage weist die Schmelz zudem eine der ersten Siedlungsanlagen des frühen kommunalen Wohnbaus der Sozialdemokraten auf. Der Bau der Siedlungsanlage Mareschgasse wurde bereits 1919 begonnen und stellt eine ‚kommunalisierte Form‘ der Siedlungsvorstellungen von wilden Siedlern dar. Die gärtnerische und innenarchitektonische Gestaltung wurde in Absprache mit ihren Bewohnern vorgenommen. Zudem gab es Obst- und Gemüseärten, Kinderspielplätze sowie Ställe für Kleinvieh, welche auf Eigeninitiative der MieterInnen angelegt und in gemeinsamer Arbeit ausgeführt wurden (Archivbestand Bezirksmuseum Rudolfheim-Fünfhaus).

Der Bau der frühen Siedlungsanlage Mareschgasse, welche zwischen 1919 und 1924 auf der Fläche der Schmelz auf Beschluss des Wiener Gemeinderats Wirklichkeit werden sollte, weist verschiedene Merkmale auf. Interessanterweise lässt sich anhand dieser Kleinhaussiedlung der Übergang zwischen einer noch stark an den Siedlungsinteressen der genossenschaftlich organisierten Siedler ausgerichteten kommunalisierten Form des Siedlungsanlagenbaus und der strategischen Entscheidung zu Wohnblöcken ablesen.

Die ersten Siedlungsbauteile der Siedlungsanlage Mareschgasse/Schmelz sind Ausdruck des frühen kommunalen Wohnbaus im Roten Wiens. Durch ihre kleinmaßstäbliche Flachbauweise, die Anlage von Gärten und Kleinviehställen weisen sie die Kennzeichen des Siedlungsgedankens auf. Die Bauteile fünf bis sieben der selben Anlage sind schließlich als kommunaler Wohnhof errichtet worden. Sie weisen in ihrem Maßstab die klassischen Merkmale der Wiener Wohnblöcke auf. Damit

zeichnete sich auch auf der Schmelz die Schwächung der Siedlerbewegung in ihrem eigentlichen genossenschaftlichen Organisationsmodell ab.

Auch in Bezug auf die genossenschaftliche Kleingartensiedlung kann von einer uneindeutigen Haltung der Stadtverwaltung gesprochen werden. Es kam zu einer teilweisen Auflassung der Kleingärten, beispielweise im Gebiet der Stadthalle Wiens (Czeike 1997:105). Zurecht bangten die Kleingärtner mit Ende des Pachtvertrages 1929 um das Fortbestehen ihrer Gärten und Hütten und es sollte auch erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Neuregelung kommen. 1945 wurde schließlich der Pachtvertrag zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und dem Zentralverband der Kleingärtner auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

6. Städtischer Eigenanbau zwischen Planung und Selbstbestimmung

Das folgende und letzte Kapitel widmet sich dem Verhältnis von städtischer Planung und Selbstbestimmung in Bezug auf Nutzflächen zum Eigenanbau in der Stadt. Im Verlauf meiner Arbeit wurde das Naheverhältnis herausgearbeitet, welches innerstädtische Nutzgärten zu zahlreichen städtischen Reformdiskursen aufwiesen. Vom Paternalismus des Werkwohnungsreformdiskurses bis hin zu den Autonomiebestrebungen der Sozialreformer gibt es immer wieder, zum Teil widersprüchliche Berührungspunkte zwischen innerstädtischen Nutzgärten und der Frage nach Selbstbestimmung. Im Falle der Wiener Kleingarten und Siedlerbewegung stand die Nutzfläche zum Eigenanbau im Kern einer regelrechten Selbstermächtigungsstrategie. Die Forderung nach Nutzgärten zum Eigenanbau war darin verknüpft mit der Neubestimmung von möglichen Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsformen. Diese Selbstermächtigungsstrategie hatte einen starken Bezug zum Planungsdiskurs zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie zielte auf selbstbestimmte Lebens- und Wirtschaftsweisen gegenüber einer als unzureichend empfundenen städtischen Planung ab, die einen Mangel an lebenswertem Wohnraum produziert hatte. Die Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung stellte über ihre Selbsthilfeaktivitäten, welche zum Aufbau eines Genossenschaftsnetzes führte diese Planung in Frage. Gleichzeitig war sie in ihrem Fortbestand auf die Integration in die städtische Planungspolitik angewiesen. Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, dass das Verhältnis von Planung und Selbstbestimmung auch die Rahmenbedingungen für die Forderung nach nutzgärtnerischen Flächen zum Eigenanbau in der Stadt absteckt.

Dieses Kapitel unternimmt ferner den Versuch einen Bogen zu spannen von den Aktivitäten der Wiener Kleingärtner und Siedler der 1920er Jahre zu den aktuellen nutzgärtnerischen Aktivitäten, die sich gegenwärtig unter dem Begriff Urban Gardening als soziale Praxis in der Stadt etablieren.

Wie aus der historischen Perspektive dieser Arbeit erkennbar ist, befindet sich die Forderung nach innerstädtischen Nutzgärten zum Eigenanbau im Spannungsfeld von städtischem Aktivismus und politischer Auseinandersetzung. Im Rahmen der Selbsthilfe-Initiative der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung war das

Nutzgärtnerische wesentlicher Bestandteil einer aktivistischen sowie gesellschaftskritischen Praxis. Über das Genossenschaftsmodell, in dessen Rahmen die angestrebten alternativen Lebensformen eine gemeinsame Umsetzung fanden, konnten zudem die gegenkulturellen Anliegen politisch artikuliert werden.

Auch heute tritt das Nutzgärtnerische als soziale, aktivistische und zum Teil gesellschaftskritische Praxis in vielfältigen Formen erneut auf. Der Versorgungsaspekt steht hierbei aufgrund veränderter Rahmenbedingungen selbstverständlich nicht mehr im Vordergrund. Es geht nicht mehr primär um wirtschaftliche, dafür vermehrt um soziale und ökologische Aktivitäten in der Stadt. Diesbezüglich lässt sich erneut diskutieren, ob die nutzgärtnerischen Aktivitäten eine Strategie der Selbstermächtigung in Bezug auf Nutzungsmöglichkeiten des städtischen Raumes darstellen.

In zahlreichen städtischen Gartenprojekten wird im Rahmen von Vereinsstrukturen eine neue Form des städtischen Aktivismus erprobt. Der Garten wird zum konkreten Ort gemeinschaftlicher Tätigkeiten und der Verein ermöglicht eine Artikulation gemeinsamer Interessen gegenüber den Verantwortlichen aus Politik und Planung. In vielen Fällen gehen die gemeinsamen Anliegen über den Erhalt und Ausbau der gemeinschaftlichen Tätigkeit des Gärtnerns hinaus. Zumeist werden politische wie soziale Anliegen vertreten (Müller 2011, Werner 2011, Heisteringer 2011).

6.1. „Participatory Planning“ im Roten Wien

Anhand der Aktivitäten der Kleingärtner und Siedler der 1920er Jahre lässt sich das ambivalente Verhältnis von städtischer Planung und Selbstbestimmung in historischer Perspektive herausarbeiten. Sie ergriffen zu einer Zeit ungenügender städtischer Planung Selbstbestimmung in Form wirtschaftlicher Selbsthilfe. Diese blieb nicht auf wirtschaftliche Interessen beschränkt, sondern schloss soziale und kulturelle Aktivitäten mit ein. Aus der Selbsthilfe erwuchs ein gemeinwirtschaftliches System mit gegenkulturellen Anliegen, in dessen Kern die Forderung nach Selbstermächtigung stand. Diese Anliegen blieben auch im Siedlungsdiskurs wichtig.

Interessant ist das Verhältnis, in welchem die städtische Planung zu diesen Aktivitäten stand. Einerseits trug sie einen nicht unwesentlichen Teil zur Förderung und nachhaltigen Integration der Siedlungs- und Kleingartenaktivitäten in die Stadtentwicklung Wiens bei. Andererseits verlor die Bewegung durch die planungspolitische Integration im Zuge des sozialpolitischen Maßnahmenpakets der Sozialdemokraten ihre Schärfe. Im Rahmen ihrer Kommunalisierung wurden gerade diejenigen Elemente deutlich geschwächt, welche besonders Ausdruck einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Selbstermächtigung waren. Diese wurden als zentral für die in dieser Arbeit herausgearbeiteten gesellschaftspolitischen Forderungen der Bewegung erachtet. An dieser Stelle kann vor allem der Abbau des basisdemokratischen Organisationsmodells der Genossenschaften genannt werden

Gerade die anfängliche Unterstützung und Integration des Siedlungs- und Kleingartenwesens, welche die gemeinschaftliche Selbstermächtigung förderte, ist auf einzelne Persönlichkeiten aus Politik und Planung wie Otto Neurath oder Hans Kampffmeyer zurückzuführen. Auch diese zielten auf eine Stärkung sozialdemokratischer Anliegen ab, trotzdem wurde von ihnen gerade auf die gesellschaftskritischen Anliegen der Kleingärtner und Siedler Bezug genommen. Demgegenüber führte die Kommunalisierung der Bewegung, also die Übernahme des Siedlungswesens und Umsetzung des Siedlungsbaus in das Parteiprogramm zu einem weitgehenden Abbau des gegenkulturellen Gesellschaftsmodells. Die sozialdemokratische Übernahme fand schließlich unter Rücksicht auf die WählerInnengruppe statt, welche eine Erweiterung des sozialistischen Programms ermöglichte. Die basisdemokratischen Strukturen des Genossenschaftsmodells wurden hingegen zugunsten parteipolitischer Kontrolle fallen gelassen.

Interessanterweise wird auch heute wieder von Seiten der Gemeinde Wien „die Idee des Gärtnerschen als soziale Praxis, die aus einem aktivistischen Kontext resultiert, (...) als ‚Policy‘ (...) erkannt“ (Krasny 2010:269). Als Pilotprojekt diente beispielsweise das im Wiener Oskar-Helmer Hof seit September 2008 auf zwei Jahre angelegte Nachbarschaftsgartenprojekt. Mit der Umsetzung solcher Gartenprojekte reagiert die Politik auf die Forderung der Gesellschaft nach innerstädtischen Nutzgartenflächen. Dabei dienen diese Projekte vor allem auch den sozial und kulturell funktionierenden Nachbarschaften im Roten Wien.

6.2. Eigenanbau im Kontext liberaler Planung

Das Verhältnis von Planung und Selbstbestimmung, wie es in Bezug auf die Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung der 1920er Jahre diskutiert wurde, muss auch vor dem Hintergrund der hegemonialen gesellschaftlichen Ordnung gesehen werden. Diese Ordnung wurde in dieser Arbeit als liberale Gouvernamentalität im Sinne Foucaults herausgearbeitet worden. Wie verschiedene Autoren aufzeigen, befand sie sich vor cirka zehn Jahren noch in Transformation zu einer neoliberalen Gouvernamentalität (Bröckling et al 2000, Rose 2000), welche heute als weitgehend abgeschlossen erachtet werden kann.

Die Stadtentwicklung Wiens schrieb unter liberal-kapitalistischen Vorzeichen die baulich-räumliche Gestalt der Stadt innerhalb weniger Jahrzehnte fest und innerhalb dessen Nutzgärten in der Stadt als Relikt einer vorstädtischen Zeit. Somit ist dem Eigenanbau von Lebensmitteln sein Attribut als einer selbstverständlichen städtischen Praxis entzogen worden. Dies passierte aber nicht zufällig, sondern als Folge der bewussten Durchsetzung der liberalen Gouvernamentalität, die vielfältige Regulierungsformen in Bezug auf die Stadt und ihre Bevölkerung mitbrachte. Hierzu kann auch die Regulierung des öffentlichen Grüns gezählt werden. Öffentliche Grün- und Freiflächen, deren Bedarfsgrößen von der Planung nach Anzahl, Fläche und Ausstattung ermittelt werden konnten, funktionierten demgegenüber als regulierte Auflockerung der Stadt und schrieben ihre soziale wie funktionale Gliederung weiter fest. Die Forderung nach gärtnerischen Nutzflächen in der Stadt zum Eigenanbau von Nahrungsmitteln ist damit als Ausnahme und Gegenpol zum modernen Stadtverständnis konstruiert worden. Bezeichnenderweise lassen sich als Antwort darauf gärtnerische Nutzflächen in vielen gegenkulturellen und planungskritischen Konzepten als Bestandteil finden. Der Nutzgarten wird darin zum Ort, an dem selbstbestimmte Lebensweisen praktiziert werden, die im Widerstand zur staatlichen Regulierung und Kontrolle stehen.

Das moderne Stadtverständnis unter dem Leitbild der Differenzierung des städtischen Raumes hat sich spätestens mit dem Ende des 19. Jahrhunderts als hegemonial in der Planung festgeschrieben (Kamleithner 2010). Die Differenzierung des städtischen Raums folgte dabei keinesfalls nur den sozialen wie ökonomischen Entwicklungen.

Sie war Ergebnis des modernen städtischen Planungsdiskurses, welcher auf Grundlage der Stadtentwicklung Wiens unter Durchsetzung liberaler Gesetzmäßigkeiten entstand. Galten die Verdrängungsprozesse zunächst als Ausdruck natürlicher städtischer Wachstumsprozesse, wurde mit der Jahrhundertwende vermehrt die Gestaltungsmacht der Planung betont. Sie begleitete den sozialen Auf- und Abstieg der BewohnerInnen, nahm ihre Bewertung und Organisation vor und konnte dieser räumlichen Ausdruck verleihen (Kamleithner 2010:253).

Die nach Gesetzen des Marktes agierende Planung führte zu einer weitgehenden Verdrängung von traditionellen ländlichen Lebensweisen aus dem Stadtgebiet bei gleichzeitiger Errichtung miserabler Wohnungen. Nutzgärtnerische Aktivitäten in der Stadt stellen gleichsam nicht unbedingt einen Widerspruch zu der liberalen Gouvernamentalität dar. Der Eigenanbau von Nahrungsmitteln ist auch als eine Form der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch freie und für sich selbst sorgende Individuen zu verstehen, welche der staatlichen Fürsorge vorgezogen wird. Das Elend breiter Bevölkerungsteile wurde schließlich bis ins 20. Jahrhundert hinein als eigenverschuldet hingenommen. Nur sehr zögerlich begannen Politik und Planung mit ersten Wohnbauprogrammen.

Die liberale Gouvernamentalität stellte die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die parteipolitische und planerische Zielsetzung der städtischen Entwicklung stattgefunden hat. Mit Beginn des Roten Wiens nach dem Ersten Weltkrieg wurde diese von der sozialdemokratischen Verwaltung bestimmt. Die Planung vollzog einen entscheidenden Richtungswandel, welcher die soziale Fürsorge in die Politik übernahm. Ihre vielfältigen Sozialprogramme sind aber genauso als Ausdruck einer politischen Regulierung und Kontrolle der städtischen Bevölkerung zu betrachten und dienen nicht zuletzt auch der Absicherung der politischen Verhältnisse. Das Modell der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung stellte demgegenüber eine Alternative zu der Planungspolitik von oben dar. Die Forderung nach Nutzflächen zum Eigenanbau eingebettet in ein breiteres alternatives Wohn- und Lebensmodell gewann vermehrt politische und gesellschaftliche Funktion. Aus den Aktivitäten der Wiener Kleingärtner und Siedler im Zuge des Ersten Weltkrieges erwuchs ein eigenständiges und widerständiges System. Ihre Akteure nahmen quasi für kurze Zeit selbst die Steuerung der städtischen Entwicklung in die Hand. Diese währte aber nur kurz, denn

durch die Kommunalisierung im Rahmen des sozialdemokratischen Parteiprogramms wurde die Steuerung der Bewegung letztlich beeinflusst.

6.3. Neoliberale Gouvernamentalität, Stadtentwicklung und Nutzgärten heute

Foucault selbst widmete sich zum Abschluss seiner Vorlesungsreihe einer möglichen Weiterentwicklung der liberalen Gouvernamentalität im 20. Jahrhundert. In den letzten Jahren ist zudem eine breite wissenschaftliche Rezeption entstanden, welche sich dem Gouvernamentalitätskonzept Foucaults als Analysewerkzeug bedienen um gegenwärtige gesellschaftliche Transformationen im Sinne eines Übergangs von liberaler hin zu einer neoliberalen Gouvernamentalität zu untersuchen.

Auch heute stellen Nutzgärten in der Stadt eine Form städtischen Aktivismus dar, der vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und stadtplanerischer Rahmenbedingungen steht. Wie zahlreiche AutorInnen herausgearbeitet haben, vertreten ihre Mitglieder zumeist eine gesellschaftskritische Haltung in Bezug auf städtische Lebens- Wirtschafts- und Versorgungsformen. Die Umsetzung ihrer Projekte ist aber mehr denn je von politischer Unterstützung abhängig, konkret der Flächenvergabepolitik. Ob die Forderung nach innerstädtischen Nutzgartenflächen eine politische Umsetzung findet, hängt vielfach auch davon ab, inwieweit die politische Etikettierung dieser kritisch urbanen Lebensstile einen politischen Vorteil verspricht.

In jedem Fall spielt sich die politische Ausverhandlung vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationen ab, die sich durch die neoliberale Gouvernamentalität kontextualisieren lassen. Die neoliberale Gesellschaftsformation ist gekennzeichnet durch vielfältige Subjektivierungsweisen und eine Intensivierung und Veränderung des Zugriffs auf Subjekte, die sich in gegenwärtigen Gesellschaftstrends offenbaren. In konsumkapitalistischer Manier wird beispielweise eine Hinwendung zur Natur im Sinne von Garten- und Landhausidylle oder Outdoor-Aktivitäten gepriesen, die mit einem tieferliegenden Wellnessdiskurs verknüpft ist „der vor allem auf den Körper zielt und ihn mit einem neuen Regime an Räumen und selbstreflexiven Techniken verbindet“. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage,

ob die städtischen Nutzgartenaktivitäten in ihrem Projektcharakter, die eine individuelle Verwirklichung versprechen, nicht par excellence ein „soziales Konstituens neoliberaler Gesellschaftsform“ darstellen (Werner 2011:55).

Die Rezeption des Gouvernamentalitätskonzepts bezieht sich auch auf neue Subjektivierungsweisen im Rahmen „eines neoliberalen Umbaus wohlfahrtsstaatlicher Konzepte von Regierung“ (Krasman 2008:10). Die vermeintliche Abnahme staatlicher Souveränität und Planungskapazitäten wird vor diesem Hintergrund als Verschiebung von formellen zu informellen Regierungsweisen gedeutet. Dabei lässt sich eine veränderte Ausprägung staatlicher Regierungsformen in Bezug auf die Bevölkerung erkennen, die von Michel (2008:21) als „Nahraumorientierung“ bezeichnet wird. Nikolas Rose hat dies als „Regieren durch Community“ untersucht, welches sich dadurch auszeichnet, dass es ein übergreifendes Planungsdenken durch die Konzentrierung auf kleinteilige und lokal zu verortende Milieus und „Gemeinschaften“ im städtischen Kontext ersetzt.

Der Nutzgarten in der Stadt bedient auch heute wider eine politische und gesellschaftliche Funktion. Er dient als Ort der sozialen Auseinandersetzung innerhalb der Stadt. Nicht nur ermöglicht die Forderung nach innerstädtischen Nutzflächen den Gesellschaftsmitgliedern andere gesellschaftspolitische Inhalte zu artikulieren, über die Bildung von Vereinsstrukturen kommt es zudem zu gemeinsamen Austauschplattformen. Diese ermöglichen eine Vertretung politischer Interessen.

Dabei sind die Gartenprojekte immer auch Bestandteil der neoliberalen Gesellschaftsformation innerhalb derer die Politik agiert. Im Sinne des „Regierens durch Community“ laufen sie Gefahr, als strategische Partner einer neoliberalen Regierungspraxis zu fungieren. Die gegenwärtigen Nutzgartenaktivitäten stehen somit im Spannungsfeld möglicher Instrumentalisierung durch Politik und Planung sowie einer Förderung gesellschaftskritischer Transformation von unten.

7. Forschungsausblick

Die Geschichte innerstädtischer Nutzflächen zum Eigenanbau ist im Wesentlichen eine Geschichte der Verdrängung. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts lässt sich die Stadtentwicklung Wiens primär anhand der baulich-räumlichen Verdichtung des Stadtkörpers nachvollziehen. Dies ist angesichts der städtebaulichen Leistungen innerhalb dieses halben Jahrhunderts und den Herausforderungen im Wohnungssektor nachvollziehbar. Diese sind aber im Sinne einer Liberalisierung bewusst hergestellt worden gleichsam mit der Entstehung vielfältiger Regulierungsformen. Regulierbare und kontrollierbare Freiräume haben vor diesem Hintergrund gärtnerische Nutzflächen als gegensätzlich zum modernen Großstadtleben in das moderne Stadtverständnis festgeschrieben und somit eine Stigmatisierung dieser ehemals ländlichen Kulturen vollzogen. Interessanterweise wurde und wird der Nutzgarten aber immer wieder zu einem Ort, der alternative Lebensformen versinnbildlicht. Dies lässt sich anhand der europaweiten sozialreformerischen Kleingarten-, Schreber-, und Siedlungsbewegung aufzeigen, als auch im Rahmen der gegenwärtigen Urban Gardening-Bewegung diskutieren. Hier wie dort werden über den Nutzgarten alternative Gesellschaftsvorstellungen transportiert. Die Absichten ihrer Befürworter können im Sinne Foucaults als Freiheitspraktiken gedeutet werden. Freiheitspraktiken verstanden als Widerstand gegen liberale Regierungsformen, um sich der „Macht, die sich auf die Lebensprozesse erstreckt und diese zu regulieren versucht“ zu entziehen (Lemke 2007:67f).

Angesichts des gegenwärtigen Interesses an den vielfältigen Formen des Urban Gardenings, scheint mir eine historische Kontextualisierung umso lesenswerter und könnte in Bezug auf andere Städte unternommen werden. Mit der Ausstellung ‚Hands on Urbanism‘ wurde bereits der Versuch einer nicht nur weltweiten sondern auch historischen Kontextualisierung unternommen, um wie die Kuratorin Elke Krasny betont, eine „politische und ideengeschichtliche Genealogie“ dieser städtischen Nutzflächen zu schreiben. Die vorliegende Arbeit hat die Kleingarten- und Siedlerbewegung vor dem Hintergrund der Stadtentwicklung Wiens betrachtet. Vergleichbare Arbeiten könnten für andere deutsche Großstädte unternommen werden, wie die sozialreformerische Laubenbewegung in Berlin oder die Schrebergärten in Leipzig.

8. Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit hat sich dem gegenwärtigen Urban Gardening Phänomen aus einer historischen Perspektive genähert. Am Beispiel der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung der 1920er Jahre wurde der Anspruch auf innerstädtische Flächen zum Obst- und Gemüseanbau behandelt und der These nachgegangen, dass diesem über seine wirtschaftliche Funktion in der Not des Ersten Weltkrieges und der Zwischenkriegszeit hinaus gesellschaftspolitische Forderungen inhärent waren. Die Forderung nach primärproduktiver Bewirtschaftung innerstädtischer Flächen wurde im Rahmen einer gesellschaftskritischen und planungskritischen Haltung verortet. Ähnliche Elemente lassen sich auch bei der gegenwärtigen Nutzgartenbewegung wieder finden, weshalb die Auseinandersetzung mit dem Anspruch der Kleingärtner und Siedler sowie ihrem Umgang von Seiten der städtischen Planung auch für die heutige Bewegung Relevanz hat.

Die Arbeit hat nachzuzeichnen versucht, dass der sogenannte Self-help Urbanism der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung als Antwort auf die städtischen Verhältnisse gesehen werden muss, welche unter liberal-kapitalistischen Vorzeichen innerhalb weniger Jahrzehnte hergestellt worden sind. Dafür wurde ein größerer zeitlicher Rahmen gewählt, welcher die landschaftsräumlichen Veränderungen im Zuge der baulich-räumlichen Expansion insbesondere im 19. Jahrhundert nachzuzeichnen ermöglichte.

Werden die Prozesse der Industrialisierung mit ihren weitreichenden landschaftsräumlichen und gesellschaftlichen Folgen gerne als naturwüchsig dargestellt, wurde demgegenüber argumentiert, dass diese vor dem Hintergrund der Durchsetzung einer hegemonialen liberalen Gesellschaftsordnung gesehen werden müssen. Dem wurde das Gouvernementalitätskonzept von Michel Foucault zu Grunde gelegt, anhand dessen die Stadtentwicklung Wiens, sowie ihre planungsrechtlichen Grundlagen analysiert werden können. Zentral hierfür ist die unter der liberalen Gouvernementalität bewusste Herstellung wirtschaftlicher Freiheiten des Bürgertums, welche bereits ab dem 18. Jahrhundert einzusetzen begann. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt es unter der Herausbildung eines kapitalistischen

Bodenmarktes zu einer sozialräumlichen Gliederung der Stadt mit den Folgen massenhaften Wohnungselends des Industrieproletariats in den Mietskasernenringen der Stadt. Das historische Siedlungsmuster von Altstadt, Vorstädten und Vororten wurde aufgebrochen und mit ihm selbstverständliche Formen regionaler Lebens-, Arbeits- und Versorgungsweisen verdrängt. Sämtliche hausbezogene und agrarische Nutzflächen wurden zum Relikt einer vorindustriellen Zeit und durch öffentlich regulierbare Grün- und Freiflächen ersetzt. Die moderne Stadt- und Grünraumplanung entstand als Antwort auf die Missstände der liberalen Stadtentwicklung und gleichzeitig im Rahmen der liberalen Gouvernamentalität.

Parallel zu der Verdrängung innerstädtischer Nutzflächen und Versorgungsformen entstanden ab dem 19. Jahrhundert zahlreiche Grünraumdiskurse – nicht zuletzt auch als Ausdruck der Vorstellung über die Plan- und Regulierbarkeit der Gesellschaft. Städtische Nutzflächen zum Eigenanbau spielen darin eine wichtige Rolle vor allem in Bezug auf die industrielle Stadt. Die Nutzfläche zum Eigenanbau bewegte sich hierin zwischen Systemstabilisierung sowie Systemkritik der liberal-kapitalistischen Ausformung der Stadt und ihrer Gesellschaft: Zwischen dem Paternalismus des Werkwohnungsbaus bis zu den sozialreformerischen Alternativbewegungen der Jahrhundertwende.

Diese Grünraumdiskurse werden als wichtig für den Kontext dieser Arbeit erachtet, da sich in ihnen die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Polen Stadt und Land, Planung und Selbstbestimmung in unterschiedlicher, zum Teil widersprüchlicher Weise zeigt. Mit ihrer Verdrängung aus der modernen Stadt, wurden über den Anspruch auf innerstädtische Nutzflächen immer auch politische wie gesellschaftliche Vorstellungen transportiert. Zudem bildeten sie auch den Nährboden für die Entstehung der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung.

Kriegsgemüsegärten und wildes Siedeln sind die Wurzeln der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung, die mit den Folgen des Ersten Weltkrieges als wirtschaftliche Notwendigkeit an den Stadträndern Wiens städtische Realität wurden. Der Notstandsthese wird in meiner Arbeit die Katalysatorfunktion des Krieges entgegengehalten, welche diese Selbstermächtigungsstrategie von unten herausbrechen und stärken ließ durch einen bereits vorhandenen intellektuellen Planungsdiskurs. Innerhalb weniger Jahre entstand ein genossenschaftlich

organisiertes System, dessen Mitglieder zu Akteuren der Stadtplanung wurden. Der Nutzgarten zum Eigenanbau war sowohl bei den genossenschaftlichen Kleingärten als auch Siedlungsanlagen Ursprungselement und zentrales Element des alternativen Lebenskonzepts das als Gegenkultur zur liberal-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise etabliert wurde. Es war eingebettet in ein Setting alternativer Vorstellungen in Bezug auf die Stadt in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht. Deren Institutionalisierung ab 1920 verdeutlichte Ausmaß und Kraft der Bewegung. Sie ist Ausdruck einer zunehmend politischen Übernahme durch die sozialdemokratische Partei, welche den Erfolg der Bewegung nachhaltig sicherte, gleichzeitig aber das langsame Ende ihres avangardistischen und anarchistischen Charakters herbeiführte.

Der Eigenanbau von Lebensmitteln in der Stadt konnte zwischen städtischem Aktivismus und politischer Ausverhandlung verortet werden. Es wurde ein Bogen gespannt zu den gegenwärtigen nutzgärtnerischen Aktivitäten in der Stadt. Ihm lag und liegt eine politische und gesellschaftliche Funktion zugrunde, in dem Sinne dass über den Anspruch auf innerstädtische Flächen Organisationsmodelle entstehen, welche die Artikulation gesellschaftskritischer Anliegen ermöglichen. Diese stehen innerhalb der Rahmenbedingungen einer gesellschaftlich hegemonialen Ordnung sowie ihrer konkreten parteipolitischen Ausverhandlung. Wenngleich diese Arbeit nur ausblickend auf die Transformation einer liberalen hin zu einer neoliberalen Gouvernamentalität eingehen konnte, liegt das Potenzial der heutigen Gartenprojekte sowie ihre Beschränkung innerhalb dieser Rahmenbedingungen begründet.

Abstract (deutsch)

Urban Gardening avanciert gegenwärtig in vielen europäischen Städten zu einer geforderten städtischen Flächennutzung. Gemeinschaftliche Nutzgärten dienen als Orte eines kollektiven städtischen Aktivismus, der auch in den modernen Planungsdiskurs einfließt. In der Literatur wird der nutzgärtnerische Aktivismus auf sein gesellschaftskritisches Potenzial hin untersucht und Fragen nach Selbstbestimmung sowie städtischer Versorgung und Ernährung diskutiert. Vermehrt wird das städtische Gärtnern historisch kontextualisiert und Bezug genommen zu Beispielen der räumlichen Aneignung städtischer Flächen zur Selbstversorgung in der Vergangenheit. Die Geschichte eingeforderter Nutzflächen in der Stadt ist also keinesfalls neu. Vielmehr werden die Fragen zentral, ob und inwiefern gesellschaftspolitische Forderungen hinter dem Anspruch auf innerstädtische Flächen zum Eigenanbau stehen und welchen Umgang dieser von Seiten der städtischen Planung erfährt. Die vorliegende Arbeit widmet sich dieser Frage aus einer historischen Perspektive am Beispiel der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung der 1920er Jahre mit Rückgriff auf die Planungsgeschichte der Wiener Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert. Der damalige Anspruch auf Nutzflächen in der Stadt wurzelte in den Kriegsgemüsegärten und wilden Siedlungsaktionen an den Stadträndern Wiens im Zuge und in der Folge des Ersten Weltkrieges. Innerhalb weniger Jahre bildete sich jedoch eine Massenbewegung heraus, deren städtischer Aktivismus einen stark gesellschaftspolitischen Gehalt hatte. Die Forderung nach Nutzflächen zum Eigenanbau stellte ein Kernelement dieser Selbstermächtigungsstrategie dar, die auf den Aufbau alternativer Wohn- und Lebensformen abzielte. Die Geschichte der Wiener Kleingarten- und Siedlerbewegung ist damit auch eine Geschichte des Widerstandes gegen das hegemoniale Stadt- und Planungsverständnis, welches sich im Zuge der liberal-kapitalistischen Stadtentwicklung Wiens manifestiert hat. Ausgehend vom Gouvernementaliätskonzept nach Michel Foucault wird die Stadtentwicklung Wiens analysiert und damit die Rahmenbedingungen für den planungspolitischen Umgang mit der Bewegung dargestellt.

Abstract (englisch)

In many European cities, urban gardening is currently advancing to a high-demand use of urban land. Community kitchen gardens serve as places for collective urban activism, which has also become a part of the modern planning discourse. The literature examines kitchen-garden activism in terms of its potential for social criticism, and discusses questions regarding self-determination and urban supply and provision. Increasingly, the urban garden is placed in a historical context, making reference to examples of spatial appropriation of urban areas for self-supply in the past. The appropriation of useful land in the city is thus no new phenomenon. The central issue is whether and to what extent the appropriation of inner-city areas are based on sociopolitical requirements, and how this is dealt with by urban planning. The present paper is dedicated to the question from a historic perspective, taking the example of Viennese movement of allotment gardens and settlers in the 1920ies, with recourse to the history of urban planning in Vienna in the 19th century. The claim to useful areas in the city was rooted in wartime vegetable gardens and unauthorized settlement activities on the outskirts of Vienna in the course of and following World War I. Within only a few years, this developed into a mass movement, the urban activism of which was highly socio-political. The claim to useful areas constituted a core element of this strategy for self-empowerment aimed at the development of alternative forms of residence and living. The history of the Viennese movement of allotment gardens and settlers is thus also the history of the resistance to the hegemonic understanding of the city and planning approach, which was manifested in the course of the liberal-capitalist urban development in Vienna. Urban development in Vienna is analyzed on the basis of Michel Foucault's concept of governmentality, thus presenting the framework conditions for dealing with the movement in terms of planning policy.

Quellenverzeichnis

Altfahrt, Margit et al (1983): Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Studien zum Siedlungswesen in der Zwischenkriegszeit. Franz Deuticke. Wien.

Auböck, Maria (1975): Die Gärten der Wiener. Presse und Informationsdienst der Stadt Wien (Hg). Verlag Jugend und Volk Wien. Wien.

Banik-Schweizer, Renate (1982): Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens 1869-1934. Institut für Stadtforschung. Wien.

Banik-Schweizer, Renate (1996/1997): Die Stadt lesen wie ein Palimpsest-im Historischen Atlas von Wien. In: Opll, Ferdinand, Fischer, Karl (Hg) (1996/1997): Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. Band 52/53. Selbstverlag des Vereins für Geschichte der Stadt Wien: 33-52.

Bartack, Hans (1935): Vom Boden Wien's. Eine bodenpolitische Studie. Selbstverlag. Wien.

Benevolo, Leonardo (1993): Die Stadt in der europäischen Geschichte. C.H. Beck Verlag. München.

Berger, Roland, Ehrenberger, Friedrich (Hg) (2011): Ökosystem Wien. Die Naturgeschichte einer Stadt. Böhlau Verlag. Wien-Köln-Weimar.

Bezirksmuseum Rudolfheim-Fünfhaus: Archivbestand (letzte Aushebung 27.10.2012).

Bolognese-Leuchtenmüller, Birgit (1983): „Immer und vor allem das Wohl der Arbeiter im Auge habend, scheute die Firma weder Kosten noch Mühe...“. Zur Wohnsituation der Fabrikarbeiter in den österreichischen Industriegebieten vor dem Ersten Weltkrieg. In: Altfahrt, Margit et al (1983): Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit. Franz Deuticke Verlag. Wien: 35-60.

Bröckling, Ulrich et al (Hg) (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp. Frankfurt a.M.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp. Frankfurt a.M.

Brookhuis, Norin et al (1992): Die Grünraumplanung im Gefolge der Stadtplanung und ihr Beitrag zur Verhinderung von Freiräumen. In: Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation (1992): Handbuch der Kasseler Schule. Nr. 24:6-63.

Brunner, Karl, Schneider, Petra (Hg) (2005): Umwelt Stadt. Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien. Böhlau Verlag. Wien-Köln-Weimar.

Bobek, Hans, Lichtenberger, Elisabeth (1966): Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19.Jahrhunderts. Böhlau Verlag. Wien-Köln-Weimar.

Certoma, Chiara (2011): Critical Urban Gardening as a Post-Environmental Practice. In: Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability. Vol. 16, Nr.10: 977-987.

Csendes, Peter, Opll, Ferdinand (Hg) (2006): Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart. Böhlau Verlag. Wien-Köln-Weimar.

Czeike, Felix (1997): Historisches Lexikon Wien. Band 5. Kremayr & Scheriau. Wien.

De Michelis, Marco (1993): Die grüne Revolution: Leberecht Migge und die Gartenreform in Deutschland nach der Jahrhundertwende. In: Mosser, Monique, Teyssot, Georges (Hg) (1993): Die Gartenkunst des Abendlandes. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart: 405-448.

Eden Gemeinnützige Obstbau-Siedlung eG:

Online unter: <http://www.eden-eg.de/chronik.htm> (letzter Zugriff 12.10.2012)

Förster, Wolfgang (1983): Bauen für eine bessere Welt? Von den Frühsozialisten zur Kurzarbeitersiedlung. In: Altfahrt, Margit et al (1983): Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit. Franz Deuticke. Wien: 37-60.

Foucault, Michel (2000): Die Gouvernementalität. In: Bröckling et al (Hg) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp. Frankfurt a.M.: 41-67. (Orig. 1978).

Haney, David (2010): When Modern was Green: Life and work of landscape architect Leberecht Migge. Routledge. London.

Heistinger, Andrea (2011): Leben von Gärten. Warum urbane Gärten wichtig sind für Ernährungssouveränität, Eigenmacht und Sortenvielfalt. In: Müller, Christa (Hg) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. Oekom Verlag. München: 305-318.

Hoesl, Wolfgang (1986): Hintergründe, Ursachen und Anfänge der „Wiener Siedlungsbewegung“ der Zwischenkriegszeit. In: Csendes, Peter, Opll, Ferdinand (Hg) (1986): Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. Nr.42: 61-89.

Hoffmann, Robert (1987): „Nimm Hack und Spaten...“ Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918-1938. (Verein Kritische Sozialwissenschaft und Politische Bildung: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Band 33). Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.

Kamleithner, Christa (2008): Planung und Liberalismus. In: Dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2008): Schwerpunkt Gouvernementalität. Nr. 31: 5-9.

Kamleithner, Christa (2009): Landwirtschaft als urbane Praxis. Community Gardens und der Luxus der Subsistenz. In: Die Maske. Zeitschrift für Kultur und Sozialanthropologie. Nr. 4: 43-46.

Kamleithner, Christa (2010): Differenzierte Interessenlandschaften. Homo Oeconomicus und die Anfänge der modernen Stadtplanung. In: Nierhaus, Hoenes, Urban (Hg) (2010): Landschaftlichkeit. Forschungsansätze zwischen Kunst, Architektur und Theorie. Dietrich Reimer Verlag. Berlin: 253-264.

Kleingartenverein Zukunft auf der Schmelz (1990): Festschrift zum 70. Jubiläum des Kleingartenvereins >Zukunft auf der Schmelz<. Wien.

Krasmann, Susanne (2008): Foucaults Konzept der Gouvernementalität: Freiheit, Sicherheit, Einbindung und Exklusion. In: Dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2008): Schwerpunkt Gouvernementalität. Nr. 31: 10-12.

Krasny, Elke (2010): Garden as Community. In: Nierhaus, Hoenes, Urban (Hg) (2010): Landschaftlichkeit. Forschungsansätze zwischen Kunst, Architektur und Theorie. Dietrich Reimer Verlag. Berlin: 265-274.

Krasny, Elke (Hg) (2012): Hands on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Verlag Turia + Kant. Wien: 8-38.

Lemke, Thomas (2007): Biopolitik zur Einführung. Junius Verlag. Hamburg.

Maderthaner, Wolfgang, Musner, Lutz (1996/1997): Vorstadt-die entern Gründ' der Moderne. In: Opll, Ferdinand, Fischer, Karl (Hg) (1996/1997): Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. Band 52/53. Selbstverlag des Vereins für Geschichte der Stadt Wien: 195-228.

Magnago Lampugnani, Vittorio (2010): Die Stadt im 20. Jahrhundert: Visionen, Entwürfe, Gebautes. Band 1. Wagenbach Verlag. Berlin.

May, Heinrich (Hg) (1933): Breitensee in alter und neuer Zeit. Ein Heimatbuch des Bezirksteiles „Breitensee“. Selbstverlag. Wien.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2010): Urbanes Ackern. Die Rückkehr von Gemüseanbau und Selbstversorgung in den Städten. In: Agrarbündnis e.V. (Hg): Der kritische Agrarbericht 2010. ABL Bauernblatt Verlags-GmbH. Konstanz: 285-289. Online unter: http://www.breigarten.de/seiten/gaerten_urban.html (letzter Zugriff: 29.10.2012).

Michel, Boris (2005): Stadt und Gouvernamentalität. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster.

Michel, Boris (2008): Städtisches Regieren. Anmerkungen zu Gouvernamentalität und Stadt. In: *Dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* (2008): Schwerpunkt Gouvernamentalität. Heft 31: 20-24.

Müller, Christa (Hg) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. Oekom Verlag. München.

Novy, Klaus, **Förster**, Wolfgang (1985): einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung. Picus Verlag. Wien: 186-198.

Novy, Klaus (1981): Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem Ersten Weltkrieg. In: Krasny, Elke (2012): *Hands on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün*. Turia + Kant. Wien: 126-160.

Opll, Ferdinand (2004): Wien im Bild historischer Karten. Die Entwicklung der Stadt bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Böhlau Verlag. Wien.

Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen. Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich et al (Hg) (2000): *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a. M: 72-109.

Rosol, Margit (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich

vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Humboldt-Universität zu Berlin. Ungedruckte Dissertation.

Schmidt, Franz (1975): Der Schrebergarten als kultureller Faktor. Ein Überblick über das Kleingartenwesen von seinen Anfängen bis in die heutige Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Raumes Wien. Universität Wien. Ungedruckte Dissertation.

StadtFilmWien (2012): Die grüne Stadt bei Rosenthal. Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte und Gesellschaft. Online unter: <http://www.stadtfilm-wien.at/film/101/> (letzter Zugriff 19.10.2012).

Stadt und Landesarchiv Wien (1982): Historischer Atlas von Wien. Franz Deuticke Verlagsgesellschaft. Wien.

Vossoughian, Nader (2008): Otto Neurath. The language of the global polis. NAI Publ. Rotterdam.

Workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. (2009): Internetplattform für den Austausch urbaner Landwirtschaft und urbaner Gärten. Online unter: <http://www.urbanacker.net/> (letzter Zugriff 20.11.2012)

Zimmerl, Ulrike (2002): Kübeldörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Aus der Reihe: Martischnig, Michael (Hg): Projektieren, Konzipieren, Konstruieren, Bauen, Sanieren, Demolieren. Architektonische (Un)-Kultur in Österreich. Band.10. Österreichischer Kunst- und Kulturverlag. Wien.

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abb.1: Josephinische Landesaufnahme 1773-1781, Sektion Wien Quelle: Opll, Ferdinand (2004)	28
Abb.2: Franziszeischer Kataster Wien 1829. Quelle: Historischer Atlas von Wien (Stadt- und Landesarchiv 1982)	33
Abb.3: Perspektiv-Karte von Niederösterreich 1830-1846. Ausschnitt Wien Quelle: Opll, Ferdinand (2004)	34
Abb.4: Die ehemaligen Schmelzer Gründe um 1830 (ca.) Quelle: Opll, Ferdinand (2004)	79
Abb.5: Die Schmelz um 1900 Quelle: Bezirksmuseum Rudofsheim-Fünfhaus, Archivbestand	80
Abb.6: Kleingartenanlage auf der Schmelz in der Zwischenkriegszeit Quelle: Bezirksmuseum Rudofsheim-Fünfhaus, Archivbestand	81



Shenja von Mannstein

Geburtsdatum 31.01.1985
Geburtsort Heidelberg
Nationalität Deutschland
Mail shenja.mannstein@gmx.at

Ausbildung

2007 - 2012 BA-Studium Landschaftsarchitektur
an der Universität für Bodenkultur, Wien
Abschluss Bachelor of Science
2005 - 2012 Diplomstudium Internationale Entwicklung an der
Universität Wien
2004 Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife am Hölderlin
Gymnasium, Heidelberg

Berufserfahrungen / Praktika

seit 05/2012 Redaktionsmitglied der Radioredaktion von Derivé –
Zeitschrift für Stadtforschung, Wien
10/2010-04/2011 Beschäftigung bei Atelier Heiss Architekten, Wien
WS 2010 Leitung des Tutoriums für die VO an der
Darstellungsmethoden an der Universität für
Bodenkultur, Wien
07/2010-09/2010 Praktikum bei Atelier Heiss Architekten, Wien
WS 2009 Leitung des Tutoriums für die VO
Darstellungsmethoden an der Universität für
Bodenkultur, Wien
04/2008-07/2010 Gewerbeschein für die Organisation von öffentlichen
Veranstaltungen
02/2007-07/2010 Kellnerin bei Catering-Veranstaltungen. Werkvertrag
mit T.S.T Personaldienstleistung GmbH, Wien
Qualifikationen Recherche und Verfassen von wissenschaftlichen
Artikeln und Arbeiten
Interviewführung (Recherche, Gesprächsführung,
Auswertung, Transkription)
Redaktion und Gestaltung von Audiobeiträgen
Entwurfsgestaltung, Text- und Bildbearbeitung durch
zahlreiche Portfolios im Bereich Landschaftsarchitektur,
Gartendenkmalpflege und Städtebau
AutoCAD, InDesign, Photoshop, Audacity, Office

Veröffentlichungen

04. Sept. 2012 „Bedeutungswandel der Wiener Ringstraßenpassagen“
(Audiobeitrag)
Sendereihe Derivé-Radio für Stadtforschung /Radio Orange